

## 01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 4. bis 10. Oktober 2021

11. 10. 2021



Bildquelle: *Democracija*

### V4

- Die ungarische Regierung gab am Freitag, den 8. Oktober, bekannt, dass die V4-Länder beschlossen haben, sich gemeinsam gegen die Pläne Brüssels zu wehren, die unter dem Deckmantel des Klimaschutzes Steuererhöhungen vorsehen.
- Laut einer aktuellen Meinungsumfrage des Instituts für öffentliche Angelegenheiten in Bratislava (IVO) sehen 57 % der Slowaken, 59 % der Ungarn und 68 % der Polen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union positiv, während nur 41 % der Tschechen diese Ansicht teilen.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte am Mittwoch, den 6. Oktober, in einem auf Facebook geposteten Video an, dass Ungarn, Polen und die Tschechische Republik beschlossen haben, dem Europäischen Rat einen Vorschlag zur Senkung der Energiepreise in der Europäischen Union zu unterbreiten, und sagte, dass seiner Meinung nach „Brüssel einen geheimen Plan hat, Wohnungs- und Hausbesitzer unter dem Deckmantel des Klimaschutzes zu besteuern [...] Alle kritisieren die Kommission dafür, dass sich die Preisprognosen für das gesamte grüne Programm, das Klimaprogramm, als totaler Fehler erwiesen haben, und deshalb leidet Europa heute unter den hohen Energiepreisen.
- Zwölf EU-Mitgliedstaaten – darunter die vier Länder der Visegrád-Gruppe – forderten am Freitag, den 8. Oktober, eine Änderung des Schengener Grenzkodex, um „physische Barrieren“ (Zäune, Mauern usw.) als Grenzschutzmaßnahmen zuzulassen. „Die jüngsten Entwicklungen an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU) zeigen, dass die EU den bestehenden Rechtsrahmen an die neuen Gegebenheiten anpassen muss, damit wir

angemessen auf Versuche, illegale Migration für politische Zwecke zu instrumentalisieren, und andere hybride Bedrohungen reagieren können [...] Physische Barrieren scheinen eine wirksame Grenzschutzmaßnahme zu sein, die den Interessen der gesamten EU dient, nicht nur den Interessen der Mitgliedstaaten, die als erste ankommen“, erklärten die Innenminister der zwölf Länder Österreich, Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und Slowakei.

## **Ungarn**

- Der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony kündigte diese Woche an, dass er sich aus der Vorwahl der Opposition zur Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bei den nächsten ungarischen Parlamentswahlen im Frühjahr 2022 zurückziehen werde, so dass die Stichwahl zwischen Klára Dobrev, der Kandidatin der Demokratischen Koalition (DK) und Péter Márki-Zay, dem Bürgermeister von Hódmezővásárhely (bei Szeged), stattfinden wird.
- Nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom Donnerstag, den 7. Oktober, das die Ausweitung der Kompetenzen der EU-Institutionen über die Verträge hinaus in Frage stellt, erklärte die ungarische Regierung ihre volle Unterstützung für Polen in seinem Kampf mit der Europäischen Kommission und dem Gerichtshof der Europäischen Union.

## **Polen**

- Angesichts einer Migrationskrise, die eindeutig von den belarussischen Behörden an seiner Ostgrenze ausgelöst wurde, plant Polen nun nicht nur den Bau eines Zauns, sondern einer richtigen Mauer, um Migranten aufzuhalten. Nach Angaben des polnischen Innenministers Mariusz Kamiński wird diese Grenzmauer auch mit einem System von Bewegungsmeldern und Wärmebildkameras ausgestattet sein. Aufgrund der aktuellen Krise setzt Polen derzeit 4.000 Grenzschrützer und 25.000 Soldaten an seiner Grenze zu Belarus ein.
- Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, der sich zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten aufhielt, erklärte am Donnerstag, den 7. Oktober, nach einem Treffen mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, dass „die polnische Armee im nächsten Jahr den ersten ihrer neuen Abrams-Panzer aus US-Produktion einsetzen sollte“. Polen beschloss im Juli, 250 dieser Panzer für insgesamt 23,3 Milliarden Zloty (5,1 Milliarden Euro) zu erwerben.
- Laut einem am Mittwoch, den 6. Oktober, veröffentlichten Bericht der Weltbank wurden die Prognosen für das polnische BIP-Wachstum für die Jahre 2021 und 2022 von 3,8% auf 4,5% bzw. von 4,5% auf 4,7% nach oben korrigiert. Die Experten sagen auch voraus, dass die polnische Inflation von derzeit 4,2 % auf 3,6 % im Jahr 2022 und 3,1 % im Jahr 2023 sinken wird. Der Bericht stellt auch fest, dass „Polens gut diversifizierte Wirtschaft sich als eine der widerstandsfähigsten in der Europäischen Union erwiesen hat“ während der Covid-Krise (2020/2021).
- Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am Mittwoch (6. Oktober) die Klage Polens auf Nichtigerklärung des Urteils vom 14. Juli abgewiesen, in dem der Gerichtshof Polen anordnete, die Anwendung der nationalen Bestimmungen über die Befugnisse der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs „unverzöglich auszusetzen“. Die Richterin des EuGH, Rosario Silva de Lapuerta, erklärte, dass nach Ansicht des Gerichtshofs „der Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts den Vorrang des EU-Rechts vor dem Recht der Mitgliedstaaten festlegt“.
- Der Direktor der europäischen Agentur Frontex, Fabrice Leggeri, und der stellvertretende polnische Innenminister Bartosz Grodecki besuchten am Montag, den 4. Oktober, die polnisch-weißrussische Grenze, um sich ein Bild von der Situation aufgrund der aktuellen Migrationskrise zu machen. In einer Erklärung erklärten die polnischen Behörden, dass der Besuch „darauf abzielte, die schwierige Situation an diesem Abschnitt der EU-Außengrenze

darzustellen [...] Diese Situation ist das Ergebnis der hybriden Aktivitäten des belarussischen Regimes und erfordert außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Grenzverstärkung und der Sicherheit des Schengen-Raums.

- Der stellvertretende Generalstabschef der polnischen Armee, Tadeusz Mikutel, erklärte am Donnerstag, den 7. Oktober, dass der polnischen Luftwaffe ab 2027 die Kampfflugzeuge ausgehen könnten, da die Zahl der einsatzfähigen Geschwader aufgrund des Abzugs von Flugzeugen der dritten Generation von derzeit sieben auf fünf in den Jahren 2026/2027 sinken wird und der Luftwaffe nur noch Flugzeuge der vierten (F-16) und fünften Generation (F-35) zur Verfügung stehen. Mit der russischen Enklave Kaliningrad und der Grenze zu Weißrussland stehe Polen an der Frontlinie gegen Russland, betonte er.
- Weißrussland möchte nicht, dass Polen humanitäre Hilfe für Migranten auf weißrussischem Gebiet leistet. Laut Belsat TV – einem polnischen Fernsehsender für Weißrussland – sagte der Sprecher des weißrussischen Außenministeriums, Anatoly Glaz, am Mittwoch, den 6. Oktober, dass Weißrussland Polen die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Migranten auf weißrussischem Territorium verweigert habe. Er kritisierte das Versäumnis der polnischen Behörden, solche Aktionen im Vorfeld mit den weißrussischen Behörden abzustimmen, als Ausdruck einer „gewissen Missachtung des weißrussischen Staates und seiner Souveränität“. Glaz schlug außerdem vor, die polnische Hilfe stattdessen in das benachbarte Litauen zu schicken, wo, wie er sagte, „die unmenschlichen Lebensbedingungen der Flüchtlinge der ganzen Welt bekannt sein würden“.
- Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro kündigte am Mittwoch, den 6. Oktober, an, dass Polen bei der am 7. Oktober beginnenden Tagung des Rates der Europäischen Union sein Veto gegen die „Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie“ einlegen werde. Laut Ziobro untergräbt das Dokument „das Recht des Kindes, in der Familie von Vater und Mutter aufgezogen zu werden“ und „ist Teil der EU-Politik zur Förderung von LGBT-Gemeinschaften und der Gender-Ideologie“.
- Der polnische geldpolitische Rat hat am Mittwoch, den 6. Oktober, beschlossen, den Diskontsatz von 0,4 % auf 0,5 % (+0,1 %) anzuheben. Dies ist das erste Mal, dass die Polnische Nationalbank den Zinssatz seit 2012 anhebt. Darüber hinaus äußerte sich der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki besorgt über die steigende Inflation in Polen, woraufhin der Zloty an den Märkten gegenüber dem Euro und dem Dollar an Wert gewann.
- Angesichts der Erpressung Polens durch die Europäische Kommission im Zusammenhang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm (NextGenerationEU) erklärte der polnische Wirtschaftswissenschaftler und Europaabgeordnete Jacek Saryusz-Wolski (PiS), einer der Hauptverhandlungsführer beim Beitritt Polens zur Europäischen Union, am Mittwoch, den 6. Oktober, dass die polnische Regierung nicht bereit sei, die Wirtschaftskrise der Europäischen Union zu akzeptieren, sagte am Mittwoch, den 6. Oktober, dass Polen in dieser Frage nicht mit der Europäischen Kommission verhandeln, sondern im Gegenteil aktiv auf seine Beteiligung am Rettungsfonds verzichten sollte, da sein Land die entsprechenden Mittel anderswo zu den gleichen oder besseren Bedingungen aufnehmen könne. „Wenn man Terroristen, die ein Flugzeug entführt haben, nachgibt, gibt es eine Kette von weiteren Erpressungen. Und die Brüsseler Erpressung hat im Moment eine ähnliche Logik“, fügte er hinzu.
- Am 30. September prangerte die konservative Zeitschrift *wPolityce* die Desinformation durch Pavol Minarik, den polnischen Korrespondenten des tschechischen Portals *novinky.cz*, an, der am 18. September veröffentlichte, dass es in einigen ostpolnischen Woiwodschaften „für sexuelle Minderheiten verboten sei, Cafés, Restaurants, Kinos oder öffentliche Parks zu betreten“, was natürlich völlig falsch ist. Gleichzeitig erinnert *wPolityce* auch an die schwefelhaltige Vergangenheit von Herrn Minarik als offener Kommunist und antipolnischer Agitator.
- Nach den am 1. Oktober vom polnischen Statistischen Zentralamt veröffentlichten vorläufigen Zahlen lag die jährliche Inflationsrate im September bei 5,8 % und damit auf

dem höchsten Stand seit Juni 2001 (damals betrug sie 6,1 %). Diese Inflation betraf vor allem Energieerzeugnisse (+7,2 %), einschließlich Kraftstoffe (+28,6 %). Der polnische Finanzminister Tadeusz Kościński vertrat jedoch die Auffassung, dass das derzeitige Niveau nicht allzu alarmierend sei und sich im Laufe des Jahres 2022 wahrscheinlich abschwächen werde.

- Am Samstag, dem 2. Oktober, fand in Warschau eine neue Demonstration von Gegnern der Gesundheitsmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid unter dem Motto „Stoppt die gesundheitliche Segregation“ statt, an der die Abgeordneten der Konfederacja-Bewegung Janusz Korwin-Mikke, Robert Winnicki, Krzysztof Bosak, Artur Dziambor, Grzegorz Braun und Jakub Kulesza teilnahmen.
- Das polnische Verfassungsgericht entschied am Donnerstag, den 7. Oktober, dass der EuGH seine Entscheidungen in keiner Weise in Bereichen durchsetzen kann, die nicht Gegenstand einer Souveränitätsübertragung gemäß den europäischen Verträgen waren und die im Widerspruch zur polnischen Verfassung stehen.

## **Slowakei**

- Als die großen slowakischen Industriekonzerne verlangten, dass der Staat sie durch Inanspruchnahme des Umweltfonds für die hohen Energiepreise entschädigt, antwortete das slowakische Umweltministerium, dass der Fonds nicht als „automatisches Fenster“ gedacht sei: „Subventionen für Unternehmen im Umweltfonds sind bis zu einem gewissen Grad möglich. Es handelt sich jedoch nicht um einen Geldautomaten.“

## **Tschechische Republik**

- Wie im vergangenen Juni angekündigt, haben der tschechische Verteidigungsminister Lubomír Metnar und seine französische Amtskollegin Florence Parly am Donnerstag, den 30. September, in Prag einen Vertrag unterzeichnet, wonach die tschechische Armee 52 Artillerie-LKW des Typs CAESAR mit Acht-Rad-Antrieb erwerben wird, die von der französischen Nexter-Gruppe hergestellt werden. Die neue Ausrüstung, die zwischen 2024 und 2026 geliefert werden soll, wird die seit den 1980er Jahren im Einsatz befindlichen Haubitzen vom Typ Dana ZTS aus tschechoslowakischer Produktion ersetzen.
- Ein weiterer Fall von Rassismus im europäischen Fußball. Nach der Niederlage der Rangers (Glasgow) gegen Spartak Prag, bei der der finnische Spieler Glen Kamara (mit sierraleonischer Herkunft) von Schulkindern ausgepöbeln wurde, schrieb der britische Spieler Marvin Bartley auf Twitter: „Das Schlimmste an den Szenen in Prag gestern Abend ist, dass ich überhaupt nicht schockiert bin! Es ist keineswegs die Schuld der Kinder, denn sie verhalten sich so, wie sie sehen, dass Erwachsene es tun bzw. sie dazu ermutigen. Welche Chance haben sie, wenn sie in eine Schüssel mit verfaultem Obst gelegt werden?“ Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek reagierte schockiert: „Ich verstehe, dass Sportwettkämpfe verschiedene Emotionen hervorrufen, die auch außerhalb des Spielfelds zum Ausdruck kommen können. Aber auch dies hat seine Grenzen und sollte nicht in fremdenfeindliche Beleidigungen gegen Minderjährige ausarten.“
- Der tschechische Premierminister Andrej Babiš äußerte am 29. September die Befürchtung, dass die von der Europäischen Kommission geplanten Emissionsquoten enorme negative Auswirkungen auf die tschechische Wirtschaft haben werden. „Wir müssen Spekulationen verhindern und die Energiepreise begrenzen, wie wir es bei den Heizwerken getan haben“, sagte er.
- Wenige Tage vor den tschechischen Parlamentswahlen wurde Ministerpräsident Andrej Babiš am Montag, den 4. Oktober, im Rahmen der Untersuchung der Pandora-Papers mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe Immobilieninvestitionen in Frankreich über Offshore-Gesellschaften finanziert.

- Wahlen in der Tschechischen Republik. Nach den ersten Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 8. und 9. Oktober in der Tschechischen Republik liegt die oppositionelle SPOLU-Koalition mit 27,8 % der Stimmen und 71 Sitzen in Führung vor der ANO-Partei von Ministerpräsident Andrej Babiš (27,1 % und 72 Sitze), der Koalition aus Piraten und Bürgermeister\*innen (15,6 % und 37 Sitze) und der populistischen SPD-Partei (9,56 % und 20 Sitze). Die Sozialistische Partei (ČSSD), die Teil der Koalition von Herrn Babiš war, und die Kommunistische Partei, die ihm eine Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung verschafft hatte, verloren 4,7 % bzw. 3,6 % und verloren ihre parlamentarische Vertretung. Die europaskeptische nationalkonservative Trikolóra-Bewegung, die von Václav Klaus Jr. gegründet wurde und drei Abgeordnete stellte, erhielt 2,7 % und verlor ebenfalls eine parlamentarische Vertretung.

## **Österreich**

- Nach Korruptions- und Veruntreuungsvorwürfen, die am Mittwoch, den 6. Oktober, zu einer Durchsuchung des Bundeskanzleramtes führten, kündigte der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) am Samstag, den 9. Oktober, seinen Rücktritt an. Er wird im Kanzleramt durch den Außenminister seiner Regierung, Alexander Schellenberg, ersetzt, während er im Nationalrat den Fraktionsvorsitz seiner Partei übernimmt. Am Samstag hatte Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) klargestellt, dass seine Partei nicht bereit sei, die Fortsetzung von Sebastian Kurz als Bundeskanzler zu unterstützen, während die Oppositionsparteien (SPÖ, FPÖ und NeOs) einen Misstrauensantrag vorbereiteten, dem sich die Grünen möglicherweise angeschlossen hätten.

## **Slowenien**

- In einem Interview mit Euronews, das am Mittwoch, den 6. Oktober, veröffentlicht wurde, sagte der slowenische Premierminister Janez Janša, der derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, dass die Europäische Kommission die Rechtsstaatlichkeit politisch missbrauche: „Wir haben die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. Wir haben eine Europäische Charta der Menschenrechte, aber in der politischen Sprache, insbesondere im Europäischen Parlament, kann jeder zu dieser Liste hinzufügen, was er will [...] Es ist also ein politisch missbrauchter Begriff, der für einen politischen Kampf verwendet wird“.
- 8.10. Gestern waren die Facebook-Nutzer überrascht, als sie feststellten, dass die Gruppe „Bewegung zur Unterstützung der Regierung“ deaktiviert worden war. Die Gruppe „Bewegung zur Unterstützung der Regierung von Janez Janša“ existiert nicht mehr auf Facebook? Die Gruppe, die über 10.000 Mitglieder hatte und unter Patrioten sehr beliebt war, wurde einfach von Facebook entfernt. Nach Angaben der Gründer der Gruppe haben sie keinen Grund dafür genannt. Nur eine Berufung ist zulässig.
- 8.10. Nach seiner Teilnahme an der kroatischen Tourismus365-Konferenz, bei der er und der kroatische Premierminister Andrej Plenković in einem Gremium von Führungskräften sprachen, führte Premierminister Janez Janša auch bilaterale Gespräche mit den Gastgebern. Nach dem Treffen beglückwünschte der Premierminister Kroatien in einer Presseerklärung zu der guten Organisation der heutigen Veranstaltung sowie zu einer Rekordsaison, auch was die Zahl der slowenischen Touristen betrifft, die das Land in der Sommersaison besuchen. „Dies beweist, dass selbst während der Covid-Epidemie bei guter Organisation einige der beeinträchtigten Aktivitäten wieder aufgenommen werden können. Wir gehen davon aus, dass wir die Wintersaison auf die gleiche Weise eröffnen können, und wir freuen uns auf den Besuch kroatischer Gäste“, sagte der Ministerpräsident und fügte hinzu, dass es,

wie ebenfalls auf der Konferenz gesagt wurde, „noch viele ungenutzte Möglichkeiten gibt, solange wir beide zusammen in der EU sind, auch im Bereich des Tourismus, wo es möglich ist, die Sommer- und die Wintersaison zu kombinieren“.

- 7.10. Am Donnerstag wurden in Slowenien 838 Coronavirus-Infektionen bestätigt, was 17,8 % der 4709 durchgeführten PCR-Tests entspricht. Nach Angaben des Covid Tracker werden 413 Personen in Krankenhäusern behandelt, 115 davon auf der Intensivstation. Der jüngste Patient, der im Krankenhaus behandelt wird, ist 26 Jahre alt und auf der Intensivstation 34 Jahre alt. Gestern sind zwei Menschen an Covida gestorben. Bisher wurden 300.084 Fälle von Covida bestätigt, 19.871 Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert – das ist einer von 15 Krankenhausaufenthalten. Wir haben 4.600 Todesfälle, d. h. einen von 65 Patienten. 1.033.139 Menschen sind vollständig geimpft, von denen 2 nach der Impfung gestorben sind (jeweils 516.569). Nach Angaben des NIMH gibt es derzeit 11.839 aktive Fälle in dem Land. Die Zahl der bestätigten Fälle pro 100 000 Einwohner in den letzten 14 Tagen liegt bei 559, während die durchschnittliche Zahl der bestätigten Fälle in den letzten sieben Tagen 816 beträgt. Nach Angaben des NIJZ wurden seit Ausbruch der Covida-19-Epidemie mehr als 300 000 Infektionen bestätigt. In Slowenien wurden bisher 1 133 688 Personen mit einer Dosis und 1 033 141 mit allen Dosen geimpft. 64 % der über 18-Jährigen und 75 % der über 50-Jährigen sind heute mit einer einzigen Dosis geimpft. Alle Dosen haben 49 % der slowenischen Bevölkerung erreicht; 58 % der über 18-Jährigen und 70 % der über 50-Jährigen.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 27. September bis 03. Oktober 2021**

04. 10. 2021



*Bildquelle: Demokracija*

## Ungarn

- Die Semmelweis-Universität Budapest hat am Montag, den 27. September, bekannt gegeben, dass die internationalen klinischen Studien zu einem Medikament gegen Covid – denen sich die ungarische Universität am 23. August angeschlossen hat – noch einen Monat lang in der Abteilung für kardiovaskuläre Medizin von Városmajor (Budapest) fortgesetzt werden. Dieses Medikament gegen Covid wird oral verabreicht.
- Die ungarische Polizei hat am Montag, den 27. September, mehrere rechtsextreme Aktivisten verhaftet, darunter den exzentrischen Schriftsteller und Politologen Imre Posta, der beschuldigt wird, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, die sich „Nationale Regierung der Ungarn“ nennt und zur „Nationalen Revolution“ aufruft. Am 11. September forderten sie auf einer Kundgebung in dem Dorf Kulcs (Komitat Fejér – südlich von Budapest) die physische Beseitigung verschiedener ungarischer Politiker aller Couleur, darunter Viktor Orbán, Ferenc Gyurcsány, Klára Dobrev, László Toroczkai, Péter Jakab und Judit Varga.
- Nach den am Mittwoch, den 29. September, vom Ungarischen Statistischen Zentralamt (Központi Statisztikai Hivatal, KSH) veröffentlichten Zahlen lag im Juli 2021 „das durchschnittliche Bruttogehalt der Vollzeitbeschäftigten bei 433.700 Forint und das durchschnittliche Nettogehalt ohne Sozialleistungen bei 288.000 Forint“, d. h. 7,9 % höher als ein Jahr zuvor.
- Die ungarische Rüstungsindustrie hat gerade einen großen internationalen Auftrag erhalten. Wie die Daily Mail am 25. September berichtete, haben die britischen Special Services (SAS) beschlossen, das halbautomatische Sturmgewehr GM6 Lynx aus ungarischer Produktion zu erwerben, das ursprünglich vom ungarischen Ingenieur Ferenc Földi entwickelt wurde. Mit dieser Waffe lassen sich Hubschrauber im Flug und sogar gepanzerte Fahrzeuge zerstören.
- Am Donnerstag, den 30. September, wurden die Ergebnisse der Vorwahlen der ungarischen Opposition veröffentlicht: Die Europaabgeordnete Klára Dobrev (DK), der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony und der Bürgermeister von Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, haben sich für die zweite Runde qualifiziert, in der bestimmt wird, wer bei den nächsten Parlamentswahlen an der Spitze der Anti-Orbán-Koalition gegen Viktor Orbán antreten wird.
- Am Montag, den 27. September, haben der ungarische Energiekonzern MVM und das russische Unternehmen Gazprom in Budapest einen neuen 15-Jahres-Vertrag über die Lieferung von russischem Gas nach Ungarn unterzeichnet. Dieses Abkommen, nach dem der Gastransit durch die Ukraine entfällt, hat die Beziehungen zwischen diesem Land und Ungarn ins Wanken gebracht.
- Der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments besuchte Budapest vom 29. September bis 1. Oktober, um mehr als 80 Zeugen zu hören und die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn zu untersuchen. Der französische RN-Abgeordnete Nicolas Bay, Mitglied des Ausschusses, gab der Magyar Nemzet ein Interview, um sich zu dieser Untersuchung zu äußern.

## Polen

- Das internationale Beratungsnetzwerk PricewaterhouseCoopers (PwC) kündigte am 24. September eine Investition von mehr als 100 Millionen Dollar und die Schaffung von 5.000 Arbeitsplätzen in Polen an, wo das Unternehmen seit 1990 präsent ist und bereits 6.000 Mitarbeiter, darunter 1.000 Technologieexperten, beschäftigt. „Wir wissen, dass die Lösung der Probleme der Zukunft Teams von Fachleuten erfordert,

die über fundierte Kenntnisse in ihren Bereichen verfügen und ihre Fähigkeiten ... mit einer neuen treibenden Kraft, der Technologie, kombinieren“, erklärte Adam Krasoń, CEO von PwC Polska.

- Nachdem die Europäische Kommission den polnischen Staat nun offen mit der Justizreform erpresst und die polnischen Kommunalbehörden aufgefordert hat, ihre Beschlüsse zur Nichtförderung der LGBT-Ideologie rückgängig zu machen, erklärte der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska), seine Partei werde „niemals eine Situation akzeptieren, in der Brüssel uns unter Verletzung der Verträge und der polnischen Verfassung Lösungen für die Funktionsweise der Justiz aufzwingt“. In Bezug auf die Verurteilung Polens im Streit um das Bergwerk Turów mit dem benachbarten Tschechien sprach Ziobro von einer „weiteren Demütigung Polens“: „Wenn Polen der rechtswidrigen Entscheidung eines EuGH-Richters nachkäme, würde dies die Schließung des Bergwerks und katastrophale Folgen bedeuten. Enorme soziale Kosten, Arbeitsplatzverluste für Zehntausende von Menschen, Energiebedrohung für Polen“.
- Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärte am Sonntag, den 26. September, dass Polen den Tschechen im Streit um die Turów-Mine einen „guten Vorschlag“ gemacht habe, fügte aber hinzu, dass es unwahrscheinlich sei, dass dieser noch vor den tschechischen Wahlen angenommen werde. „Nach diesem Vorschlag können die Bewohner der Grenzgebiete mit einer echten finanziellen Unterstützung von polnischer Seite für Wasserprojekte, zusätzliche Lärmschutzwände und andere Investitionen rechnen“, sagte er. „Unser Angebot liegt auf dem Tisch, es ist sehr gut und wir werden sehen, ob es von den Tschechen angenommen wird.“
- Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, sein Kollege aus dem Innenministerium, Mariusz Kamiński, und General Tomasz Praga, Oberbefehlshaber des Grenzschutzes, hielten am Montag, den 27. September, eine Pressekonferenz über die aktuelle Migrationskrise an der weißrussischen Grenze ab. Den auf der Konferenz vorgelegten Informationen zufolge stellen von den 200 Migranten, die nach dem Versuch, illegal nach Polen einzureisen, aufgegriffen und kontrolliert wurden, mindestens 50 eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, entweder aufgrund von Kontakten zu terroristischen Organisationen oder aufgrund von pädophilen oder sogar zoophilen Neigungen, wie die auf ihren Mobiltelefonen gefundenen Dokumente belegen. „Wir haben Beweise, dass einige dieser Personen direkt mit den Taliban oder dem Islamischen Staat in Verbindung stehen. Einer von ihnen steht in direkter Verbindung zu einem Terroristen, der in einem Land der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Terroranschlags verhaftet wurde [...] Die Menschen, die versuchen, unsere Grenze mit Gewalt zu überschreiten, sind in Weißrussland in keiner Weise bedroht. Sie sind legal dort und werden in Wirklichkeit vom Lukaschenko-Regime eingeladen und von diesem aus politischen Gründen als Waffen und Munition eingesetzt. [...] Wir haben es mit Menschen zu tun, die Verbindungen zu kriminellen Gruppen oder sexuellen Störungen haben. Ich bestehe darauf: Wir sprechen über Fakten, wir stigmatisieren niemanden“, erklärte Mariusz Kamiński, der vorschlug, den derzeitigen Ausnahmezustand im Grenzgebiet um 60 Tage zu verlängern. Im August und September hätten nicht weniger als 9.400 Migranten versucht, die Grenze zwischen Belarus und Polen illegal zu überqueren, so Kamiński. Am Freitag, den 1. Oktober, stimmten die Abgeordneten der Verlängerung des Ausnahmezustands im Grenzgebiet zu Weißrussland um 60 Tage mit 237 Stimmen bei 179 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen zu. Der Abstimmung ging eine hitzige Debatte im Landtag voraus, in der einige Abgeordnete der Opposition die Ansicht vertraten, dass der seit dem 2. September geltende Ausnahmezustand nur dazu dienen würde, den Zugang der Medien zu dem Gebiet zu beschränken.

- Anlässlich seines Besuchs in den Vereinigten Staaten gab der polnische Präsident Andrzej Duda dem Journalisten Tucker Carlson von Fox News ein Interview, in dem er zu seinen konservativen Überzeugungen befragt wurde: „Ich war immer ehrlich, was meine Ansichten angeht. Ich bin praktizierender Christ, ich bete, ich schäme mich nicht dafür, und ich schätze meine Familie. Ich unterstütze Familien, ich bin für das Leben und ich bin für den Schutz des Lebens“, sagte Duda.
- Innenminister Mariusz Kamiński kam am Montag, den 27. September, in der Sendung TVP Info erneut auf die Migrationskrise zu sprechen und erklärte, dass Moskau in dieser Angelegenheit mehr als Minsk die Fäden ziehe: „In Wirklichkeit ist es nicht Lukaschenko, der die Widerstandsfähigkeit und Stärke des polnischen Staates auf die Probe stellt, sondern Putin. Lukaschenko würde jedoch niemals zulassen, dass entlang der russischen Grenzen solche unkontrollierten Kanäle für illegale Einwanderung entstehen. Er hat Putins Zustimmung. Für Russland wird dies ein bequemer, sehr bequemer Mechanismus sein, um Druck auf Polen, Litauen und die Europäische Union auszuüben.
- Die Europäische Kommission reichte am 23. September beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Klage gegen Polen wegen der Bestimmungen des im Mai 2020 geänderten Telekommunikationsgesetzes über die Ernennung und Entlassung des Präsidenten des polnischen Amts für elektronische Kommunikation (Urząd Komunikacji Elektronicznej, UKE) ein.
- Die Haltung der polnischen Regierung gegenüber der aktuellen Migrationskrise an der weißrussischen Grenze ist in der Öffentlichkeit durchaus populär, wird aber von einigen polnischen Intellektuellen nicht einhellig unterstützt. Die Regisseurin Agnieszka Holland (Die Verschwörung; Rimbaud Verlaine; Der Prozess des Kräutersammlers) hat kürzlich gegen den Ausnahmezustand im Grenzgebiet Stellung bezogen: „Es ist ein Skandal. In einem demokratischen Rechtsstaat würde das nicht passieren, aber wir sind kein demokratischer Rechtsstaat mehr, sondern ein Regime. Alle, die das akzeptieren, haben Blut an ihren Händen“, sagte sie und bezog sich dabei insbesondere auf „die Umwandlung Polens in eine Diktatur unter der Herrschaft der Vereinigten Rechten“.
- So erklärte der polnische Innenminister Mariusz Kamiński am Dienstag, den 28. September, dass die polnischen Behörden Migranten, die versuchen, illegal nach Polen zu gelangen, per SMS in fünf Sprachen kontaktieren und sie auffordern, nach Minsk zurückzukehren und keine Versprechungen von weißrussischen Soldaten anzunehmen.
- Die belgische Staatssekretärin für Gleichstellung, Chancengleichheit und Vielfalt, Sarah Schlitz, kündigte am Dienstag, den 28. September, an, dass Belgien nun die Kosten für Abtreibungen übernimmt, die von polnischen Frauen im Ausland vorgenommen werden, nachdem die neue Verordnung Abtreibungen auf Fälle von Vergewaltigung/Inzest, unmittelbare Gefahr für das Leben der Schwangeren oder schwere angeborene Anomalien beschränkt. „Der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch ist ein Grundrecht, das jeder demokratische Staat garantieren muss“, erklärte Schlitz. „Wenn der Staat seine Bürger nicht schützt, muss die Zivilgesellschaft einspringen [...] Die belgische Regierung lädt Menschen aus Polen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchen, nicht nur in ihr Land ein, sondern wird auch dafür bezahlen.“
- Laut Michał Czarnik, einem der Geschäftsführer, der am 30. September vom Portal Notes from Poland zitiert wurde, wird der künftige polnische „Mega-Flughafen“, der zwischen Łódź und Warschau liegen soll, ein „völlig anderes“ Geschäftskonzept haben als ursprünglich geplant und hauptsächlich auf Luftfracht ausgerichtet sein. Der neue Flughafen soll schließlich bis zu 100 Millionen Fluggäste pro Jahr abfertigen.

- Das polnische Außenministerium gab am Mittwoch, den 30. September, bekannt, dass Polen mehr als 100.000 überschüssige Dosen des Impfstoffs Covid von AstraZeneca an Ägypten gespendet hat: „Mehr als 100.000 Covid-19-Impfstoffe sind auf dem Weg von Warschau nach Kairo. Diese Impfstoffspende für Ägypten ist ein Ausdruck der Solidarität mit einem wichtigen Partner Polens in Nordafrika. Polen hat bereits Covid-Impfstoffe an Australien, Spanien, Norwegen, die Ukraine und Taiwan gespendet.
- Am 29. September forderten die Abgeordneten Krzysztof Bosak, Grzegorz Braun und Artur Dziambor von der Partei Konfederacja (ein Bündnis aus Korwin-Mikke-Liberalen und Nationalisten der Nationalen Bewegung) die polnischen Medien auf, die „Lügen des Gesundheitsministers“ über die Statistik der geimpften und ungeimpften Covid-Patienten nicht weiter zu verbreiten: „Wir fordern die Medien auf, nicht die Lügen von Minister Niedzielski zu wiederholen, sondern konkrete Daten zu liefern, die auf der Website des Ministeriums zu finden sind. Hören Sie nicht auf den Minister, der für die Propaganda zuständig ist“, sagte Artur Dziambor.
- Die angespannte Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze ist auch für die Europäische Kommission ein Grund zur Sorge. Die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, besuchte Polen, wo sie mit dem polnischen Innenminister Mariusz Kamiński zusammentraf. In einem anschließenden Interview mit RMF FM sagte Johansson, dass die Medien während des Ausnahmezustands Zugang zum Grenzgebiet haben sollten und dass die EU-Agentur Frontex in die Arbeit der polnischen Grenzschützer einbezogen werden sollte, was die polnische Regierung nicht wünscht.
- Am 29. September haben vier der fünf betroffenen Woiwodschaften beschlossen, den Anordnungen Brüssels nachzugeben und ihre Entschließungen von 2019 aufzuheben, in denen sie ihre Regionen für frei von LGBT-Ideologie erklären.

## **Tschechische Republik**

- Das tschechische Verteidigungsministerium gab am Montag, den 27. September, bekannt, dass die Tschechische Republik bis 2026 das Kurz- und Mittelstrecken-Luftabwehrsystem Spyder des israelischen Staatsunternehmens Rafael erwerben wird, das mit vier Batterien und einem 3D-Radar ausgestattet ist. Die Investition in Höhe von 13,7 Milliarden Kronen (537 Millionen Euro) wird die Ausrüstung aus sowjetischer Produktion ersetzen, über die die tschechische Armee seit den 1970er Jahren verfügt, und soll zum Schutz von Städten, Kernkraftwerken und anderen potenziellen Zielen eingesetzt werden.
- Der tschechische Präsident Miloš Zeman hat am Dienstag, den 28. September, ein Dekret unterzeichnet, das jegliche russische oder chinesische Beteiligung an der tschechischen Energieversorgung, einschließlich der Kernkraft, verbietet.
- Der tschechische Innenminister Jan Hamáček gab am Montag, den 27. September, bekannt, dass die Tschechische Republik – wie von Premierminister Andrej Babiš bei seinem Besuch in Röszke (serbisch-ungarische Grenze) in der vergangenen Woche erwähnt – die Entsendung eines Kontingents von 50 Polizeibeamten zur Verstärkung ihrer ungarischen Kollegen entlang der serbisch-ungarischen Grenze vorbereitet. Diese Mission, die am 15. Oktober beginnt und bis zum 15. Dezember dauert, ist keine Premiere für die Tschechische Republik, denn tschechische Polizisten sind bereits an der kroatisch-slowenischen und der griechisch-mazedonischen Grenze im Einsatz. „Die Tschechische Republik zeigt deutlich, dass wir, obwohl wir keine Außengrenze zum Schengen-Raum haben, unsere Solidarität ausdrücken und diejenigen unterstützen, die Außengrenzen haben“, sagte Hamáček. Die Tschechische Republik leistete auch finanzielle Unterstützung für den Bau eines Zauns an der Grenze zwischen Litauen und Weißrussland.

- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán stattete der Tschechischen Republik am Mittwoch, den 27. September, einen Kurzbesuch ab. Nachdem er in der Villa Kramář (in Prag) von seinem tschechischen Amtskollegen Andrej Babiš empfangen worden war, nahm er gemeinsam mit diesem an einem Treffen mit Anhängern der ANO-Partei im Theater von Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe, in Nordböhmen) teil, wo Babiš für die nächsten Parlamentswahlen kandidiert: „Sie werden dieses Jahr Wahlen haben. Und obwohl wir uns in keinem Land in die Wahlen einmischen wollen, weil das Schicksal der Tschechen von den Tschechen entschieden werden sollte, bedauere ich nicht, dass ich Sie heute besuchen konnte“, sagte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz. Bei dieser Gelegenheit wird lobte Babiš einmal mehr die Weitsicht seines ungarischen Amtskollegen bei der Verteidigung der Schengen-Grenze gegen die Migrantenfut von 2015: „Wenn es den [von Ungarn errichteten Grenzzaun] nicht gäbe, würde der kürzeste Weg nach Deutschland [...] durch die Tschechische Republik führen“, was auch ein Grund dafür ist, dass die Tschechische Republik einen Beitrag zu den Bemühungen leistet, indem sie etwa 50 tschechische Polizeibeamte zur Unterstützung ihrer ungarischen Kollegen an die serbische Grenze schickt.

## **Slowakei**

- Ministerpräsident Eduard Heger hat erklärt, dass in der Slowakei bis Ende 2021 kein neuer Ausnahmezustand verhängt werden soll.
- Nach Angaben von Eurostat stieg die Inflation im August um 3,3 %.
- Einer der größten Metallproduzenten der Slowakei, Slovalco (spezialisiert auf Aluminium), drosselt seine Produktion angesichts steigender Strompreise, der Kosten für Emissionsabgaben und geringer staatlicher Ausgleichszahlungen im Rahmen des Umweltfonds. 11 % der Öfen werden abgeschaltet.
- Seit Montag, dem 4. Oktober, ist das Tragen einer Maske im Schulunterricht nicht mehr vorgeschrieben.
- Die slowakischen Banken verzeichnen Rekordgewinne. Im August 2020 wiesen sie einen Gewinn von 254,3 Millionen Euro aus, im August 2021 waren es 511,4 Millionen Euro.
- Eine kürzlich von Focus für das Programm Na Telo durchgeführte Umfrage zeigt, dass zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren keine der führenden politischen Persönlichkeiten des Landes mehr als 50 % Vertrauen genießt. Mit anderen Worten: Kein slowakischer Politiker hat mehr günstige als ungünstige Meinungen. Der Führer der Nationalisten, Marian Kotleba, und der ehemalige sozialistische Ministerpräsident Robert Fico, die beide offen gegen die Covid-Maßnahmen eingestellt sind, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.

## **Österreich**

- Die Landtagswahlen vom Sonntag, 26. September, in Oberösterreich waren geprägt vom Durchbruch einer neuen politischen Partei, Menschen Freiheit Grundrechte (MFG), die sich gegen die unter dem Deckmantel der Coronavirus-Epidemie verhängten Gesundheitsbeschränkungen wendet, die die Partei als „freiheitsfeindlich“ bezeichnet. Die MFG wurde im Februar letzten Jahres gegründet und erhielt 6,23 % der abgegebenen Stimmen und drei Sitze im oberösterreichischen Landtag. Laut einer Umfrage wählten 50 % der nicht geimpften Wähler die nationalkonservative Partei FPÖ (die ebenfalls sehr kritisch gegenüber den Anti-Covid-Maßnahmen ist), während 25 % von ihnen der MFG beitraten.

- Am gleichen Sonntag, dem 26. September, kam es bei den Kommunalwahlen in Graz, der Hauptstadt der Steiermark und zweitgrößten Stadt Österreichs, zu einer kleinen Sensation: Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) – 0,69 % bei den letzten österreichischen Parlamentswahlen -, die in dieser Region im Südosten Österreichs traditionell gut etabliert ist, wurde mit 28 Mandaten die führende Partei in der Stadt, 8 % der Stimmen (+8,5 %) vor der ÖVP des scheidenden Bürgermeisters Siegfried Nagl, die nur 25,9 % (-11,8 %) erreichte, den Grünen (17,3 %), der FPÖ (10,6 %), der SPÖ (9,5 %) und den Neoliberalen (5,4 %).

## **Slowenien**

- Am Dienstag, den 28. September, unterzeichneten die oppositionellen linken und linksliberalen Parteien der sogenannten „Koalition des Verfassungsbogens“ eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit nach den Wahlen. Die Unterzeichner sind Marjan Šarec (Liste Marjan Šarec), Tanja Fajon (Sozialdemokraten), Luka Mesec (Linkspartei) und Alenka Bratušek (Partei Alenka Bratušek).
- Am Mittwoch, den 29. September, fand in Ljubljana auf dem Platz der Republik die dritte Demonstration gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des COVID-19-Virus statt, zu denen auch ein obligatorischer PCT-Test für die meisten Dienste gehört. Die Demonstranten sind besonders gegen diese Maßnahme. Die Proteste wurden gewalttätig, die Demonstranten blockierten Straßen und zwangen die Polizei sogar, die Nordumgehung zu schließen. Die Polizei ging erneut mit Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Es kam auch zur Zerstörung von fremdem Eigentum und zur Zerstreuung. Die Demonstranten griffen auch zahlreiche Journalisten an und verwüsteten das Gebäude des konservativen Fernsehsenders Nova24.
- Am Freitag, den 1. Oktober, traf der slowenische Ministerpräsident Janez Janša mit führenden Vertretern der Fraktion „Identität und Demokratie“ im Europäischen Parlament zusammen, die sich zu einem Studienbesuch in Slowenien aufhält. Themen der Gespräche waren aktuelle EU-Themen, insbesondere die Konferenz über die Zukunft Europas und die Situation der COVID in Europa, sowie die Vorbereitungen für den Gipfel mit den westlichen Balkanstaaten.
- Am Samstag, dem 2. Oktober, fand in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana der „Marsch für das Leben“ statt, eine Veranstaltung zur Sensibilisierung für die Abtreibungsproblematik. Rund 500 Kinderrechtsaktivisten versammelten sich und zogen mit Transparenten durch die Stadt. An der Demonstration nahm auch Lojze Petrl, der erste Ministerpräsident Sloweniens, teil, der sich mit den Worten „Ist es nicht schrecklich, dass die Polizei diejenigen schützen muss, die das Leben schützen?!“ Seine Bemerkung richtete sich gegen den von der Linkspartei organisierten Anti-Abtreibungsmarsch, der die Organisatoren des Marsches für das Leben zu einer Kursänderung zwang. Die linken Aktivisten versuchten also, die Abtreibungsgegner zu blockieren. Der polnische Botschafter nahm ebenfalls am Marsch für das Leben teil und sagte: „Ich bin begeistert! In Polen gibt es seit 10 Jahren Märsche für das Leben, und sie werden immer noch größer! Sie werden auch hier in Slowenien wachsen!“

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) Tereza Hyťhová: „Die V4 ist die Zukunft der Zusammenarbeit, wir müssen berücksichtigen, dass die EU verschwinden kann“**

10. 10. 2021



Tereza Hyťhová · Foto: Facebook

***Interview mit Tereza Hyťhová, tschechische Abgeordnete der Partei Trikolóra: „Die V4 ist die Zukunft der Zusammenarbeit auf allen Ebenen, denn wir müssen die Tatsache berücksichtigen, dass die EU eines Tages verschwinden könnte.“***

Tereza Hyťhová ist seit 2017 Mitglied des tschechischen Parlaments, zunächst bei der SPD und seit Juli 2020 als Mitglied der *Trikolóra*, der neuen patriotischen und euroskeptischen Partei von Václav Klaus Jr., dem Sohn des ehemaligen Präsidenten Václav Klaus. Bei den tschechischen Parlamentswahlen am 8. und 9. Oktober kandidiert sie unter den Farben der Koalition *Trikolóra, Svobodní, Soukromníci*. Sie hat uns ein exklusives Interview in der Region Aussig (*Ústí nad Labem*) gegeben, wo sie die Liste anführt und landesweit das beste Ergebnis für diese junge Partei erzielen könnte.

Skpesis gegenüber dem Covid-Narrativ, Austritt aus der EU, Verteidigung der nationalen Währung, Stärkung der Visegrád-Gruppe, wirtschaftlicher Libertarismus, Ablehnung der Einwanderung: ein Überblick über die wichtigsten Punkte des Programms der *Trikolóra*, der aufstrebenden Rechtspartei in der Tschechischen Republik, die laut Umfragen wenige Tage vor den Wahlen landesweit unter der 5%-Hürde liegt.



Tereza Hyťhová vor einem Büro der Partei Trikolóra in der Region Aussig (Ústí nad Labem)  
· Foto: Facebook / Tereza Hyťhová

**Visegrád Post:** Tereza Hyťhová, was ist das Programm Ihrer Partei Trikolóra?

**Tereza Hyťhová:** In unserer Koalition *Trikolóra, Svobodní, Soukromníci* wollen wir die Souveränität der Tschechischen Republik verteidigen und sind gegen die Einführung des Euro. Wir wollen auch die Familienwerte verteidigen und sind gegen die Gendervielzahl. Insbesondere gibt es keinen Bedarf an 50 Geschlechtsidentitäten. Wir treten für einen schlanken Staat und wohlhabende Bürger ein, d.h. wir wollen, dass die Menschen ein Gehalt mit möglichst wenig Steuerabzügen haben.

*Unser Plan ist es, die Steuern zu senken und eine Pauschalsteuer von 15% vorzuschlagen.*

Dies wird mehr Geld in die Kassen spülen, so wie in Irland, das eine Pauschalsteuer von 12,5% erhebt. Dieses Land hat die höchste BIP-Wachstumsrate in Europa.

*Wir wenden uns auch entschieden gegen den Covid-Totalitarismus, der hier nun seit anderthalb Jahren dauert.*

Wir wollen unsere Kinder vor dieser Gräueltat schützen, d.h. wir werden nicht zulassen, dass unsere Kinder in den Schulen massenhaft getestet werden oder gezwungen werden, Masken zu tragen. Generell wollen wir diesen absurden Maßnahmen ein Ende setzen, nicht nur in den Schulen, sondern in ganz Tschechien.

Zu den Kernpunkten unseres Programms kann ich auch sagen, dass wir für die Abschaffung der elektronischen Registrierung von Verkäufen [Online-Übermittlung von Verkaufsdaten an

einen Webdienst der Steuerbehörden, AdR.] oder der integrativen Schule [Integration von Kindern mit verschiedenen Behinderungen in normale Klassen, AdR.] Wir lehnen den Europäischen Grünen Deal definitiv ab, weil es zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht ist, den Staatshaushalt mit absurden Maßnahmen zu belasten, die aus Brüssel kommen und nur den Geldbeutel der Bürger treffen.

*Es ist nicht ratsam, Benzin zu besteuern, um die Bürger vom Autofahren abzuhalten*

und nur dem Präsidenten dieses Privileg zuzugestehen. Dies sind die grundlegenden Prioritäten unseres Programms.

**Visegrád Post:** *Welche Erwartungen haben Sie an diese Parlamentswahlen? In manchen Umfragen liegen Sie unter der 5%-Hürde und in einer wird Ihnen 7% vorausgesagt.*

**Tereza Hyt'ková:** Als Spitzenkandidatin für die Region Aussig (*Ústí nad Labem*) glaube ich an ein zweistelliges Ergebnis, aber natürlich werden wir die 5%-Hürde überschreiten. In den letzten Monaten haben die meisten Umfragen ein Ergebnis von 5 % vorausgesagt, was uns den Einzug ins Parlament ermöglichen würde. Ich denke, wir werden viel besser abschneiden, denn unser Programm, das die Rückkehr zum normalen Leben und zur Freiheit für alle Bürger fordert, spricht viel mehr Menschen an als 5 %. Natürlich zählt jede Stimme, aber ich denke, wie unsere Vorsitzende Zuzana Majerová Zahradníková, dass wir ein zweistelliges Ergebnis erzielen werden.

**Visegrád Post:** *Was ist Ihre Meinung über Andrej Babiš und seine Partei ANO?*

**Tereza Hyt'ková:** Diese Partei hat mich als Wählerin nie begeistert und deshalb bin ich bei Trikolóra. Generell hat die ANO vor vier Jahren, als ich bereits für das Parlament kandidierte, große Versprechungen gemacht. Nur sehr wenige dieser Versprechungen wurden tatsächlich erfüllt. Die meisten der gegenwärtigen Errungenschaften in Tschechien sind sicherlich nicht das Verdienst der ANO. Die Tatsache, dass Andrej Babiš selbst in [verschiedene politisch-finanzielle Skandale](#) verwickelt ist und der Tschechischen Republik einen schlechten Ruf verschafft, ist nachteilig, und niemand möchte einen Ministerpräsidenten haben, gegen den ein Ermittlungsverfahren läuft. Ich bin zufrieden, dass wir in unserer Partei keine Leute haben, die gerichtlich angeklagt sind oder die mit Subventionen intrigieren. Ich hoffe, dass die Menschen die Ergebnisse der vier Jahre, in denen Babiš und die ANO-Partei an der Macht waren, richtig einschätzen werden. Es besteht eine Kluft zwischen den Versprechungen und den tatsächlichen Ergebnissen. Es ist an der Zeit, über echte Veränderungen nachzudenken und nicht über weitere leere Versprechungen für die nächsten vier Jahre.

**Visegrád Post:** *Warum ist es für Sie wichtig, die tschechische Krone zu behalten?*

**Tereza Hyt'ková:** Hierfür gibt es mehrere Gründe. Zuallererst,

*sind wir Tschechen und ich möchte, dass wir ein souveränes Land haben, das seine Geldpolitik kontrolliert. Die Einführung des Euro würde einen automatischen Verzicht auf letztere bedeuten.*

Außerdem wäre der Beitritt zur Euro-Zone mit unmittelbaren Kosten verbunden, die niemand richtig einschätzen kann. Diese Kosten werden in jedem Fall enorm sein, und die Steuerzahler werden dafür aufkommen müssen. Eine weitere Folge der Einführung des Euro wäre ein Anstieg der Inflation. Bis Ende dieses Jahres dürften es bereits 5 oder 6 % sein. Wir wollen nicht, dass die Tschechische Republik sich Brüssel unterwirft, und deshalb

ist es immer besser, eine eigene Währung zu haben. Aus wirtschaftlicher Sicht ist dies nicht von Vorteil. Wenn wir uns das Beispiel unserer slowakischen Nachbarn ansehen, haben die Bürger nicht mehr Geld im Portemonnaie als vor der Einführung des Euro. Die Beibehaltung der tschechischen Krone und die Ablehnung des Euro sind unabdingbar, denn niemand kann die Zukunft der Europäischen Union in einigen Jahren voraussagen.

**Visegrád Post:** *Was halten Sie von der Zusammenarbeit mit der V4?*

**Tereza Hyt'ková:** Es ist ganz einfach, auch das ist Teil unseres Programms.

*Wir wollen eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der V4.*

Wie ich bereits in der vorangegangenen Antwort dargelegt habe, wollen wir uns nicht Brüssel unterwerfen und lehnen jedes Diktat der Europäischen Union ab. Wir wollen mit Staaten zusammenarbeiten, die uns nahestehen, und das ist bei der V4 und einigen anderen definitiv der Fall.

*Die V4 steht für die Zukunft der Zusammenarbeit auf allen Ebenen, denn wir müssen berücksichtigen, dass die EU eines Tages verschwinden könnte*

und wir wollen in Mitteleuropa nicht isoliert sein, das wäre absurd. Andererseits hat sich die enge Zusammenarbeit mit der V4 in der Vergangenheit schon mehrfach bewährt.

**Visegrád Post:** *Wenn Sie an der Macht wären, was würden Sie mit den Covid-Maßnahmen tun?*

**Tereza Hyt'ková:** Zunächst einmal würde das Pandemiegesetz abgeschafft werden. Dieses totalitäre Gesetz nimmt den Bürgern ihre Rechte und Freiheiten. Es verhindert auch die Handelsfreiheit; wir wollen keine weiteren Handelshemmnisse. Wir wollen nicht, dass die Bürger in ihrem alltäglichen Leben beeinträchtigt werden. Und wenn das der Fall sein soll, dann sollte es so wenig wie möglich sein und schon gar nicht in einem Ausmaß, dass die Regierung das tägliche Leben der Menschen in so negativer Weise verändert. Wir wollen, dass die Menschen atmen können, das heißt, ohne Masken. Wir wollen, dass sie arbeiten können, dass sie Zugang zu Bildung haben, kurzum, dass sie ein freies Leben führen können.

*Diese Covid-Gesetze hindern die Menschen daran, ein normales Leben zu führen. Deshalb ist es notwendig, sie sofort abzuschaffen. Wir wollen überhaupt keinen Freiheitsentzug, die Bevölkerung hat ihre Ablehnung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Unsere Partei hat nie für den Freiheitsentzug, den Ausnahmezustand oder das Pandemiegesetz gestimmt.*

Ich hatte die sofortige Wiedereröffnung der Schulen gefordert. Neben dem Zugang zur Bildung, zum Handel, gibt es auch den Zugang zur Kultur, den ich noch erwähnen kann. Dies ist ein Bereich, der von den Covid-Gesetzen stark betroffen ist. Die Theater und Kinos wurden geschlossen. Wir wollen nicht mehr, dass den Menschen die Unterhaltung vorenthalten wird. Wir wollen einfach nur zu einem normalen Leben und der Welt von früher zurückkehren.

**Visegrád Post:** *Bisher ist Tschechien von der Migrationswelle relativ unberührt geblieben. Glauben Sie, dass sich dies ändern könnte?*

**Tereza Hyt'ová:** Ich denke, das Beste ist, in diesem Bereich vor auszudenken. Wir wissen, was in Afghanistan und anderen Ländern geschieht, und es ist wahrscheinlich, dass es in naher Zukunft Migrationswellen und Krisen geben wird.

*Wir lehnen jede Verteilung von Migranten ab. Die Europäische Union darf den Mitgliedsländern keine Migrantenquoten auferlegen. Wir sind kategorisch gegen diese Zumutung, jeder Staat muss für sich selbst entscheiden können.*

Die Tschechische Republik muss sich klar gegen illegale Einwanderung aussprechen, unsere Grenzen müssen verteidigt werden. Schließlich wurden Burgen in der Vergangenheit zum Schutz vor fremden Invasionen gebaut. Jeder war darauf bedacht, sein Lehen zu schützen, um seine Einwohner und Bürger zu schützen. Das ist es, was wir auch wollen. Wir wollen die tschechischen Grenzen und Kontrollen verstärken, damit keine illegalen Einwanderer in unser Land kommen. Auch wenn wir nicht wirklich darüber sprechen, gibt es heute Hunderte von illegalen Einwanderern in unserem Land. Wir müssen uns zuerst um das Wohlergehen unserer Bürger kümmern, dann können wir anderen helfen. Viele Leute fragen mich, ob ich kein Mitgefühl für diese Migranten habe. Ich sage ihnen, dass ich Mitgefühl für Menschen habe, die in Kriegs- oder Terrorsituationen leben, aber ich denke, dass es nicht möglich ist, alle diese Menschen aufzunehmen, zumal sie aus Kulturen, Religionen und Traditionen kommen, die sich sehr von den unseren unterscheiden. Es ist möglich, diesen Menschen zu helfen, aber vorzugsweise dort, wo sie leben, oder in den Nachbarländern, wo sie sicher sind. Wir können auf keinen Fall so andersartige Kulturen nach Europa importieren. Das wäre nichts Gutes. Die Priorität muss weiterhin bei unseren Bürgern liegen.



:beitrag. [VISEGRÁD POST](#):partner;

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**04) György Matolcsy: „Pole, Ungar, zwei Brüderlein“**

07. 10. 2021



*Bildquelle: Visegrád Post*

Polen und Ungarn traten 1990 in den Regimewechsel ein und wiesen dabei erhebliche Unterschiede im Entwicklungsstand auf. Das Pro-Kopf-Entwicklungsniveau der Polen lag bei 39,6 % des EU-Durchschnitts, während die verfügbaren Schätzungen für Ungarn zu dieser Zeit 56,9 % desselben Durchschnitts ergaben. Im Jahr 1990 war die ungarische Wirtschaft somit etwa 17 % näher an der europäischen Wirtschaft als die polnische.

Im Jahr 2020 war Polen dagegen 36,5 % näher am EU-Durchschnitt, während die Ungarn nur 17,1 % näher dran waren, was bedeutet, dass der polnische Aufholprozess fast doppelt so schnell war wie der ungarische.

Im Jahr 2019, am Vorabend von Covid-19, hatte Ungarn die Polen trotz ihres früheren Vorsprungs endlich überholt. Im Jahr 2020 scheint Polen jedoch besser auf die durch die Epidemie ausgelöste Krise reagiert zu haben. Es ist dieser ungarische Rückgang von fast 5 % aufgrund von Covid-19, der viel größer ist als der Rückgang von 2,7 % in Polen, der erklärt, warum Polen bis Ende 2020 wieder an der Spitze liegt. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 2021 haben sich beide Volkswirtschaften von der Krise erholt und ihr Vorkrisen-BIP-Niveau wieder erreicht, aber der polnische Vorsprung aus dem Jahr 2020 bleibt bestehen: Heute liegt Polen an der Spitze.

Trotz der Tatsache, dass sich die beiden Länder in Bezug auf Größe, Bevölkerung und wirtschaftliche Dynamik um eine Größenordnung unterscheiden, gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen dem polnischen und dem ungarischen Modell.

Schauen wir uns einige dieser Ähnlichkeiten an.

**Beide Volkswirtschaften haben ihren Rückstand erfolgreich aufgeholt.**

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich 18 Nationen der Welt der Gruppe der entwickelten Länder angeschlossen. Für den IWF wird die Schwelle dieser Gruppe bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 17.000 Dollar (in konstanten Dollar) pro Jahr überschritten. Zu den letzten zehn Ländern, die sich der Gruppe angeschlossen haben, gehören sechs mittel- und osteuropäische Länder: Tschechien, die Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Staaten. Polen und Ungarn könnten die nächsten sein, die sich anschließen.

**Beide Länder haben ihre Aufholstrategie auf Industrieexporte gestützt, genauer gesagt auf eine für den Export produzierende Verarbeitungsindustrie.**

Der ungarische Aufholprozess beruht ebenso wie der polnische auf hohen Investitionsquoten, hohen Technologieimporten und einem stetigen Zustrom ausländischer Direktinvestitionen, die durch EU-Hilfen ergänzt werden. Der Erfolg beider Volkswirtschaften beruht auf der Kombination von gut ausgebildeten und motivierten Arbeitskräften mit einem ständigen Angebot an moderner Technologie, effizientem Management und Exportmärkten, die durch den Zufluss von Produktivkapital aus dem Ausland garantiert werden.

**Beide Volkswirtschaften haben sich erfolgreich an den Globalisierungsprozess der letzten zwei Jahrzehnte angepasst.**

Der Aufstieg Chinas mit seinem wachsenden Binnenmarkt hat neue Exportmöglichkeiten für die Weltwirtschaft geschaffen. Die deutsche Ausnahme, die diesen neuen Kontext ausnutzt, brauchte und braucht auch weiterhin die billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte unserer Region. Die Märkte in Mittel- und Osteuropa expandieren ständig. Der Zustrom von US-Kapital in alle Länder der Region hat die interne Modernisierung beschleunigt, einschließlich der digitalen Transformation, der Entwicklung einer zunehmend komplexen Exportstruktur und finanzieller Innovationen.

**Beide Länder haben eine hohe Erwerbsbeteiligung, eine niedrige Arbeitslosigkeit und exportieren viele Arbeitskräfte.**

Seit mehreren Jahrzehnten ist Polen – wie auch Ungarn seit 2010 – in der Lage, einen Arbeitsmarkt zu organisieren, der das überkommene Planmodell ablöst. Der ungarische Arbeitsmarkt hat sich nie von den Verlusten erholt, die durch die Anwendung der Schocktherapie als Modell für den Übergang zur Marktwirtschaft entstanden sind, aber seit 2010 hat er bereits zu den polnischen Ergebnissen aufgeschlossen.

Neben diesen Konvergenzen sind die Unterschiede zwischen den beiden Modellen ebenso deutlich und erklären letztlich die doppelte Geschwindigkeit des polnischen Aufholprozesses im Vergleich zum ungarischen.

Führen wir also auch die letzteren auf.

**Die „Transformationsverluste“, die durch den Übergang zur Marktwirtschaft verursacht wurden, waren in Polen weniger schwerwiegend, in Ungarn dagegen bedeutender.**

Der Vorteil der Polen zeigte sich bereits 1990, denn in Polen waren die durch den Übergang zur Marktwirtschaft verursachten Verluste weniger schwerwiegend als in Ungarn. Innerhalb von drei Jahren, von 1990 bis 1993, richtete die Schocktherapie in Ungarn einen Schaden von historischem Ausmaß an, so dass das ungarische BIP Ende 1993 um 18,3 % unter das

Niveau von Ende 1989 fiel. In Polen sank das BIP von 1990 bis 1991, also innerhalb von zwei Jahren, um nur 16,7 %. Nachdem beide Volkswirtschaften in die Wachstumsphase eingetreten waren, verlief das Wachstum in Polen – bis 1998 – wesentlich dynamischer als in Ungarn, so dass sich die Entwicklungskluft, die die beiden Länder anfangs trennte, zu verringern begann. Auf die westliche Finanzkrise 2008–2009 haben die Polen sehr gut reagiert: Durch den Wegfall des Haushaltsdefizits konnten sie eine Rezession vermeiden und 2009 sogar ein Wachstum von 2,8 % erzielen. In Ungarn, das Opfer einer doppelten Krise (intern und extern) sowie eines Missmanagements der Krise wurde, kam es zu einer Rezession von 6,6 %. So haben uns die Polen allein im Jahr 2009 um zehn Prozent „überflügelt“.

**Die Polen haben das Zeitfenster, das sich in den Jahren vor und nach dem EU-Beitritt auftat, viel besser genutzt als Ungarn.**

Nach 1998 erzielte Ungarn die besten Ergebnisse, aber ab 2004 beschleunigte sich der polnische Aufholprozess, gemessen am EU-Entwicklungsdurchschnitt, während er sich bei uns verlangsamte. Dann kam die Katastrophe von 2008–2009, so dass Polen bis 2010 mit Ungarn gleichgezogen hat. Seit 2010 liefern sich die „zwei Brüderlein“ ein Kopf-an-Kopf-Rennen, bei dem der eine oder andere knapp dominiert: im Moment sind es die Polen.

**Der „Grad des Selbstbewusstseins“ der Polen übertrifft den der Ungarn.**

Die Polen – seien es Bürger, Regierungen oder Wirtschaftsakteure – messen ihren Entwicklungsstand an Deutschland, während das ungarische Bild von ihrer Zukunft nicht sehr klar ist. In der Folge führt die dynamische und mobilisierende nationale Strategie Polens wiederum zu ebenso starken wirtschaftlichen Strategien. In Ungarn scheint eine Überlebensmentalität zu herrschen, mit dem Bestreben, „jedes Mal ein bisschen besser zu werden“. Für die Polen war die Notwendigkeit, mit Deutschland gleichzuziehen, ein historischer Imperativ.

**Das polnische Modell hat gegenüber dem ungarischen einen Modernisierungsvorteil.**

Die entscheidende Ursache für den doppelten Aufholprozess Polens ist, dass Polen die wichtigsten Modernisierungsinstrumente besser nutzt als wir. Sie sind viel erfolgreicher beim Aufbau einer digitalen Wirtschaft. Was den Anteil der digitalen Wirtschaft am BIP angeht, gehört Polen jetzt zu den zwanzig führenden Ländern. Es hat Unternehmen von Weltrang im Bereich der Finanztechnologien (Fintech) und in anderen Bereichen der digitalen Industrie gegründet. Heute ist es beispielsweise eines der weltweiten Zentren für Videospiele.

Die Bilanz der letzten 30 Jahre zeigt, dass die Polen von 1990 bis 2010 zweifelsohne erfolgreicher waren als die Ungarn; seither haben wir uns jedoch im Wesentlichen weiterentwickelt. In den Bereichen, in denen sie uns voraus sind – strategisches Denken, Fähigkeit, auf den Modernisierungswellen zu reiten, digitaler Wandel, stabiles Wachstum um die vier Prozent – können uns gut konzipierte Regierungsprogramme helfen, unseren Rückstand aufzuholen. Andererseits ist es ebenso wahr, dass Polen ohne solche Programme schnell einen beträchtlichen Vorsprung vor uns gewinnen könnte.

*György*  
Präsident der Ungarischen Nationalbank

*Matolcsy*



Dieser Beitrag erschien zuerst in der [Magyar Nemzet](#) und in deutscher Übersetzung in der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 05) V4, Slowenien, Österreich: Schutz der EU-Außengrenzen

Die Außengrenzen der EU müssen vor der illegalen Migration geschützt werden.

Von Bettina Nemes

06. 10. 2021



Innenminister Sándor Pintér (Mitte) spricht auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der Länder der Visegrád-Gruppe (V4) und der Innenminister Österreichs und Sloweniens in Budapest, Ungarn, 5. Oktober 2021. Neben ihm der stellvertretende tschechische Innenminister Jiri Novacek, der slowenische Innenminister Aleš Hojs, der slowakische Innenminister Roman Mikulec und der polnische Staatssekretär für Inneres Bartosz Grodecki - Foto MTI/Tibor Illyés

Wie der ungarische Innenminister Sándor Pintér am Dienstag beim Treffen der Innenminister der Visegrád-Gruppe (V4), Österreichs und Sloweniens informierte, bestand völlige Übereinstimmung in dieser Frage. In einer gemeinsamen Erklärung legten die Innenminister ihren Standpunkt dar, um diesen auch innerhalb der EU geltend machen zu können. Die Lage in Afghanistan stelle eine enorme Herausforderung dar, da momentan niemand sagen könne, wie viele Menschen sich auf den Weg nach Europa machen werden.

Pintér dankte Österreich für die Teilnahme am Grenzschutz. Tschechien entsendet 50 Soldaten an die Grenze, mit Slowenien erfolgen gemeinsame Grenzwatchen. Dies zeige, dass nicht nur Ungarn die EU-Außengrenzen schütze. Er verwies auf den derzeitigen

Migrationsdruck aus Richtung Weißrussland. 2014 wurden 44.000, von Januar bis zum 15. September 2015, d. h. bis zur Errichtung des Grenzzauns 391.000 illegale Migranten in Ungarn registriert, danach flaute die Welle wieder ab. Jedoch versuchten in diesem Jahr bislang erneut 84.000 illegale Migranten, auf das Territorium Ungarns zu gelangen.

Der slowenische Innenminister Ales Hojs zeigte sich überrascht, wie viele illegale Migranten täglich an Ungarns Grenzen ankommen. Er bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern als überaus gut. Roman Mikulec (Slowakei) verurteilte den politischen Missbrauch der Migranten durch Weißrussland mit der Druckausübung auf Polen. Gleichzeitig sei die Unterstützung der Nachbarländer von Afghanistan sowie der Transitländer zum Schutz Europas vor der Migration überaus wichtig. Zudem müsse der Schengen-Raum um Rumänien, Bulgarien und Kroatien erweitert werden.

Jirí Nováček, stellvertretender tschechischer Innenminister, meinte, die Migrationskrise von 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Deshalb werden Lösungen gesucht, vor Ort Hilfe anzubieten, wo sie benötigt wird. Die Notwendigkeit des gemeinsamen Auftretens der V4 betonte der polnische Innenminister Bartosz Grodecki. Als geeignetes Instrument bezeichnete er die jetzt verfasste gemeinsame Erklärung für die Beratung der Innen- und Verteidigungsminister der EU am Freitag.

## **BUDAPESTER ZEITUNG**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**Polen** (Seiten 159 – 173)

**06) Prof. Krysiak: Wir befinden uns im Krieg, und dieser kann verschiedene Formen der Aggression annehmen**

10. 10. 2021



Prof. Zbigniew Krysiak *Bildquelle: wPolityce.pl / Youtube Screenshot*

*Prof. Zbigniew Krysiak, Wirtschaftswissenschaftler und Präsident des Schuman-Instituts des Denkens, in einem Gespräch mit Anna Wiejak vom Portal wPolityce.pl*

wPolityce.pl: Wie beurteilen Sie die Reaktion der Europäischen Kommission auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht feststellt? Die EG erklärte, dass sie „nicht zögern wird, von ihren Befugnissen gemäß den Verträgen Gebrauch zu machen, um die einheitliche Anwendung und Integrität des Unionsrechts zu schützen“. Und Kommissar Reynders kündigte an, dass „die EG alle verfügbaren Instrumente nutzen wird, um die europäische Rechtsstaatlichkeit zu schützen“. Ist das nationale Konjunkturprogramm in dieser Situation nicht gefährdet?

Prof. Zbigniew Krysiak: Wir wissen nicht erst seit heute, dass die Verabschiedung eines Superstaates eine Zerstörung der nationalen Souveränität ist, die Uniformität schafft und die Reaktionen verschiedener Leute aus Brüssel oder der Befürworter des Superstaates sind leider keine substanziellen Reaktionen. Anstatt eine substanzielle Diskussion über die Praxis und die Theorie des Rechts zu führen, gibt es Stimmen, die das Niveau eines substanziellen Dialogs, die Achtung unserer Nation und der Demokratie missachten, wie Jarosław Kaczyński gestern zu Recht sagte: Wenn eine Nation ihre eigenen Autoritäten wählt und eine Verfassung hat, kann diese Verfassung nicht verletzt werden – weder von anderen Nationen noch von irgendjemand anderem -, weil sie die Verfassung des Volkes ist. Solche Angriffe und Versuche, unsere Verfassung so zu behandeln, als ob sie

irgendjemandem in Brüssel oder superstaatlichen Ideologen unterworfen wäre, sind einfach ein Angriff auf die Demokratie und richten sich gegen das Volk. Die Frage ist: Wem dient ein solches System?

Ich habe schon oft gesagt, dass [Altiero Spinellis](#) Superstaatsideologie leider tausendmal schlimmer ist als der sowjetische Kommunismus, weil das Individuum und die Menschen Spielfiguren in diesem System waren. Das kommt einem totalitären System gleich.

Es sollte auch betont werden, dass in diesen Äußerungen nicht nur einiger EU-Beamter oder -Kommissare – glücklicherweise sind es nicht viele – eine durchschlagende Unzufriedenheit unter anderem mit dem Ziel besteht, dass zum Beispiel ideologische Fragen im Zusammenhang mit der Akzeptanz so genannter homosexueller Ehen in Polen akzeptiert werden. Sie wollen uns das aufzwingen.

Sie wissen, dass dieses ideologische System, bei dem es nicht nur um die Zerstörung der Familie geht, sondern auch um die Zerstörung des Patriotismus, denn ohne die Familie gibt es keine nationale Gemeinschaft, keine Gesellschaft, keine politische Gemeinschaft und keinen Staat. Es bedeutet, dass wir in die Rolle von Konsumenten und Arbeitern gedrängt werden. Wir können hier nicht für dreißig Silberlinge, die wir von der EU bekommen, nachgeben, und das ist keine Gnade, sondern Geld, das schon um die Hälfte zu wenig ist, für den Zugang zu unserem Markt, für die Möglichkeit, dass u.a. Deutschland oder Holland Gewinne erzielen.

Hier sehen wir einen Frontalangriff, Aggression. Wir sollten keine Angst haben, dass sie unsere Mittel aus dem so genannten Wiederaufbauplan abziehen. Dies ist wichtig, aber noch wichtiger ist es, die Zerstörung der Einheit, der Einheit der Nation und der Stärke des Polentums im Allgemeinen sowie der Innovation und des Unternehmertums zu verhindern. Wir entwickeln uns derzeit wirtschaftlich sehr gut und gehören zur Weltspitze. Die Investitionen in Polen gingen während der Pandemie nur um 7 % zurück, während sie in der Welt um 35 % zurückgingen. Der Zufluss von Investitionen nach Polen ist für globale Investoren gleich nach den Vereinigten Staaten und Spanien eine Priorität. In dieser Hinsicht sind wir sogar dem Vereinigten Königreich und den Deutschen voraus. Deshalb sollte man keine Angst haben, wenn sie versuchen, in diese Richtung zu gehen. Es ist immer noch nicht legitim, es ist Erpressung. Sie haben kein Recht, diese Maßnahmen abzuschaffen.

Außerdem sind diese Maßnahmen nicht kostenlos. Nominell ist das nicht viel Geld, wenn man zum Beispiel die Mittel bedenkt, die unsere Regierung zur Rettung der Wirtschaft nach der Pandemie oder für das Programm 500 plus ausgegeben hat. Die rückzahlbare Hälfte sind Kredite, die wir einfach zurückzahlen müssen – wir müssen Zinsen zahlen. Die nicht erstattungsfähige Hälfte ist ebenfalls erstattungsfähig, was bedeutet, dass wir sie auch zurückzahlen müssen – als Teil der Einnahmen aus Zöllen, die wir auf Einfuhren mit Drittländern außerhalb der EU erheben, zahlen wir etwa 80 % an den EU-Haushalt. Das sind gewaltige Ressourcen. Die so genannte Digitalsteuer, die bald in der gesamten Union eingeführt wird, wird einen großen Teil der Einnahmen für den EU-Haushalt ausmachen. Schließlich lagen die unterzeichneten Dokumente über die so genannten eigenen Einnahmen des EU-Haushalts bereits vor, als die Mittel des Wiederaufbauplans beschlossen wurden. Diese Mittel wären nicht aufgetaucht, wenn es nicht einen Beschluss gegeben hätte, einen Beschluss zur Bildung dieser Rückzahlungsfonds, der sogenannten Eigenmittel.

Ein weiteres Element dieses Einkommens werden Fragen des so genannten Kohlenstoff-Fußabdrucks sein, der sich auf verschiedene importierte Produkte bezieht, sowie

verschiedene Fragen im Zusammenhang mit CO<sub>2</sub>. Dieses CO<sub>2</sub> ist derzeit sehr teuer, was der europäischen Wirtschaft schadet, weil die Energiekosten steigen. All dies ist das Ergebnis des Handelns katastrophaler Führungskräfte wie Ursula von der Leyen, die, wie es heißt – und ich zitiere Äußerungen in den Medien -, die Qualität der Bundeswehr zerstört hat, die unter ihrer Führung schlecht funktionierte, oder Frans Timmermans, der mit einem verrückten „Fit for 55“-Programm auftritt. Und dies sind die Faktoren, die die Kosten in den Volkswirtschaften der EU in die Höhe treiben.

Die von mir genannten Faktoren zielen darauf ab, eigene Einnahmen der EU zu schaffen, die auch Polen einschließen werden. Mit anderen Worten: Niemand wird uns Geld umsonst geben, und all dieses Geld muss zurückbezahlt werden.

Man kann sich also fragen, ob, wenn das Arrangement der Weltinvestoren so gestaltet ist, dass es einen sehr starken Zufluss von Investitionen für Polen geben wird, dieser Zufluss von Investitionen viel größer ausfallen kann als diese Mittel, die aus dem EU-Haushalt kommen. Gleichzeitig können wir auch verschiedene Kredite aufnehmen, die zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten verwendet werden sollen.

Seit drei Jahren haben wir einen Überschuss der Exporte gegenüber den Importen – zum ersten Mal seit dem Beitritt Polens zur EU. Im letzten Jahr betrug der Überschuss 40 Milliarden, in diesem Jahr könnte er sogar 80 Milliarden betragen, was bedeutet, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der polnischen Wirtschaft hervorragend ist. Hinzuzufügen ist, dass sich Polen bereits von der Pandemie erholt hat, was die Verluste beim BIP angeht. Im Gegensatz dazu benötigen andere Länder wie Deutschland, Frankreich und die Niederlande noch mehrere Jahre, um sich zu erholen.

Es besteht keine Gefahr in Bezug auf den so genannten EU-Haushalt, in den wir einzahlen und dann erhalten. Wir sprechen hier über das Konjunkturprogramm. Das Bestreben, die deutsche Hegemonie in der EU aufrechtzuerhalten, trägt wesentlich zu diesem Verhalten bei, denn es scheint, dass die Deutschen zunehmend Angst vor der Stärke der polnischen Wirtschaft haben. Sie fürchten sich auch vor der Stärke der Integration der Wirtschaft der Dreistadt, weil dies ihre starke Position schwächen wird. Gleichzeitig muss man sagen, dass das Denken der Deutschen unvernünftig ist.

Geht es darum, die deutsche Wirtschaft von der polnischen Wirtschaft abhängig zu machen?

Ja. Einerseits wollen die Deutschen die polnische Wirtschaft von sich abhängig machen, aber gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass ein so großer polnischer Export nach Deutschland es für die Deutschen sehr wichtig macht, dass die polnische Wirtschaft nicht zu stark ist, aber gleichzeitig auch gut funktioniert, denn dann wäre die Gefahr einer Exportstörung nach Deutschland ein gewisses Problem für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft.

Die Deutschen wollen die polnische Wirtschaft von externem Kapital abhängig machen, und das ist ein ernsthaftes Problem für unsere Wirtschaft, aber auch für die Länder der Tri-City. Die westliche EU ist von ihrem externen Kapital, von ihren Investitionen abhängig geworden und handelt so, dass wenig inländisches Kapital geschaffen wird. Das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes führt zu einer Asymmetrie im Wachstum der Finanzanlagen (Einlagen, Aktien, Anleihen, Fonds) pro Kopf. Unser Kapital wächst bis zu achtmal weniger als in anderen westlichen Ländern, insbesondere im Vergleich zu Deutschland, Frankreich

und den Niederlanden – das zeigen die harten Daten von Eurostat. Diese Diskrepanz ist drastisch und nimmt weiter zu. Es ist klar, dass der Gemeinsame Markt nicht darauf abzielt, das wirtschaftliche Potenzial zu nivellieren.

Dabei geht es nicht nur um die Reaktion auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts oder die von der Professorin erwähnten wirtschaftlichen Ungleichheiten, sondern um das Handeln der EU als Ganzes. Ich habe den Eindruck, dass die EU-Institutionen die Grundsätze des Ventotene-Manifests von Altiero Spinelli aus dem Jahr 1941 umgesetzt haben. Inwieweit ist diese neokommunistische Internationale in der EU stark, und inwieweit sind wir tatsächlich von der in diesem Dokument enthaltenen Schreckensvision bedroht?

Sie ist stark. Die Umsetzung des Manifests, d.h. dieser neokommunistischen Ideologie, ist tausendmal gefährlicher, denn im Sowjetkommunismus hat der Kommunismus trotz der Ausweitung von Kontrolle und Unterwerfung die Staatlichkeit als solche noch nicht zerstört. Der Sejm wurde kontrolliert, aber er wurde kontrolliert. Institutionen wurden nicht entfernt, Fahnen wurden nicht entfernt. Hier könnten viele Dinge genannt werden. Spinellis Ziel war jedoch die Abschaffung von Institutionen wie dem Sejm, dem Obersten Gerichtshof, dem Verfassungstribunal...

Die Verfassung selbst...

Und die Verfassung selbst. Ganz genau. Was auch immer für eine Verfassung wir während der Volksrepublik Polen hatten, oder irgendwelche Scheininstitutionen unseres Staates, sie waren da. Und hier zeige ich ganz bewusst, worin der wesentliche Unterschied besteht. Für alle, die sich mit einer Tasse Kaffee hinsetzen und darüber nachdenken wollen, ist dies sozusagen eine Art Bild eines sowjetischen Gulags, dem wir in Zukunft ausgesetzt sein werden. Es gäbe Arbeit, wir würden konsumieren, aber der Prozess würde in Richtung Verlust von Eigentum gehen...

Wie auch immer, in der EU wird das derzeit mit dem Green Deal praktiziert. Das alles ist nur ein Teil des Puzzles.

Ja, genau. Das sind oft unbemerkte Mechanismen, und wenn wir darüber sprechen, sind manche Leute überrascht, dass das möglich ist. Diese Mechanismen zielen in erster Linie darauf ab, uns unseres Eigentums zu berauben – wenn wir beispielsweise des Eigentums an unserer eigenen Verfassung oder an anderen Institutionen, die der Regulierung unseres Staates dienen, beraubt werden, dann geht dieser Angriff von Spinellis Ideologie auch ein Stück weit dahin, uns unseres wirtschaftlichen Eigentums zu berauben. Diese Erpressung mit EU-Geldern ist ein Beispiel dafür, wie der Versuch der Unterwerfung ablaufen wird. Mit anderen Worten: Wo es kein staatliches oder institutionelles Eigentum und damit auch kein wirtschaftliches Eigentum gibt, sind die Menschen völlig rechtlos. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, in welche Richtung die Entwicklung geht.

Es muss betont werden, dass die Macht der Ideologen von Spinelli in den 1980er Jahren begann, sich zu manifestieren. Sie bedient sich der Waffen des Kapitals. Im Kommunismus gab es eine Allianz der Machtkontrolle in Verbindung mit Gewalt. Natürlich ging es dabei auch um die Beseitigung von Eigentum, aber dennoch wurde dieses Eigentum nicht vollständig beseitigt. Spinellis Ideologie hingegen hat zwei Elemente: die Gewalt des Kapitals oder die Solidarität der Finanzoligarchien, deren Reichtum wächst, während andere verarmen. Die Verteilung der Gewinne in der Welt ist dramatisch: 90 % der Gewinne gehen an 5 % der Bevölkerung. Gleichzeitig macht sie verschiedene Aktivisten, auch in verschiedenen Brüsseler Strukturen, abhängig. Die Pandora-Papiere sind ein Beispiel für dieses Konzept.

Schließlich muss noch hinzugefügt werden, was Spinelli ebenfalls aufgenommen hat und was die Deutschen umsetzen wollen. Spinelli wollte eine europäische Armee und eine europäische Polizei schaffen, aber nicht, um die Grenzen zu verteidigen, denn wie wir sehen, werden die Grenzen in Europa nicht verteidigt – Deutschland gibt dafür im Verhältnis zum BIP weit weniger aus als Polen -, sondern das Ziel von Spinellis europäischer Armee und Polizei – und das wollen die Deutschen – ist die Wiederherstellung der Ordnung, wenn es Unruhen gibt. Wenn sie also unsere Institutionen zerstören und einen Krieg gegen uns beginnen wollen – nach Ansicht der Experten ist ein Krieg bereits eine Aggression gegen ein Land, das darauf ausgerichtet ist, beispielsweise die Demokratie und die Institutionen zu zerstören, und dabei kapitalistische Gewalt anwendet – und es Proteste und Widerspruch gibt, dann wollte Spinelli diese europäische Armee schicken, um diese Unruhen niederzuschlagen. Leider sprechen die Deutschen darüber, obwohl das Thema noch nicht in den Vordergrund gerückt ist. Unsere Regierung und andere Länder sind dagegen.

Wir können also feststellen, dass wir uns de facto im Krieg befinden, und dass der Krieg verschiedene Formen der Aggression annehmen kann.

Hätten wir also de facto eine europäische Armee in einer Situation, in der der polnische Verfassungsgerichtshof entscheidet, so wie er entscheidet, dann würden wir sie im Nacken haben?

So kann man es vereinfacht ausdrücken. Heute ist man der Ansicht, dass Brüssel und diese Kreise – sie sind nicht die Mehrheit aus der Sicht der Vertretung der Meinung der Bürger Europas, sie sind die Mehrheit aus der Sicht der Parteikreise – aber faktisch würde genau das passieren.

Wir hätten eine Situation, in der die Brüsseler Regierung – die sich bereits gegen eine solche Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts wehrt – sagt, dass wir etwas Unrechtmäßiges tun, und deshalb sagen, dass es gegen die Verträge verstößt, weil unsere Verfassung unter ihnen steht, und deshalb haben sie die Macht, die Ordnungskräfte zu schicken, wenn es zu einer Situation kommt, in der nicht die Anhänger Brüssels, sondern die Gegner Brüssels auf die Straße gehen. Dann hätten wir die europäische Armee oder Polizei auf den Straßen, um diese Unruhen zu unterdrücken. Gleichzeitig würden sie die Aggression verschärfen, denn wenn man sich vorstellt, dass die Deutschen in diesen europäischen Armeeuniformen auftreten, kann man sich vorstellen, was passieren könnte.

Wir leben in einer Realität, in der wir in Alarmbereitschaft versetzt werden. Ein Jahr vor seinem Tod warnte Robert Schuman, dass sie uns in Sicherheit wiegen wollen, dass sie den Eindruck von Reichtum, von wirtschaftlicher Entwicklung, von einem super funktionierenden System erwecken wollen, während es in Wirklichkeit – so Schuman weiter – ihr Ziel ist, unseren Patriotismus, die Seele unserer Nation, unsere Freiheit zu töten, und dem müssen wir uns bis zum Ende widersetzen, was immer es uns auch kosten mag. Wir sollten uns auch aus Verantwortung für unsere Kinder dagegen wehren, denen wir den Weg zu einem normalen Leben nicht versperren wollen.

Quelle: [wPolityce.pl](http://wPolityce.pl)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 07) Polen: 7. Oktober – Fest der Muttergottes vom Rosenkranz

07. 10. 2021



Chodkiewicz bei Chocim, *Gemälde von Józef Brandt*

### **Die Victoria von Chocim und der Rosenkranz**

Während der entscheidenden Seeschlacht der vereinigten christlichen Flotten gegen die muslimische Armada bei Lepanto im Jahr 1571 ordnete der Papst eine große Rosenkranzprozession in Rom an, um den Sieg zu feiern. Das Bildnis der Muttergottes vom Schnee wurde darin getragen. Der Sieg der Heiligen Liga wurde auf die Fürsprache der Jungfrau Maria zurückgeführt. Zum Gedenken daran erklärte Pius V. den 7. Oktober zum Fest Unserer Lieben Frau vom Rosenkranz, und das Bild Unserer Lieben Frau vom Schnee erhielt den Titel „Salus Populi Romani – Rettung des römischen Volkes“. Dieses Bild ist seither zu einem der am meisten verehrten Marienbilder in Europa geworden. Der Triumph der Christen über den Islam im 16. Jahrhundert ist mit einem ähnlichen Ereignis in der Geschichte Polens verbunden – der Schlacht von Chocim (1621), die als „polnisches Lepanto“ bekannt ist.

### **Die antike Ikone der Jungfrau Maria vom Schnee in Rom**

Die Geschichte dieser antiken Ikone ist mit der Errichtung der Basilika Santa Maria Maggiore verbunden. In der Nacht des 3. August 352 erschien die Jungfrau Maria dem Papst Liberius und dem Patrizier Johannes im Traum und befahl, den Tempel an einem Ort zu errichten, an dem sie frischen Schnee finden würden. Am nächsten Morgen war eine der Pisten mit Schnee bedeckt. Auf Wunsch der Muttergottes wurde dort eine Kirche gebaut und ein Bildnis der Schneekönigin, die heute auch als Siegesgöttin oder Rosenkranzgöttin bekannt ist, darin aufgestellt.

Nach der Schlacht von Lepanto wuchs der Ruhm des Bildes noch mehr. Schon bald wurde es in vielen römischen Ateliers kopiert. Eine der Kopien wurde in der Kirche der Dominikanerpatres in Krakau aufgestellt. Sie wurde um 1588 von Kardinal Bernard Maciejowski aus Rom mitgebracht. Die Legende besagt, dass es sich um dasselbe

Gemälde handelt, vor dem der heilige Stanislaus Kostka im römischen Jesuitenkolleg gebetet hat. In Polen entwickelte sich der Kult um das Gemälde sehr schnell. Im Jahr 1600, als Krakau von der Pest heimgesucht wurde, ordnete der damalige Bischof eine Prozession mit dem Gemälde durch die Straßen der Stadt an. Die Seuche hat aufgehört. Im Jahr 1601 wurde das Gemälde offiziell „Rosenkranz“ genannt und der Rosenkranzbruderschaft übergeben. Im selben Jahr fand die zweite Prozession mit dem Gemälde statt: Es war auch die erste Rosenkranzprozession. Von da an fanden die Prozessionen jedes Jahr statt, auch in Zeiten nationaler Not.

Als 1621 ein etwa 400.000 Mann starkes türkisches Heer unter Osman II. die Grenzen Polens überschritt, schlug Hetman Jan Karol Chodkiewicz am 2. September mit 60.000 Mann ein Lager bei Chocim am Dnjestr auf. Die erste Schlacht mit dem türkischen Heer brachte den Polen zwar den Sieg, doch der unerwartete Tod (am 24. September 1621) des geliebten Befehlshabers der polnischen Armee – des inzwischen betagten Hetman Chodkiewicz – schwächte die Kraft der Ritter so sehr, dass eine Niederlage unvermeidlich schien. In der Zwischenzeit verschoben die Türken aus ungeklärten Gründen die Entscheidungsschlacht, bis sie selbst einen Friedensvorschlag machten. Darüber hinaus endeten die Friedensverhandlungen mit der Unterzeichnung eines für Polen günstigen Vertrags. Historiker sehen den Grund für diese Entwicklung in den Ereignissen in Krakau zu dieser Zeit. Als er vom Tod des Hetmans erfuhr, ordnete Bischof Marcin Szyszkowski eine feierliche Bittprozession in Krakau an, bei der das Bild der Rosenkranzmadonna aus der Dominikanerkirche durch die Straßen der Stadt getragen wurde. Es folgten Scharen von Menschen mit Rosenkränzen in den Händen. Alle Häuser waren menschenleer, denn alle eilten herbei, um mit Gott um den Sieg über die Ungläubigen zu beten.

Die Offenbarungen der Jungfrau Maria an Primas Wawrzyniec Gembicki und Stanislaw Lubomirski (in einem Traum) wurden weithin bekannt, und ihr Zusammentreffen mit den Ereignissen in Chocim wurde als Beweis dafür angesehen, dass die Gebete erhört worden waren. Der Glaube an das wundertätige Eingreifen der Mutter Gottes in Chocim wurde durch eine kursierende Geschichte über eine prophetische Vision von Pater Mikołaj Oborski im Kloster der Jesuitenpatres in Kalisz verstärkt. Während er am 10. Oktober 1621 vor dem Allerheiligsten betete, sah er plötzlich die polnischen Schützengräben bei Chocim und doppelt so viele türkische Truppen, und über ihnen, auf den Wolken in einem strahlenden Wagen, die Heilige Jungfrau Maria mit dem Jesuskind und dem heiligen Stanislaus Kostka, der vor ihr kniete und mit einer flehenden Geste auf das polnische Lager zeigte. Jesus streckte seine Hände nach dem knienden Mann aus, als wolle er ihn aufrichten. Als sich die Nachricht von der endgültigen Zurückschlagung der türkischen Armee verbreitete, wurde sie mit Oborskis Traum in Verbindung gebracht. Zum Gedenken an den Sieg zog jedes Jahr am Tag des Triumphs von Chocim eine Rosenkranzprozession durch die Straßen von Krakau.

Die Verehrung der Jungfrau Maria des Rosenkranzes aus der Kirche der Dominikanerpatres in Krakau ist auch heute noch sehr lebendig, hat aber einen eher privaten und verborgenen Charakter. Vor dem Gnadenbild wird immer gebetet, und jeden Tag wird eine Totenmesse für die Seelen der verstorbenen Mitglieder der Rosenkranzbruderschaft gefeiert. Die Rosenkranzprozession findet immer noch statt, aber nicht mehr durch die Straßen der Stadt, sondern im Inneren der Kirche zu ihren fünf Kapellen.

Quelle: [Niedziela.pl](http://Niedziela.pl)

---

### **Krakau feiert den 400. Jahrestag des Sieges von Chocim**

Historische Konferenz mit dem Titel „Fidei Defensor“, Appell der Gefallenen und Heilige Messe – so wird der 400. Jahrestag des Sieges von Chocim 1621 in Krakau begangen. Die Veranstaltungen sind für den 9. und 10. Oktober 2021 geplant.

Anlässlich des 400. Jahrestages der siegreichen polnisch-türkischen Schlacht von Chocim findet am Samstag, den 9. Oktober 2021, in der Aula der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau in der Bernardyńska-Straße 3 eine historische Konferenz mit dem Titel „Fidei Defensor“ statt.

Am Sonntag wird um 9.30 Uhr am Grab der Familie Chodkiewicz auf dem Rakowicki-Friedhof in Krakau der Totenappell abgehalten, und um 12 Uhr wird in der Wawel-Kathedrale eine Messe gefeiert.

Quelle: [PCh24.pl](http://PCh24.pl)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **08) „Nein zum Genderwahn“: Polen legt Veto gegen „EU-Kinderrechte“ ein**

Von Álvaro Peñas

07. 10. 2021



Zbigniew Ziobro · Bildquelle: El Correo de España

Polen hat beschlossen, sein Veto gegen die „Schlussfolgerungen zu einer EU-Kinderrechtsstrategie“ einzulegen, die heute und morgen in Budapest im EU-Rat „Justiz und Inneres“ erörtert werden, wo der polnische Staat durch seinen Justizminister Zbigniew Ziobro vertreten ist.

Der Grund für das Veto, so argumentiert das polnische Justizministerium, ist, dass das EU-Dokument – entgegen seinem Titel – das Recht des Kindes untergräbt, in einer Familie von einem Vater und einer Mutter aufgezogen zu werden. Anstatt das Wohl des Kindes zu fördern, ist diese Kinderrechtsstrategie nur ein weiteres Instrument der EU-Politik zur Förderung der LGBT-Bewegung und der Gender-Ideologie. Die Annahme dieser Schlussfolgerungen würde dazu führen, dass die rechtliche Anerkennung von schwulen und lesbischen „Ehen“ in den Mitgliedstaaten und die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare erzwungen würde.

Diese EU-Initiative hat nichts mit den Rechten der Kinder zu tun. Es handelt sich um die Umsetzung eines Plans, der am 16. September 2020 von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen angekündigt wurde, eine Strategie zur Stärkung der Rechte von LGBTQI-Personen. „In diesem Zusammenhang werde ich mich auch für die gegenseitige Anerkennung von Familienbeziehungen in der EU einsetzen. Wenn man in einem Land Eltern ist, ist man in jedem Land Eltern“, sagte sie. Ein weiteres Element dieser Strategie ist die EU-weite Anerkennung der Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren. Dies wurde Tage später von der EU-Gleichstellungskommissarin Helena Dalli bestätigt, als sie auf eine Frage zu den Plänen der Europäischen Kommission für die Anerkennung von Familienrechten für LGBT+-Personen antwortete: „Wenn man in einem Land eine Familie gründet, ist das auch in einem anderen Land eine Familie“.

Diese Annahmen sind jedoch unvereinbar mit der polnischen Verfassung, in der eindeutig festgelegt ist, dass die Ehe eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau ist. Das polnische Recht erlaubt auch nicht die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare, und die „EU-weite Anerkennung von Kindern gleichgeschlechtlicher Paare“ würde genau das Bestreben bedeuten, solche Adoptionen in allen EU-Ländern zu legalisieren. Gegen den Widerstand einiger Mitgliedstaaten versucht die Europäische Kommission, dies unter dem Deckmantel einer „Strategie für die Rechte des Kindes“ durchzudrücken. Das Veto von Zbigniew Ziobro, das das vierte polnische Veto im EU-Forum sein wird, bedeutet, dass die Täuschung gescheitert ist, auch wenn es zweifellos eine neue Desinformations- und Verurteilungskampagne gegen Polen auslösen wird.

Der stellvertretende Justizminister Marcin Romanowski hat den Standpunkt Polens unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. „Diese Gender-Strategie der Europäischen Kommission und die vorgeschlagenen Schlussfolgerungen stehen im Widerspruch zu unserer nationalen Identität. Unter dem Vorwand, die Rechte der Kinder zu schützen, will die EU Polen und andere Mitgliedstaaten zwingen, LGBT-„Ehen“ und Homo-Adoptionen anzuerkennen. Wir werden dies nicht zulassen.“

„Es gibt in der Europäischen Union keinen Konsens über die Vision von Familie und Ehe. Einmal mehr ignoriert die EU die Grenzen ihrer im Vertrag festgelegten Zuständigkeit. Familie und Ehe sind sehr sensible Themen, die gemäß den EU-Verträgen und der Charta der Grundrechte in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Das polnische Veto kann als ein Mechanismus zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union angesehen werden“.

„In ihrer ‚Sorge‘ um die Rechte der Kinder will Kommissarin Ursula von der Leyen die so genannte neomarxistische ‚neutrale Sprache‘ in allen europäischen Schulen einführen. Um die polnischen Kinder wirklich zu schützen, sagt das Justizministerium „Nein“ zu diesem Wahnsinn. Unser Bildungswesen und unser Familienrecht werden frei von dieser giftigen Ideologie bleiben“.

„Die Strategie der Europäischen Kommission ist weit von der Realität entfernt. In Polen ist die Mutter eine Frau und der Vater ist ein Mann. Wenn jemand meint, er könne die natürliche Ordnung ändern, indem er die Grundbegriffe rekonstruiert, dann ist das sein Problem. Polen wird niemals zulassen, dass Brüssel unserem Rechtssystem eine ideologische Revolution auferlegt“.

„Das Veto ist die einzige Lösung angesichts des völligen Schweigens zu den von Polen vorgebrachten Bemerkungen. Wir haben argumentiert, dass die Strategie in den Bereich der Zuständigkeiten eingreift, die nur den nationalen Behörden vorbehalten sind. Darüber hinaus haben wir den ideologischen Charakter des Dokuments hervorgehoben, der sich in der verwendeten Sprache widerspiegelt. Wie erwartet, hat sich die Kommission nicht um unsere Zweifel gekümmert“.



**Álvaro Peñas**

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder er sehr gut kennt.

## **El Correo de España**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 09) Immer mehr Ausländer arbeiten in Polen

03. 10. 2021



Bildquelle: Pixabay

### **Laut dem polnischen Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik wuchs im Sommer die Zahl der gewährten Arbeitserlaubnisse für Ausländer.**

Im Juli und August 2021 wuchs die Zahl der gewährten Arbeitserlaubnisse um 42% im Vergleich mit demselben Zeitraum des Jahres 2020 und betrug ganze 83,2 Tsd. Im Vergleich mit den zwei Sommermonaten in 2019 bedeutet dies ein Wachstum um 17%.

„Die Pandemie verursachte einen Riss auf dem Arbeitsmarkt. Letztes Jahr haben Ausländer ihre Reisen nach Polen begrenzt. Zusätzlich haben sie das Land wegen der herrschenden Unsicherheit verlassen. Doch aktuell prognostiziere ich eine deutliche Zunahme der Zahl an Ausländern, welche in Polen angestellt sind. Ich gehe davon aus, dass dieser Trend langfristig anhalten wird, gezählt sogar in Dekaden. Hier muss man auf 2 Faktoren hinweisen. Permanent setzt uns die Demografie zu. Darüber hinaus wächst unsere Wirtschaft“, kommentiert Grzegorz Kuliś, Arbeitsmarktexperte im Business Centre Club.

Nach dem schweren pandemischen Jahr 2020, verzeichneten viele polnische Branchen wieder ein Wachstum. Daraus folgte hingegen ein Bedarf an Arbeitskräften.

### **Wer arbeitet in Polen?**

Fast 54,3 Tsd., also mehr als 65% der Arbeitserlaubnisse gingen heuer an Ukrainer. Laut Kuliś assimilieren sich die Bewohner der Ukraine sehr schnell in Polen, bereits nach 3 Monaten können sie ziemlich gut auf der polnischen Sprache kommunizieren. „So eine große Anzahl an einreisenden Ukrainern ist nicht nur eine Sache der Nachbarschaft. Sie

wählen unser Land seit Langem, weil die Ukraine eine wirtschaftliche Krise durchlebte. Die Arbeit bei uns war für sie ein Riesensprung hinsichtlich des Einkommens“, erklärt Jeremi Mordasewicz von der Polnischen Konföderation privater Arbeitgeber Lewiatan.

Den zweiten Rang belegen die Weißrussen (5,9 Tsd.). Weiter platzierten sich Usbeken (2,7 Tsd.), Inder (2,1 Tsd.) und Philippiner (2,1 Tsd.).

Die meisten Ausländer arbeiten in der Woiwodschaft Masowien, da diese das größte wirtschaftliche Potenzial hat. Aber auch in den Woiwodschaften Lodz, Großpolen, Schlesien und Kujawien-Pommern werden viele Arbeitserlaubnisse erteilt.

Quelle: [Polen-Journal](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## **10) Polen: Das Collegium Intermarium wird gegründet**

30. 09. 2021



Foto: [collegiumintermarium.org](#)

### **Welches wird das erste akademische Jahr der vom Ordo Iuris gegründeten Universität sein?**

Das akademische Jahr am Collegium Intermarium, einer vom Institut Ordo Iuris gegründeten Universität, beginnt am 1. Oktober. Im Rahmen der Veranstaltung findet eine internationale Konferenz mit dem Titel „Collegium Intermarium: der Platz der Wahrheit in Zeiten der cancel culture“ statt. Die Universität macht keinen Hehl daraus, dass sie die Freiheit der akademischen Debatte wiederherstellen möchte.

Wie das Ordo Iuris Institut betont, soll die Konferenz Antworten auf Fragen zu den Herausforderungen geben, vor denen die akademische Welt in Zeiten ideologischer Angriffe

auf die Freiheit der wissenschaftlichen Debatte steht. Auch in Polen gab es in den letzten Jahren Aktionen, die die akademische Freiheit angriffen. Ein Beispiel ist der Fall der Professorin Ewa Budzyńska, die von der Disziplinarkommission der Universität Schlesien wegen ihrer Vorlesungen über die Familie gerügt wurde. Deshalb wurde das Collegium Intermarium mit dem Ziel gegründet, eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Akademikern (vor allem aus Mitteleuropa) zu schaffen, um einen freien wissenschaftlichen Meinungs austausch zu ermöglichen und eine fundierte Debatte zu führen.

Zaproszenie Rektora na konferencję "Collegium Intermarium: miejsce prawdy w czasach cancel culture"

296 Aufrufe  
06.09.2021

[Collegium Intermarium](#)

570 Abonnenten

🕒 Zaproszenie Rektora CI na konferencję "Collegium Intermarium: miejsce prawdy w czasach cancel culture"

<https://www.youtube.com/watch?v=UkKSnZ4LOog>

Eine Konferenz zur Eröffnung des akademischen Jahres wird sich mit der Frage der systematischen Ausgrenzung bestimmter Einstellungen aus dem universitären Raum befassen. An der Veranstaltung wird unter anderem Sohrab Ahmari, Schriftsteller, Bestsellerautor und Meinungsredakteur der New York Post, teilnehmen. An der Veranstaltung wird auch Professor Adrian Vermuele teilnehmen, der an der Harvard University Rechtswissenschaften lehrt und die Lehre vom „Gemeinwohl-Konstitutionalismus“ begründet hat. Unter den Rednern ist auch Fürstin Prof. Ingrid Detter de Frankopan – Leiterin der juristischen Abteilung des Collegium Intermarium, die jahrelang Papst Johannes Paul II. beraten hat. Weitere Teilnehmer der Konferenz sind unter anderem Dr. Gladden Pappin von der Universität Dallas, der ehemalige Sejm-Sprecher Dr. Józef Zych, Prof. Anna Łabno und der Rektor des CI – Dr. Tymoteusz Zych.

Die Referenten der Veranstaltung sind ebenfalls Vertreter von Behörden. An der Konferenz werden Piotr Mazurek – Staatssekretär in der Kanzlei des Premierministers und Regierungsbevollmächtigter für Jugendpolitik, Paweł Jabłoński – Unterstaatssekretär im Außenministerium und Dr. Stjepo Bartulica – Abgeordneter aus Kroatien – teilnehmen.

Außerdem wird Marion Maréchal, ehemalige Abgeordnete der französischen Nationalversammlung, Enkelin des Gründers des Front National Jean-Marie Le Pen und Nichte der Abgeordneten Marine Le Pen, an der Veranstaltung teilnehmen. Sie ist auch die Gründerin des Instituts für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP) in Lyon. Am Tag vor der Eröffnung des akademischen Jahres werden das Collegium Intermarium und das ISSEP eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnen.

Quelle: [Ordo Iuris / Collegium Intermarium](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**11) Polen fordert Migranten per SMS zur Umkehr auf: „Geht zurück nach Minsk!“**

30. 09. 2021



Einmal mehr beweisen Polen und Litauen , dass sie sich nicht von sogenannten „Flüchtlingen“ an der Nase herumführen lassen. Dazu schreibt *epochtimes*:

Polen hat nach eigenen Angaben Migranten an der Grenze zu Belarus per SMS zur Umkehr aufgefordert. Wie das Innenministerium mitteilte, versandte es allein am Dienstag fast 31.000 Kurznachrichten an ausländische Telefonnummern im Grenzgebiet. In der englischen Mitteilung stand: „Die polnische Grenze ist dicht. Die BLR (belarussischen) Behörden haben euch Lügen erzählt. Geht zurück nach Minsk!“

Die Nachrichten enthielten zudem einen Link zu einer Website, die Migranten in fünf Sprachen davor warnte, dass illegale Grenzübertritte im Gefängnis enden könnten. Es hieß zudem, die sich verschlechternden Wetterbedingungen könnten für „Leben und Gesundheit“ gefährlich sein. „Jeder Versuch, sich zu verstecken und im Freien zu schlafen, kann tragisch enden“, warnten die Behörden, nachdem bereits sechs Migranten an der EU-Grenze zu Belarus ums Leben gekommen sind.

Polen hat in den vergangenen Wochen tausende Soldaten an der Grenze stationiert, einen Stacheldrahtzaun errichtet und einen Ausnahmezustand verhängt, der Journalisten und Hilfsorganisationen den Zugang zur gesamten 400 Kilometer langen Grenze verbietet. Das Innenministerium empfahl am Montag, den Ausnahmezustand um 60 Tage zu verlängern, da viele der Migranten, die die Grenze überschreiten, Verbindungen zu „radikalen oder kriminellen Gruppen“ hätten.

Menschenrechtsorganisationen haben wiederum vor einer „humanitären Krise an der Grenze“ gewarnt, falls die dort feststeckenden Migranten keinen Zugang zu Nahrung, Unterkunft und medizinischer Versorgung bekommen.

Seit Anfang August sind Regierungsangaben zufolge 8200 Migranten an der Einreise nach Polen gehindert worden und 1200 nach der Grenzüberquerung in Gewahrsam genommen worden. Polnische Grenzschützer erklärten zudem, sie hätten am Dienstag 473 Überquerungsversuche vereitelt – ein Rekord für einen einzigen Tag.

Polen sowie Litauen und Lettland beklagen seit einigen Monaten die vermehrte Ankunft von Migranten vor allem aus dem Nahen Osten an ihren Grenzen zu Belarus. Die EU geht von einer Vergeltungsaktion des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko für Brüsseler Sanktionsbeschlüsse aus. Es wird vermutet, dass die belarussischen Behörden die Migranten gezielt ins Land holen und an die Grenzen zu den östlichen EU-Staaten schleusen.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson will wegen der Flüchtlingskrise am Donnerstag nach Warschau reisen, um mit dem polnischen Innenminister Mariusz Kaminski über eine geplante Verschärfung des Asylrechts zu sprechen. Laut dem geplanten Gesetz müssten die Behörden die Asylanträge von Migranten nicht prüfen, wenn diese „unmittelbar nach dem illegalen Überschreiten der EU-Außengrenze festgenommen“ wurden. Die Kommission habe dazu „mehrere Fragezeichen“, sagte Johansson am Mittwoch.

Dieser Artikel erschien zuvor auf [epochtimes.de](https://www.epochtimes.de).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Tschechien (Seiten 174 – 176)

### 12) CZ: Nach den Parlamentswahlen hat Andrej Babiš kaum Chancen, Ministerpräsident zu bleiben

11. 10. 2021



Andrej Babiš und Petr Fiala · Bildquelle: VP

**Am 8. und 9. Oktober haben die Tschechen ein neues Parlament gewählt. Nach einer äußerst knappen Wahl wird Ministerpräsident Andrej Babiš möglicherweise nicht im Amt bleiben. Die Wahlen haben auch gezeigt, dass die tschechische Politik um zwei Persönlichkeiten, Andrej Babiš und Petr Fiala, polarisiert ist, zum Nachteil der klassischen Linken, die nun völlig aus dem Parlament verschwunden ist, wo sich nur noch vier Koalitionen die Sitze teilen.**

#### **Knappe Ergebnisse, die die Polarisierung widerspiegeln**

Die Spannung hielt bis zum letzten Moment an. Die Wahlbeteiligung war mit 65,43 % recht hoch, das sind 4,6 % mehr als bei den letzten Wahlen. Die SPOLU-Koalition (Gemeinsam, Mitte-Rechts), zu der die ODS, die KDU-ČSL und TOP 09 gehören, erhielt 27,79 % der Stimmen und lag damit knapp vor der Partei ANO des amtierenden Ministerpräsidenten, die 27,12 % erhielt.

Das tschechische Wahlsystem basiert auf einer Anpassung des berühmten d'Hondtschen Systems mit Vorzugsstimmen in 14 Wahlkreisen. Aufgrund dieser Besonderheiten behielt die ANO, obwohl sie den zweiten Platz belegte, 72 Sitze im Abgeordnetenhaus, während das Dreierbündnis SPOLU nur 71 Sitze erhielt. Die Koalition aus STAN (Bürgermeister und

Unabhängige, Sonstige) und Piraten (Progressive Globalisten) erhielt 15,62 % der Stimmen und gewann 37 Sitze, während Tomio Okamuras SPD (Freiheit und direkte Demokratie), die patriotische und euroskeptische Partei, 9,56 % der Stimmen erhielt und 20 Sitze behält.

Obwohl er einen Sitz mehr als sein Konkurrent Petr Fiala hat, ist Andrej Babiš in Schwierigkeiten: Mit nur 72 Sitzen würde ihm selbst eine Koalition mit der SPD keine Mehrheit zur Regierungsbildung verschaffen. Der Königsmacher ist also die STAN-Piraten-Koalition unter Führung des Globalisierungsgegners Ivan Bartoš. Bereits gestern Abend haben SPOLU und die STAN-Piraten-Koalition ein Memorandum zur Bildung einer Regierung unterzeichnet.

### **Die klassische Linke nicht mehr im Parlament**

Das erste, was bei diesen Wahlen auffällt, ist die Tatsache, dass die Kommunisten (KSČM) – unter der Führung von Vojtěch Filip – zum ersten Mal seit dem Regimewechsel nicht mehr im Parlament vertreten sind. Dies markiert einen Meilenstein im langsamen Niedergang dieser linken politischen Kraft.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Abwesenheit der sozialdemokratischen Partei ČSSD. Die klassische Linke des 20. Jahrhunderts, ob sozialistisch oder kommunistisch, ist somit im tschechischen Parlament nicht mehr vertreten.

Die von Trikolóra geführte Rechtskoalition erhielt 2,76 % der Stimmen und verpasste damit den Einzug ins Parlament und den von Parteigründer Václav Klaus junior erhofften Durchbruch.

Viele kleine Parteien sind Opfer der Polarisierung der tschechischen Politik um die beiden Persönlichkeiten Andrej Babiš und Petr Fiala.

### **Präsident auf der Intensivstation**

Nach den Wahlen wurde die Bekanntgabe der Ergebnisse von der plötzlichen und unglücklichen Nachricht geprägt, dass Präsident Miloš Zeman auf der Intensivstation liegt.

Solange der Präsident nicht in der Lage ist, sein Amt auszuüben, wird er durch den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vertreten. Solange die Situation andauert, wird die Tschechische Republik auf jeden Fall keinen neuen Ministerpräsidenten ernennen können. Dadurch wird Zeit für die Verhandlungen der Koalitionsregierung gewonnen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 13) Orbán & Babiš: Mitteleuropa sieht optimistisch in die Zukunft

30. 09. 2021



Viktor Orbán und Andrej Babiš in Aussig/Elbe, ganz links: Außenminister Péter Szijjártó · Foto: MTI/Pressestelle des Ministerpräsidenten / Vivien Cher Benko

#### ***Mitteleuropa steht vor einem Jahrzehnt mit phantastischen Möglichkeiten.***

**Von Bettina Nemes**

Dies erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán am Mittwoch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem tschechischen Amtskollegen Andrej Babiš in Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe) in Nordböhmen.

Langsam kehren sich die Verhältnisse um. Früher dachte man, dass Mitteleuropa nicht ohne Westeuropa auskommt, doch mittlerweile ist Mitteleuropa zum Wirtschaftsmotor der EU avanciert. Der politische und wirtschaftliche Einfluss der Region wächst, meinte Orbán.

Bei den Gesprächen mit Babiš ging es um die bilaterale Zusammenarbeit in Wirtschaft, Industrie und Verteidigung sowie um illegale Migration und die Corona-Pandemie. Babiš zufolge sei es Ungarn zu verdanken, dass es heute in Tschechien keine illegalen Einwanderer gebe. 2015 war Ungarn das einzige EU-Land, das die Schengen-Grenzen schützte. Orbán und Babiš besuchten außerdem den gemeinsamen Wahlkreis von Andrej Babiš bei den Parlamentswahlen am 8. und 9. Oktober in Tschechien und jenes tschechische Flugzeugwerk, an dem Ungarn 51% der Anteile erwerben will. Am Mittwochabend wurde Orbán vom tschechischen Staatschef Miloš Zeman empfangen.

## **BUDAPESTER ZEITUNG**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Slowakei (Seiten 177 -179)

### 14) Die slowakische Art, sich der Geschichte zu stellen

Von István Krómer

26. 09. 2021



Außenminister Ivan Korčok · Quelle: YouTube/Europäischer Ausschuss der Regionen

Haben Sie gehört, dass sich die slowakische Regierung für die beschämenden Bestimmungen der Beneš-Dekrete entschuldigt hat, die die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten der Bürger ungarischer und deutscher Herkunft einschränken, und dass sie die Tragödie, die unschuldige Opfer gefordert hat, zutiefst bedauert? Sie haben mich fast richtig verstanden.

Die Entschuldigung erfolgte in der Tat öffentlich unter Verwendung der genannten Begriffe, nachdem die Regierung der Slowakischen Republik sich moralisch verpflichtet fühlte, ihr Bedauern über das von der ehemaligen Staatsmacht begangene Verbrechen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das Verbrechen, um das es hier geht, waren jedoch nicht die Beneš-Dekrete, sondern die Veröffentlichung des Codex Judaicus/Zidovsky kodex vor achtzig Jahren, die den Juden aufgrund ihrer „rassischen“ Identität ihre Menschen- und Bürgerrechte vorenthielt und es ihnen unmöglich machte, sich zu bilden und ein freies gesellschaftliches Leben zu führen. So wie die Slowaken es vier Jahre später mit den ungarischen und deutschen Bürgern taten – jetzt im Wissen um die Tragödie der Juden.

Außerdem wurde die ethnische Säuberung unter Benesch nicht gemäß einer imperialen ideologischen Forderung durchgeführt, wie es unter dem slowakischen Marionettenstaat Tiso der Fall war. Im Gegenteil: 1945 erhielt die Tschechoslowakei auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte trotz ihrer großen Bemühungen nicht das Mandat, die Ungarn in der Slowakei einseitig zu vertreiben, sondern nur die ungarisch-tschechoslowakische

Bevölkerung auszutauschen. Was damit nicht gelöst wurde, machten sie dadurch wett, dass sie die verbliebenen Ungarn zur Zwangsarbeit ins Sudetenland deportierten, ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache untersagten und ihre Schulen wegnahmen.

Unter Anwendung der hohen moralischen Standards der Erklärung der slowakischen Regierung zum jüdischen Kodex und unter Verwendung der Sprache dieser Erklärung können wir all dies zu Recht als Verbrechen bezeichnen, wie es László Kövér, der Präsident des ungarischen Parlaments, kürzlich bei der Einweihung des Somorja-Denkmal für die aufgrund der Beneš-Dekrete deportierten Ungarn und Deutschen getan hat. „Die Entmündigung, Demütigung und Vertreibung aus der Heimat ist noch immer eine unvollendete Geschichte in unserer Erinnerung und eine offene Wunde in unserer Seele. Der gemeinsame christliche Glaube der Ungarn und Slowaken und das gemeinsame Schicksal Mitteleuropas sowie das gemeinsame Interesse unserer Staaten verpflichten uns alle, die offenen Wunden unserer gemeinsamen Geschichte des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert zu heilen.“

Aber in Ermangelung eines gemeinsamen Glaubens, eines gemeinsamen Schicksals und eines gemeinsamen Interesses haben die slowakischen Politiker es bisher versäumt, die einfachen, aber klaren Worte zu sprechen, die sie als ihre moralische Pflicht gegenüber den verfolgten Juden betrachteten. Die wenig konfrontativen Worte des ungarischen Präsidenten lauteten: „Wir erwarten mit sanfter, aber unerschütterlicher Geduld Ihre Geste der Entschuldigung und Genugtuung für die Verbrechen, die an den Ungarn begangen wurden, um des Friedens willen für kommende Generationen“.

Der slowakische Außenpolitiker Ivan Korčok reagierte darauf eher verärgert und wies die Idee, dass einer der höchsten öffentlichen Würdenträger Ungarns „seine eigene Lesart der Geschichte in der Slowakei präsentiert“, entschieden zurück: „Wir erhalten ständig Botschaften und Vorträge aus Budapest über unsere gemeinsame Geschichte.“ Bratislava seinerseits hat das Buch der Vergangenheit geschlossen, aber wenn Vertreter des ungarischen Staates in der Öffentlichkeit über Themen sprechen, „die uns in das tragische 20. Jahrhundert zurückversetzen, schürt das nur negative Emotionen“.

Krisztián Forró, der Vorsitzende der Ungarischen Gemeinschaftspartei (MKP) im „Hochland“ (ung. Felvidék, ein Begriff, gegen den sich Korčok besonders vehement wehrte), gab eine treffende Antwort, indem er sagte, dass dieses Kapitel der Vergangenheit nicht einseitig abgeschlossen werden kann, da „der Schatten der kollektiven Schuld immer noch da ist, sogar auf unseren Kindern“. Die Vergangenheit muss abgeschlossen werden, aber nicht, indem die strittigen Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Denn nach den Worten von Péter Óry, Mitglied des MKP-Vorstands, wird das Ansprechen ungelöster Probleme und das Aufbegehren gegen deren Unterdrückung auch 2021 eine Provokation für die slowakische politische Elite darstellen.

György Gyimesi, ein ungarischer Abgeordneter der führenden slowakischen Regierungspartei OĽaNO, sagte, dass wir Ungarn an die gleiche moralische Genugtuung denken, die den Juden zuteil wurde; oder den Deutschen, bei denen sich das slowakische Parlament in einer EntschlieÙung entschuldigte. Norbert Hegedűs, ein Journalist aus dem „Hochland“, sagte, eine Entschuldigung bei den verfolgten Ungarn sei längst überfällig, koste nichts und sei eine wichtige Geste. Die Tatsache, dass das slowakische Parlament seit 1993 nicht in der Lage war, dies zu tun, ist ein Zeichen für die Kleinlichkeit der führenden Politiker des Landes. László Bukovszky, der Minderheitenbeauftragte der slowakischen Regierung, sagte, die slowakische und die ungarische Regierung sollten eine Erklärung zur gegenseitigen Versöhnung verabschieden, die seit mehr als zwei Jahrzehnten

aufgeschoben wurde. „Dieses Thema sollte auf eine professionelle Basis gestellt werden. Lassen wir den Historikern ihren Raum“, fügte er hinzu.

Es ist eine historische Tatsache, dass das Gesetz, das die Deportation der slowakischen Juden am 15. Mai 1942 anordnete, vom Parlament in Bratislava fast einstimmig verabschiedet wurde. Nur ein Abgeordneter stimmte dagegen, Graf János Esterházy, ein Vertreter der in der Slowakei verbliebenen ungarischen Minderheit, mit den Worten: „Als Ungar und Christ und als Katholik halte ich den Vorschlag für pietätlos und unmenschlich“. Dieser Mann, der sich nicht 80 Jahre später, sondern zum Zeitpunkt der Entscheidung moralisch verpflichtet fühlte, den Codex Judaicus zu verurteilen, wird vom slowakischen Staat immer noch als Kriegsverbrecher betrachtet... Hier beginnt der professionelle Diskurs.

*Der Autor, István Krómer, ist Journalist.*

Quelle: [Magar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

Ungarn (Seiten 180 – 198)

15) Ungarn: Weltausstellung „Jagd und Natur“

05. 10. 2021



Eine **Nationale Jagdausstellung**, ein Fachforum für Jäger, wurde **in Ungarn erstmals 1871** veranstaltet. Anlässlich des hundertsten Jahrestages der ersten Ausstellung fand **1971 in Budapest die Weltausstellung der Jagd** statt. Ähnliche Veranstaltungen hatten bereits in Wien, Berlin, Düsseldorf, Florenz und Novi Sad (Újvidék, Neusatz) stattgefunden, aber noch nie zuvor war Ungarn Gastgeber eines solchen Großereignisses wie im Jahr 1971. **Rund zwei Millionen Eintrittskarten** wurden verkauft, davon **200.000 aus 35 Ländern** in Europa, Afrika, Asien und Amerika. Die Veranstaltung war eine glaubwürdige Illustration des **Zustands der Jagd in der Welt, der Errungenschaften der ungarischen Jagd, des Wildes und der Wildbewirtschaftung** sowie des Rufes und der Stellung unseres Landes.

Ungarn feiert **2021** den 50. Jahrestag der Ausstellung mit einer **Weltausstellung** in Form eines Gedenkjahres, das der breiten Öffentlichkeit und den Fachleuten **die Werte der nachhaltigen Nutzung der Umwelt auf glaubwürdige und ausdrucksstarke Weise und unter Verwendung der heutigen Technologie** vor Augen führen soll. Die meisten der Exponate werden nach der Veranstaltung in verschiedenen ungarischen Museen zu sehen sein.

*Die Ausstellung läuft unter dem Motto "Im Einklang mit der Natur" und ist die größte Naturausstellung des Jahres 2021, die sich mit den Themen Jagd, Naturschutz, Feuchtgebiete, Naturschutz und seine Zukunft, biologische Vielfalt, nachhaltige Nutzung der Natur, aber auch mit Einzeljagd, Wilderei, Gastronomie und Innovation befasst.*

In acht Pavillons, die sich über **fünfundsiebzigtausend Quadratmeter** erstrecken, werden Dioramen, Filme, Wildtierausstellungen und besondere Trophäen dazu beitragen, das Bewusstsein für **die einzigartige Tierwelt unseres Planeten** zu schärfen.

In der **Internationalen Halle** werden die von Ungarn **eingeladenen Länder und Organisationen** mit eigenen Ständen vertreten sein. Sie können die ganze Welt auf einem Spaziergang sehen! Das **World Conservation Forum**, eine wichtige Initiative der Weltausstellung, **wird hier stattfinden**. Fachleute und die Zivilgesellschaft können sich ein **realistisches Bild von der Zukunft der Naturschutzberufe** (Jäger, Fischer, Förster usw.) und **von der Zukunft des Naturschutzes** auf einer gemeinsamen Grundlage machen. Neben internationalen Teilnehmern wird der Pavillon auch ungarische Aussteller beherbergen, wie z. B. die ungarischen Staatsforstbetriebe, sowie einen **VR-Gaming-Bereich**, in dem die Besucher **die Jagd in der virtuellen Realität ausprobieren und die einzigartige Atmosphäre der europäischen Wälder und afrikanischen Savannen kennenlernen** können.

**Messehalle:** Das **FeHoVa PLUSZ**, in dem Jagd, Fischerei, verschiedene Ausrüstungen und Waffen sowie Jagdhunde und Pferde ausgestellt werden. Die Nationale Ausstellung und Messe für Landwirtschaft und Lebensmittel, **OMÉK**, ist die **größte, älteste und traditionsreichste Veranstaltung der ungarischen Agrarwirtschaft**, an der neben Vertretern der heimischen Agrar- und Lebensmittelindustrie auch viele ausländische Fachleute teilnehmen werden.

Im **Rahmen der Weltausstellung** finden in Budapest insgesamt **sechs Weltkonferenzen** statt, bei denen zahlreiche internationale Referenten **Vorträge, Kongresse und Vollversammlungen** zu den oben genannten Themen abhalten werden. Das technische Programm der Weltausstellung wird **vom World Conservation Forum organisiert**. Der Internationale Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd (**CIC**), die Generalversammlung von **FACE** (die internationale Organisation, die die europäischen Jagdverbände vertritt), der Kongress der Internationalen Union der Wildbiologen (**IUGB**), das Wildlife Forum (**CPW**) und die 8. Konferenz zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (**AEWA**) werden ebenfalls im Rahmen des Weltausstellungsprogramms stattfinden. Die **Internationale Konferenz über Jagd und Wildtiermanagement wird die Nachhaltigkeit der Jagd** und ihre Vorteile auf der Grundlage alter Traditionen aufzeigen.

Im **Schaufenster der Innovation („Zukunft der Natur“)** werden ungarische Start-ups, Unternehmen und Entwicklungen vorgestellt, die **auf internationaler Ebene in den Bereichen Nachhaltigkeit, Jagd und sogar Naturschutz etwas bewirken**.

**Fisch, Wasser und Mensch:** Ein großer Teil der riesigen Ausstellungsfläche ist mit Wasser bedeckt, ein **monumentales Aquariensystem**, durch das man spazieren kann und die heutigen und früheren Vertreter der **Fischfauna des Karpatenbeckens** aus nächster Nähe betrachten kann. Ungewöhnliche, mit Wasser gefüllte, naturalistische Dioramen, lebende **Wasservögel, riesige, robuste Störe, Tausende von winzigen Fischen**, besondere, selten zu sehende geschützte Arten, Präparate, auf die Rückwand projizierte **Naturfilme**, gedruckte Panoramafotos machen das Spektakel authentisch. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies Hunderte von Quadratmetern lebenden Wassers, **fast eine halbe Million Liter Aquarienraum und fast 2.000 Arten von fast 50 Fischgattungen**. Man kann mit Sicherheit sagen, dass

*die Öffentlichkeit noch nie in der Geschichte der Expo eine so einzigartige Ausstellung von gebauten Aquarien gesehen hat.*

**Traditionelle Jagdmethoden:** Die Ausstellung wird sich auch mit der **Beziehung zwischen Pferden und der Jagd** befassen. Rund um den Pavillon wird es ein fortlaufendes

Programm mit traditionellen Vorführungen geben. Die **Vorführung des Jagdbogenschießens** findet in einem Dorf aus der frühen Árpád-Ära statt, wo Sie etwas über die **Herstellung und den Gebrauch des traditionellen ungarischen Bogens** sowie über die Techniken und Werkzeuge des Bogenschießens zu Pferde aus der Zeit der Eroberung und der Neuzeit erfahren können. Mehrere mit den Hallen verbundene **Freiluftveranstaltungen** geben einen Einblick in **die Vergangenheit und Gegenwart der Pferdejagd**. Im Rahmen der Agarjagd machen wir einen **“Zeitsprung” zum Ende des 18. Jahrhunderts**, zum Beginn des 19. Jahrhunderts und zur Romantik, zum Jagdschloss und seinem Jagdgarten in Kismarton. Sie können die Jagd in der **“Hinterbühne”** einer mittelalterlichen Ritterburg erleben, mit Blick auf den Garten, das Bauernhaus und die Küche sowie ein fantastisches Diorama.

**Nationale und internationale Trophäenausstellungen:** Neben den schönsten einheimischen Trophäen können Sie auch seltene und **wertvolle Stücke aus der ganzen Welt sehen**. Die European Taxidermy Championships® (ETC), eine unabhängige Organisation, ist an der Organisation der **Europäischen Meisterschaften der Taxidermie** beteiligt. In diesem Pavillon wird auch die Ausstellung **Jagd im 21. Jahrhundert** zu sehen sein, in der Jagdgewehre im Mittelpunkt stehen. Auf einer spektakulären Ausstellungsfläche von 2.000 Quadratmetern werden Marken mit einer langen **Geschichte wie Mauser, Rigby, Sauer, Blaser, Minox und Limke** präsentiert.

**In der ungarischen Ausstellung** nimmt eine mehrsprachige Ausstellung die Besucher mit auf einen **tausendjährigen Spaziergang durch das Karpatenbecken und zeigt, wie die Geschichte des ungarischen Volkes in engem Kontakt mit der Natur durch natürliche Berufe gelebt wurde**. In der Halle sind auf fast 1200 Quadratmetern **taxidermische Exponate** zu sehen, die das **ungarische Großwild** darstellen. Filme sowie Kunst- und Handwerksinstallationen werden die verschiedenen Epochen in Erinnerung rufen.

**Schatzkammer des Karpatenbeckens:** Der Ausstellungsraum ähnelt von oben einem Kreuz – ein Hinweis auf den Heiligen Hubertus, den Schutzpatron der Jäger, aber auch ein Symbol für die vier Himmelsrichtungen. Im Wesentlichen handelt es sich um vier schindelgedeckte Jagdhäuser, die den vier Himmelsrichtungen zugewandt sind, und an die Jagdhäuser in den Schneekoppen erinnern, die von berühmten ungarischen Jägern wie Zsigmond Széchenyi, István Fekete, Kálmán Kittenberger, Herbert Nádler und vielen anderen so geliebt wurden.

Neben der Hauptstadt werden auch mehrere **ländliche Orte – u.a. Hatvan, Keszthely und Vásárosnamény** – Teil der Weltausstellung sein, aber auch das Komitatskonsortium **Somogy**, das einen einzigartigen Kooperationsgeist an den Tag gelegt hat, bereitet ein buntes Programm vor.

Informationen zur Ausstellung: [onewithnature2021.org/](http://onewithnature2021.org/) (Ungarisch und Englisch)

## Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**16) Ungarn: „Der LIBE-Besuch war ein Betrug“**

Die liberale Mehrheit der LIBE-Delegation habe ihre Schlussfolgerungen zur Lage in Ungarn bereits im Vorfeld des Ungarnbesuchs geschrieben, sagte der spanische Europaabgeordnete Jorge Buxadé gegenüber Magyar Hírlap

Von Mariann Öry

04. 10. 2021



Buxadé: Die Kampagne gegen die Ungarn ist unbegründet - *Foto: MH/Hegedüs Róbert*

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit funktionieren in Ungarn tadellos, besser als in Brüssel, bestätigte der spanische Europaabgeordnete Jorge Buxadé letzte Woche bei einem Besuch in der Delegation für Grundrechte (LIBE) des Europäischen Parlaments. Der VOX-Politiker wies darauf hin, dass die liberale Mehrheit der Delegation bereits lange vor der Reise ihre Schlussfolgerungen gezogen hatte, worin es heißt, dass sich die Situation in Ungarn verschlechtert hätte.

**- Wie nützlich fanden Sie die Erkundungsmision in Budapest?**

- Im Prinzip sollte die Mission den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn untersuchen. Nachdem wir drei Tage mit Journalisten, Politikern, NGO-Vertretern, Richtern und anderen wichtigen Akteuren der ungarischen Zivilgesellschaft verbracht hatten, konnten wir uns davon überzeugen, dass Ungarn eine vollwertige Demokratie ist. Die Mission selbst war Theater, denn die Schlussfolgerungen wurden bereits im Voraus geschrieben, aber ich kann trotzdem sagen, dass sie nützlich war, weil wir die Realität der ungarischen Situation sehen konnten. Ein demokratisches, freies Land, das in perfekter Harmonie mit der Rechtsstaatlichkeit funktioniert, sehr sicher und natürlich schön.

**- Hat sich Ihre Meinung über Ungarn geändert?**

- Die Reise bestätigte nicht nur, dass Ungarn eine vollwertige Demokratie ist, sondern auch, dass es sich wahrscheinlich auf einem höheren Niveau befindet als andere Mitgliedstaaten. Und es ist ganz sicher, dass seine Institutionen besser sind als die der Europäischen Union, von denen eine nur nach Ungarn gekommen ist, um die ideologische Offensive gegen die Regierung zu verstärken, weil es ihnen nicht gefällt, dass sie für Familie, Gemeinschaft, Identität und christliche Tradition eintritt.

**- Wurden Ihre Ansichten von der Delegationsleitung berücksichtigt?**

- Während der Mission setzten sich die Delegationsmitglieder nicht ein einziges Mal zusammen, um zu erörtern, ob sie einverstanden waren. Ich weiß also nicht, ob meine Meinung berücksichtigt wurde oder nicht. Der Leiter der Delegation sagte auf der Pressekonferenz, dass die Mehrheit der Delegation zu dem Schluss gekommen sei, dass sich die Lage in Ungarn weiter verschlechtert habe. Ich weiß nicht, wann sie zu diesem Schluss gekommen sind, denn, wie ich schon sagte, hatten wir nie ein Treffen.

Es scheint mir nicht wirklich seriös zu sein, mit einer solchen Erklärung auf eine Pressekonferenz zu gehen, insbesondere angesichts der Berichte, die wir in den drei Tagen, die wir in Budapest waren, gehört haben. In den vierundzwanzigstündigen Sitzungen konnten die liberalen Mitglieder des Grundrechtsausschusses des Europäischen Parlaments keinen einzigen Beweis dafür finden, dass die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn verletzt wird. Man konnte in ihren Gesichtern sehen, dass sie ihre Ziele nicht erreicht hatten. Sie waren auch sehr schlecht auf die Konfrontation mit den ungarischen Behörden vorbereitet.

**- Können die Treffen in Budapest den Bericht objektiver machen?**

- Nein. Die Schlussfolgerungen der Mission wurden lange vor der Reise verfasst. Die Mission war Theater, eine Täuschung, aber der Schuss ging nach hinten los. Das Einzige, was wir in diesen drei Tagen gesehen haben, war eine saubere, sichere, freie und schöne Stadt, in der es – anders als in den so genannten multikulturellen europäischen Städten – keine illegale Einwanderung gibt. Als ich in Budapest ankam, war es, als würde ich endlich frische Luft schnappen, zumal fast alle Beschränkungen aufgehoben worden sind. Andere liberale europäische Regierungen schotten ihre Bürger ab. Es ist unverständlich, dass ausgerechnet sie es wagen, die ungarische Regierung auf diese Weise zu kritisieren.

**- Welche Schritte würden Sie uns als nächstes vorschlagen?**

- Der LIBE-Ausschuss muss aufhören, Ungarn zu verfolgen. In der Tat sollten alle EU-Institutionen die ideologische Hexenjagd gegen die ungarische Regierung einstellen. Brüssel muss bedenken, dass die Mitgliedstaaten nicht der EU dienen, sondern umgekehrt: Die EU wurde geschaffen, um den Mitgliedstaaten zu dienen. Ich habe auf der Reise vorgeschlagen, dass die nationalen Parlamente Missionen nach Brüssel entsenden sollten, um den Zustand der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Institutionen zu untersuchen. Das wäre eine wirklich nützliche Mission.

**- Wie sehen Sie das Potenzial für eine Zusammenarbeit der konservativen Kräfte im Europäischen Parlament?**

- Die konservativen, patriotischen Kräfte in Europa müssen zusammenarbeiten. Aber wir müssen immer die Identität des anderen und unsere Unterschiede respektieren. Wenn wir

das nicht tun, werden wir nur eine andere Art von Globalismus schaffen. Aber ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg.

# MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **17) Ungarn ist Gastgeber der Konferenz der europäischen Justizminister**

04. 10. 2021



Judit Varga, Justizministerin · Foto: Facebook / Judit Varga

**Die Digitalisierung der Justiz und der Einsatz von künstlicher Intelligenz werden die Hauptthemen einer Konferenz der Justizminister sein, die Ungarn ab Dienstag im Rahmen der ungarischen Präsidentschaft des Europarats ausrichten wird, sagte die ungarische Justizministerin Judit Varga am Montag dem Nachrichtensender M1.**

Die Wahl des Themas sei umso erfreulicher, als Ungarn bei der Digitalisierung der Justiz eine Vorreiterrolle einnehme, so die Justizministerin.

Ziel des Treffens, an dem 38 Länder teilnehmen werden, sei es auch, Erfahrungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit auszutauschen und die Entwicklung internationaler Mindeststandards zu fördern, fügte er hinzu.

Judit Varga erklärte, dass das 21. Jahrhundert die Akteure der Justiz überall mit den Herausforderungen der Digitalisierung und der Nutzung künstlicher Intelligenz konfrontiere. Die Digitalisierung erleichtere die Justizverwaltung, aber es sei wichtig, dass die Grundrechte und Datenschutzaspekte nicht verletzt würden.

Sie wies darauf hin, dass die Coronavirus-Epidemie die Digitalisierung der Justiz in ganz Europa stark vorangetrieben hat und dass es beispielsweise in Ungarn keinen Rückstau von Fällen gibt. „Das zeigt auch, dass es bei der Digitalisierung der Justiz noch viel ungenutztes Potenzial gibt“, sagte die Ministerin.

Judit Varga antwortete auf eine Frage des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments zum Besuch der Untersuchungsdelegation in Ungarn, dass sie die Erfahrung gemacht habe, dass diese Untersuchung Teil einer politischen Hexenjagd sei, was sich auch in der Zusammensetzung der Delegation widerspiegele. Vier der sieben Mitglieder des Gremiums seien links, und nur eines der drei Mitglieder des rechten Flügels sei ein „echter Rechter“, d. h. sie hätten völlig unterschiedliche Ansichten zu Familie und Einwanderung.

„Es ist unsere Aufgabe, unabhängig von den Anschuldigungen, die genauesten juristischen Antworten zu geben“, so Varga.

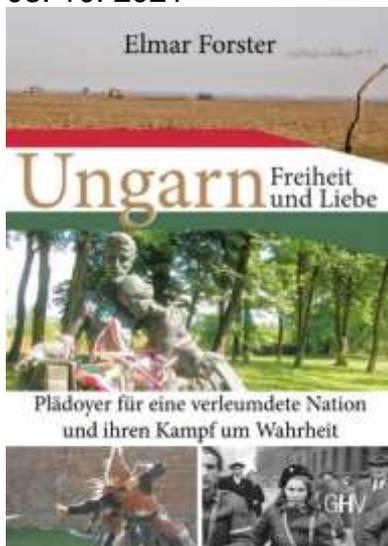
# MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **18) Zum neuen Buch von Elmar Forster**

03. 10. 2021



Anlass für dieses Buch war die Flüchtlingskrise 2015. Damals hatte der österreichische Ex-Bundeskanzler Faymann Ungarns Flüchtlingspolitik in einem [Spiegel-Interview](#) mit dem Holocaust verglichen. Der Autor protestierte damals in einem Mail an den ungarischen Botschafter gegen diese skandalöse Aussage. Sein Post wurde damals im ungarischen TV gesendet.

Der Autor des Buches, **Elmar Forster** lebt seit 1992 als Auslandsösterreicher in Ungarn, unterrichtete als Auslandslektor in Ungarn, Prag und Bratislava, seit 2009 ebenfalls wieder in Österreich. Er lebte Ende der 80er Jahre in West-Berlin, später bereiste er die Staaten des ehemaligen „Ostblocks“. Somit kennt er die zwei verschiedenen Mentalitäten, deren Unterschiede jetzt die Europäische Union in Ost und West auseinanderreißen.

Eine Ursache dafür: Ein moderater „**Kampf der Kulturen**“ (1. Kapitel – im Sinne von *Samuel Huntington*), den die westlichen EU-Eliten mit kaum verhohlenen Ostrassismen befeuern. Diese westliche Überheblichkeit mit ihrem postmodernen, „liberalen“ Relativismus fußt somit aber...: In der totalitaristischen Ideologie der Political Correctness, die in Westeuropa jeden demokratischen Diskurs abgewürgt hat. Diese Einstellung aber ist den ehemaligen Ostblock-Staaten aufgrund ihrer schmerzhaften Erfahrungen mit Diktaturen fremd... – Darauf reagierte der ungarische Ministerpräsident *Viktor Orbán* mit seiner Staatstheorie von der „**il-liberalen Demokratie**“.

Deshalb aber ist die Gegenbewegung dazu, die „**Orbanisierung, unaufhaltsam**“ (2. Kapitel) – und hat somit längst schon auf Westeuropa übergegriffen. In der Folge aber wird im Westen der multipluralistische Toleranz-Totalitarismus kollabieren.

Außerdem mangelt es dem Westen diesbezüglich auch an historischem Bewusstsein...: Vegetiert er doch seit Jahrzehnten unter einem Gefühl der Wohlstandsverwahrlosung vor sich hin, indem er Freiheit mit materieller Sicherheit verwechselt...: „*Weil sie überhaupt nichts versteh'n, Sie, die dieses Erbe geschenkt bekamen -: ‚Ist Freiheit denn wirklich ein solch großes Ding?‘“* (*Sándor Márai*: „Vom Himmel herab ein Engel“, im Exil in New York, Weihnachten 1956) – Und...: Weil es also dem Westen an historischer Entschlossenheit des „Ostens“ („Ein Volk erklärte: ‚Es reicht‘.“ – *Márai*) mangelt, könnte sich *Oswald Spenglers* Geschichtsdekadenztheorie wiederholen: „Die Tugend besiegt Völker ist die Geduld, nicht die Resignation.“

Operativer Ausdruck all dessen ist die „**mediale Lügenkampagne gegen Ungarn**“ (3. Kapitel), die seit 2010, dem Regierungsantritt Viktor Orbáns, immer mutwilligere Fake-News über Ungarn produziert, so in der Flüchtlings-Krise, bei den Coronamaßnahmen oder von Orbán als dem „gefährlichsten Politiker Europas“ (ORF-Journalist *Paul Lendvai*). Der Autor versucht auch einer Frage nachzugehen...: „Gibt es ein Medien-Soros-NGO-Syndikat“ zur Destabilisierung Ungarns?“ Und er stellt eine neue Theorie vor: „den Antisemitismus-Verschwörungs-Code“.

An all diesen Erscheinungen aber manifestiert sich ein „**Epochenbruch**“ von welthistorischem Ausmaß: Wird somit aber die West-EU mit ihrem moralischem Relativismus, der Flüchtlingskrise, und ihrer fehlenden nationalen Identität zerbrechen? Oder: Liegt die Zukunft des christlichen Europas in den Visegrad-4-+Staaten? Hat der „Osten“ somit aber, so wie damals, beim Untergang des römischen Reiches, noch eine Nachglühphase, weil sich Ungarn als der Verteidiger der christlichen Zivilisation betrachtet?

Die ungarisch-österreichische Rechtsanwältin *Dr. Eva-Maria Barki* untersucht dabei „100 Jahre angloamerikanische Geopolitik“, die sich in der Zerstörung des alten Mitteleuropas nach 1918 fortgesetzt hat...

Elmar Forster bricht in seinem Buch sowohl thematisch als auch stilistisch das Verdikt der Political Correctness. Beeindruckend auch der wissenschaftliche Fußnotenapparat (knapp 600 FN) und die Zitatensammlung...

Elmar Forster: Ungarn – Freiheit und Liebe. Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit. Gerhard Hess Verlag, 2021, 280 S.

Das Buch ist zum **Subskriptionspreis** für **16,00.- EUR** inkl. persönlicher Widmung und Postzustellung erhältlich. **Bestellungen** unter [ungarn\\_buch@yahoo.com](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

## Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 19) Orbán: Die V4-Länder können die Zukunft der EU erfolgreich gestalten

03. 10. 2021



Viktor Orbán · Foto: MIT

Die Mitteleuropäer müssten mehr Einfluss auf politische Entscheidungen haben, und die Europäische Union dürfe nicht länger nur von der deutsch-französischen Achse geführt werden, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán in einem am Samstag in der tschechischen konservativen Tageszeitung *Lidové Noviny* veröffentlichten Interview, in dem er den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš als einen der größten Kämpfer in Europa bezeichnete.

Orbán betonte: Das größte Wirtschaftswachstum in Europa findet in der mitteleuropäischen Region, in den baltischen Staaten, den V4-Staaten, Kroatien, Slowenien, Bulgarien und Rumänien statt. Ohne sie hätte die EU heute kaum noch ein Wirtschaftswachstum, Europa wäre ein stagnierender Kontinent.

Er erinnerte daran, dass man in der Vergangenheit dachte, dass Mitteleuropa seine Wirtschaft nicht ohne den Westen betreiben kann, aber jetzt ist die Situation umgekehrt: Der Westen kann seine Wirtschaft nicht ohne Mitteleuropa betreiben.

Deshalb, so der Ministerpräsident, sei es kein Hirngespinnst, dass die V4-Staaten die Zukunft der EU erfolgreich gestalten können. „Ich nenne das die neue Realität in Europa“, sagte er.

Orbán sagte, dass Ungarn in der Europäischen Union bleiben müsse und dass es im Interesse des Landes sei, einen gemeinsamen Markt zu haben. Er will aber, dass die mitteleuropäischen Interessen und Aspekte im Verhältnis zur tatsächlichen Wirtschaftsleistung der Region stärker gewichtet werden als bisher.

„Wir haben das Gefühl, dass unser Einfluss auf EU-Entscheidungen im Vergleich zu unserer tatsächlichen wirtschaftlichen Leistung und unserem Gewicht unverhältnismäßig gering ist. Das muss sich ändern“, sagte er.

Zur Verteidigung der traditionellen nationalen Identität sagte der Ministerpräsident, dass derjenige, der hartnäckiger sei, gewinnen werde. Er sagte, dass Bildung, Familienpolitik, Schulbildung und Medienregulierung in die nationale Zuständigkeit fielen und „niemand sie uns wegnehmen kann“.

### ***In Mitteleuropa „sind wir gegen den Neomarxismus geimpft“***

Orbán bezeichnete die im Westen aufkommende Bewegung als „neuen Marxismus“, der „andere Worte benutzt, aber denselben Denkmustern folgt wie der Marxismus“. Der Marxismus ist dann erfolgreich oder populär, wenn ihm einige Jahrzehnte liberalen Regierens und Vorbereitens vorausgehen, in denen Kultur, Tradition, Geschichte und Religiosität ignoriert werden, stellte er fest.

Aber in Mitteleuropa „sind wir gegen den Neomarxismus geimpft“, „wir haben einen Impfstoff, einen Wachimpfstoff“, weil der Marxismus hier 45 Jahre lang an der Macht war, sagte Viktor Orbán. Er fügte hinzu, dass der Marxismus für die Menschen im Westen eine intellektuelle Angelegenheit sei, aber in Mitteleuropa wisse man, dass Wirtschaft und Gesellschaft, wenn sie auf marxistischer Grundlage organisiert seien, zu Diktaturen würden, da Marxismus und Demokratie unvereinbar seien.

Viktor Orbán zufolge war der Westen „eine bestimmte Art des Seins, die aus dem Christentum hervorging und die Rationalität umfasste, von der die Aufklärung und die Rationalität ein untrennbarer Bestandteil wurden. Zusammengenommen war es die wettbewerbsfähigste und erfolgreichste Welt auf dem Planeten. Das verlieren wir jetzt, weil wir die historischen christlichen Grundlagen aufgeben“, betonte er.

Der Ministerpräsident merkte an, er habe gehofft, dass der Beitritt der mitteleuropäischen Länder zur Europäischen Union der gegenwärtigen paneuropäischen Kultur eine antikommunistische, antimarxistische und antileninistische Kultur hinzufügen würde, aber die anderen EU-Staaten hätten das nicht gewollt.

In Bezug auf das Kinderschutzgesetz stellte Orbán in dem Interview klar, dass Ungarn ein Gesetz verabschiedet hat, das besagt, dass Eltern das alleinige Recht haben, Kinder in der Schule über sexuelle Fragen aufzuklären, und dass LGBTQ-Aktivistinnen oder Vertreter einer anderen Ideologie dafür nicht zuständig sind. Brüssel will sich darüber hinwegsetzen und vertritt den Standpunkt, dass LGBTQ-Aktivistinnen in Schulen zugelassen werden sollten. Er betonte, dass das ungarische Gesetz nicht für Personen über 18 Jahre gilt. Es geht nur um den Schutz der Kinder, so Orbán.

Der Ministerpräsident bezeichnete den jüngsten Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die EU solle eine unabhängige Außenpolitik betreiben, als eine spannende und interessante Idee. Ungarn wende sich mit dem Wunsch nach Verständnis an ihn, und Ungarn sei auch gerne bereit, an Diskussionen über strategische Autonomie und Souveränität teilzunehmen.

Es sei auch möglich, die Tatsache zu überbrücken, dass die V4 in der Russlandfrage nicht mit einer Stimme sprechen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union sollte es sein, Polen und den baltischen Staaten eine europäische Sicherheits- und Militärgarantie zu geben, sagte er.

Zum Gasstreit sagte Orbán: „Wir können die Fäusten schütteln, aber die Realität ist, dass Europa ohne russisches Gas heute nicht funktionieren kann.“

Diejenigen, die glauben, dass das Christentum auch Teil der Zukunft ist, müssen sich zusammenschließen.

Das Interview erinnerte an den Besuch von Papst Franziskus in Budapest, bei dem er sagte, dass diejenigen, die glauben, dass das Christentum nicht nur Teil der Vergangenheit, sondern auch Teil der Zukunft ist, sich vereinen müssen.

Heute gibt es viele Gruppen von Kräften, die den europäischen Kontinent in eine nachchristliche Ära führen wollen, und diese Idee ist besonders bei Brüsseler Bürokraten beliebt. Da die größte christliche Macht in der Weltpolitik nach wie vor der Vatikan ist, hätte er den Heiligen Vater demütig gebeten, Ungarn zu helfen, christlich zu bleiben, sagte er.

Zum Thema Migration sagte Orbán, in Europa werde mit zweierlei Maß gemessen. In Bezug auf den Grenzzaun in Ungarn und den baltischen Staaten sagte er, wenn eine liberale Regierung etwas tue, sei das immer gut, und wenn eine konservative Regierung etwas tue, sei das immer schlecht, auch wenn beide das gleiche tun.

### ***Brüssel versucht immer wieder, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuerlegen***

Der Ministerpräsident sagte, die EU solle keine afghanischen Migranten aufnehmen, sie sollten in ihrer Region bleiben. Europa solle den Ländern der Region helfen, die Last der aus Afghanistan kommenden Menschen zu bewältigen. „Aber wenn die Deutschen es wollen, ist Ungarn gerne bereit, einen Korridor für afghanische Migranten nach Deutschland zu öffnen“, sagte er.

Er wies darauf hin, dass Brüssel immer wieder versuchen werde, den Mitgliedstaaten die Verteilung der Migranten aufzuzwingen, „und wir werden im Rat immer wieder unser Veto einlegen müssen, wie wir es vor Jahren mit Ministerpräsident Andrej Babiš getan haben“.

Er betonte, dass die EU-Gelder vorhanden seien und früher oder später ausgezahlt werden müssten, auch wenn Brüssel die Entscheidung verzögere. Deshalb hat sich der ungarische Staat auf dem Finanzmarkt genügend Geld geliehen – viereinhalb Milliarden Euro in Form von Krediten zu einem Zinssatz von weniger als einem Prozent, ein „gutes Geschäft“ -, um alle Entwicklungsarbeiten in Angriff zu nehmen, die zur Überwindung der Covid-Krise erforderlich sind. Aus Brüssel kommt kein einziger Cent, aber die ungarischen Programme laufen bereits, betonte er.

Zur Einführung einer globalen Körperschaftssteuer von 15 Prozent sagte Orbán, dass er normalerweise keine internationale Entscheidung unterstützen würde, die sich in die Steuerpolitik eines Mitgliedstaates einmischt.

### ***Wir kämpfen, um die Rückkehr der Linken zu verhindern***

In Bezug auf die ungarische Innenpolitik sagte Orbán auch, dass die blutige Niederschlagung der Proteste im Jahre 2006 totgeschwiegen werde, weil diese von linker Seite her erfolgt seien und Verstöße, die von einer linken Regierung begangen würden, immer verzeihen würden.

In Ungarn kämpfe die derzeitige Regierung mit ihrer Vorgängerin, und die Herausforderung bestehe nun darin, die Rückkehr der Gyurcsány-Regierung zu verhindern, sagte der Ministerpräsident und unterstrich damit die Bedeutung des politischen Kampfes in Ungarn. Die Wähler werden das nicht vergessen, „deshalb haben wir dreimal in Folge gewonnen und deshalb werden wir auch zum vierten Mal gewinnen“, sagte Orbán.

Er zog eine Parallele zwischen der ungarischen Anti-Orbán- und der tschechischen Anti-Babiš-Koalition und sagte, dass die Prozesse in allen mitteleuropäischen Ländern die gleichen seien. Wenn einer der Großmächte eine Regierung in Mitteleuropa nicht gefällt, versucht sie, Gruppen an die Macht zu bringen, die mit ihren Interessen sympathisieren.

### ***Brüssel braucht ökologische Regierungen***

Der Ministerpräsident betonte, dass diejenigen, die für Europa protestierten, in Wirklichkeit gegen die tschechische und ungarische Souveränität protestierten und von außen durch das „Soros-Netzwerk“, die Brüsseler Bürokratie, unterstützt würden. Brüssel braucht heute unterwürfige Regierungen anstelle von Führern, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen.

Zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Ungarn sagte er: „Es gibt einen Unterschied zwischen den beiden Völkern – die Ungarn fühlen sich mehr zu den christlichen spirituellen Traditionen hingezogen, und die Ungarn haben ein radikaleres Nationalgefühl – und dies spiegelt sich in den Gewohnheiten der beiden Führer wider, aber niemand kann leugnen, dass Andrej Babiš einer der größten Kämpfer in Europa ist.“

Als Reaktion auf die deutschen Wahlen sagte Orbán, dass in Deutschland etwas Neues passiert. Er sagte, er sei an entschlossene deutsche Staatsoberhäupter gewöhnt, Bismarck, Helmut Kohl und sogar Angela Merkel seien so gewesen. Selbst wenn es Streit gibt, kann eine Führungspersönlichkeit die Streitigkeiten immer zusammenfassen, sie zu einem

Abschluss bringen und dann ein berechenbares Deutschland schaffen. Die große Frage ist nun, ob dieses Wahlergebnis zu einem berechenbaren, verlässlichen Deutschland mit einem großen Kanzler an der Spitze führen wird.

# MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 20) Orbán: Massenmigration ist Teil eines „globalen Plans“ zur Schaffung eines „neuen Proletariats“

02. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Letzte Woche sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán auf der 4. Budapester Demografiekonferenz, die als Forum für eine familienfreundliche Politik und andere Maßnahmen zur Umkehrung des Bevölkerungsrückgangs ohne Masseneinwanderung organisiert wurde.

In seiner Grundsatzrede warf er die Frage auf:

„Ist es ein Problem, wenn die Bevölkerung schrumpft?“

„Der Westen will sich einfach nicht selbst erhalten. Um es gleich vorwegzunehmen: Einige Zivilisationen sind in der Lage, sich fortzupflanzen; die westliche Zivilisation ist jedoch offensichtlich nicht in der Lage, sich fortzupflanzen.“

„Einige [die Milliardäre des tiefen Staates und des Davos-Forums, Anm. d. Red.] sind der Meinung, dass dies kein Problem ist, und argumentieren, dass durch die Steigerung der Produktivität und die Entwicklung der Technologie weniger Menschen in der Lage sein werden, mehr Güter, vor allem mehr öffentliche Güter zu erzeugen. Mechanisierte Fertigung, künstliche Intelligenz, automatisierte Wirtschaft: menschliche Arbeit spielt dabei keine Rolle mehr. Das ist die technokratische Lösung des Silicon Valley“, erklärte Orbán.

„Es gibt andere, die das Problem des demografischen Rückgangs spüren und deshalb die Migration wollen. Sie sind der Meinung, dass fremde Völker aus fernen Ländern umgesiedelt werden sollten, um den demografischen Rückgang zu stoppen. Aber die Massenmigration, die Millionen von Menschen, die hierher gezogen sind, sind im Grunde ein globaler Plan für die Bildung eines neuen Proletariats“, sagte Orbán und fügte hinzu, dass die Verfechter dieser Weltanschauung „den kulturellen Aspekt der Demokratie nicht berücksichtigen“.

Migration, so Orbán, „ist eine Frage der Identität“, und „ein Land ist nur lebensfähig, wenn seine Bürger weitgehend dieselben Werte teilen, sonst bricht die Nation, das Land, zusammen.“

Ungarns Plan zur Umkehrung des demografischen Rückgangs durch die Ablehnung von Massenmigration, um seine kulturelle Identität und den sozialen Zusammenhalt zu bewahren, basiert laut Orbán auf dem Grundprinzip, dass „der Staat die Familie schützen und alle Hindernisse beseitigen muss, die die Gründung von Familien verhindern“, die Bausteine der Gesellschaft sind.

Als Ergebnis dieser Politik, so Orbán, „haben wir die Zahl der Eheschließungen fast verdoppelt“ und konnten seit 2010 einen „Rückgang der Abtreibungen um 41 %“ verzeichnen.

„Ich muss Ihnen ehrlich sagen, wir müssen uns verteidigen. Ungarn verteidigt sich gegen die Angriffe der westlichen Linken; sie greifen das traditionelle Familienmodell an“, warnte er.

Diese Angriffe haben nicht nur die Form einer direkten Kritik an der Wirtschaftspolitik angenommen, die darauf abzielt, Paaren die Familiengründung zu ermöglichen und das Land als Ganzes vor einer Zeitbombe zu bewahren – eine Politik, die oft recht naiv als rückwärtsgewandter Plan dargestellt wird, um Frauen in „Babymaschinen“ zu verwandeln – , sondern sind auch Teil eines umfassenderen kulturellen Bestrebens, „den Begriff der Familie zu relativieren“.

Das bevorzugte „Werkzeug“ dafür, so Orbán, seien „LGBTQ und die Gender-Lobby“.

Der ungarische Regierungschef wurde von der Europäischen Kommission heftig angegriffen, weil er kürzlich ein Gesetz verabschiedet hat, das dieses Problem angehen soll, indem es die Förderung von LGBTQ-Inhalten zu Themen wie Geschlechtsumwandlung für Minderjährige in Schulen und Medien illegal macht, aber er glaubt, dass die ungarische Position nicht so weit von der westeuropäischen Öffentlichkeit entfernt ist.

„Auf dieser vierten demografischen Konferenz in Budapest“, analysierte der italienische Journalist Cesare Sacchetti, der von der italienischen radikalen Linken als „König der Verschwörungen“ bezeichnet wird, „hat Viktor Orbán sehr deutlich den wahren Zweck der Masseneinwanderung beschrieben. Die Einwanderung aus afro-asiatischen Ländern ist kein spontanes Phänomen. Es handelt sich um ein Phänomen, das von finanzierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und von den Institutionen, die das globalistische Konzept am besten repräsentieren, wie z. B. den Vereinten Nationen, inszeniert und gesteuert wird. Die Idee ist, eine Masse von Menschen ohne jede Identität zu schaffen. Orbán sprach in diesem Zusammenhang auch von der Schaffung eines „neuen Eigentums“. Dies ist das ursprüngliche Konzept von Graf Richard Coudenhove-Kalergi, des österreichischen Adligen, der bereits in den 1920er Jahren von den Rothschilds und Warburgs finanziert wurde, um programmatische Schriften zu verfassen. Kalergi hoffte auf den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa, die nicht von den traditionellen europäischen Ethnien, sondern von einer Mischethnie aus Afrikanern, Asiaten und Europäern bevölkert werden sollten.

„Das ist das Proletariat ohne Identität und Kultur, von dem Orbán spricht. Es ist ein Plan zur wissenschaftlichen Zerstörung des alten Europas und der westlichen Welt, der durch Säkularisierung und Entchristlichung diesen Prozess der ethnischen und kulturellen Desintegration beschleunigt und gefördert hat. Die liberal-marxistische Ideologie hat die Idee der natürlichen Familie, die Säule, auf der ganz Europa immer ruhte, pulverisiert. Sobald die Fundamente beseitigt waren, begann der Weg der Selbstzerstörung Europas. Das Böse des Westens ist genau das. Sie haben keine Kinder, weil die Familie durch kulturelle und wirtschaftliche Aggression untergraben wurde, die den Völkern Europas die Mittel genommen hat, für Kinder zu sorgen. Um zu heilen, bleibt dem Westen nur eines zu tun. Beseitigen Sie die vom Feminismus und Marxismus auferlegten falschen Werte. Um zu heilen, muss der Westen zu dem zurückkehren, was er seit über zweitausend Jahren immer gewesen ist.“

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 21) Ungarn: Demütigende Niederlage für András Fekete-Győr und Péter Jakab bei Vorwahlen der Linken

01. 10. 2021



Klára Dobrev auf dem Széll Kálmán-Platz in Budapest während der Vorwahlen · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Am Donnerstagabend wurden die Ergebnisse der Vorwahlen der Linken bekannt gegeben. Demnach hat Klára Dobrev in der ersten Runde die meisten Stimmen erhalten, vor Gergely Karácsony und Péter Márki-Zay. Bei der offiziellen Bekanntgabe bezeichnete Klára Dobrev die Vorwahlen als den Beginn eines Wandels – von Mediaworks Hírcentrum befragte Politologen betonten jedoch ganz andere Aspekte des Ergebnisses.

- Angesichts der Ergebnisse der Vorwahlen der Linken kann man sagen, dass das Casting tatsächlich den Interessen der Linken vor 2010 und Ferenc Gyurcsány diene“, so Erik Tóth, ein führender Analyst des ungarischen Zentrums für Grundrechte.

Die Demokratische Koalition (DK) und Ferenc Gyurcsány persönlich gingen als klarer Sieger aus der ersten Runde hervor, die durch Hinterzimmerabsprachen entschieden wurde und sich auf ein enges Feld beschränkte. Der DK-Kandidat könnte in mehr als der Hälfte der einzelnen Bezirke, die bei früheren Wahlen zugunsten der Opposition ausgefallen waren, der Herausforderer von Fidesz-KDNP sein. All dies bedeutet, dass in der nach den Wahlen von 2022 zu bildenden Nationalversammlung die DK-Fraktion die stärkste sein wird und die Gyurcsány-Leute das größte Druckpotenzial haben werden.

Der führende Analyst meint, DK-Vorsitzender Gyurcsány könne sich auch darüber freuen, dass entweder seine Frau Klára Dobrev oder Gergely Karácsony, der früher als Berater für ihn tätig war, als Ministerpräsidentenkandidat der Sechs-Parteien-Linkscoalition antreten wird.

András Fekete-Győr (Momentum) und Péter Jakab (Jobbik) erlitten demütigende Niederlagen: Die beiden Parteivorsitzenden wurden von einer erschreckend geringen Zahl von Wählern gewählt, und sie konnten nicht einmal ihre eigenen Anhänger davon überzeugen, dass sie deren Vertrauen verdienen.

- Auch in der zweiten Runde könnte sich das gleiche Szenario abspielen: Péter Márki-Zay wird zugunsten von Karácsony zurücktreten, der auch die Unterstützung der anderen Oppositionsführer gegen Klára Dobrev hat.

- Im Verlauf der linken Vorwahlen wurde mehrfach der Verdacht geäußert, dass das Ergebnis in mehreren Fällen bereits im Voraus feststand, und in Analystenkreisen herrscht die Meinung vor, dass die Mitglieder der linksliberalen Regenbogenkoalition Gergely Karácsony als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten wollen und das ganze Verfahren nur eine Farce ist – so Dániel Deák, der führende Analyst des Instituts des XXI. Jahrhunderts. Er fügte hinzu:

Dies wird durch die Anzeichen von Missbrauch und Betrug bestätigt. So wurden z. B. nach einem Unfall auf der Autobahn M3 Wahlzettel gefunden, und in dem Auto, das in den Unfall verwickelt war, wurden große Mengen an Bargeld gefunden. Doch mehreren Berichten zufolge waren die Wahlurnen nicht versiegelt und die geheimen Stimmzettel in den Wahlzelten überhaupt nicht gesichert.

Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse wird nach Ansicht des Experten auch durch den Zusammenbruch des IT-Systems der Opposition und die Tatsache untergraben, dass selbst linksliberale Zeitungen ernsthafte Probleme mit der Aufzeichnung der Stimmenauszählung gemeldet haben. Erschwerend kam hinzu, dass am Donnerstagnachmittag einige oder alle Räumlichkeiten in Újpest, in denen die Auszählung der Stimmen in Budapest seit dem frühen Mittwochmorgen stattfand, geräumt werden mussten. Der Sitz der MSZP in der Villányi út wurde als einer der neuen Standorte bestimmt.

Dániel Deák kam zur Schlussfolgerung:

Da die Transparenz in vielen Fällen nicht gewährleistet ist, ist es äußerst fraglich, ob die Daten echt sind oder manipuliert wurden.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 22) Erdgasstreit: Das ungarische Außenministerium bestellt den ukrainischen Botschafter ein

28. 09. 2021



Péter Szijjártó, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel · Foto: MTI / Zsolt Szigetváry

„Wir halten es für eine Verletzung unserer Souveränität, dass die Ukraine die sichere Gasversorgung Ungarns verhindern will. Wir werden dagegen vor Gericht gehen und haben den ukrainischen Botschafter am Dienstag ins ungarische Außenministerium gebeten“, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó auf seiner Social-Media-Seite.

In seinem Beitrag erinnerte Szijjártó daran, dass am Montag der Vertrag mit Gazprom unterzeichnet wurde, der die Gasversorgung Ungarns für die nächsten fünfzehn Jahre garantiert.

„Dies ist ein großer Erfolg, denn zum einen ist in der heutigen unsicheren Welt alles, was Vorhersehbarkeit bietet, von großem Wert, und zum anderen haben wir uns auf eine Preisformel geeinigt, die die langfristige Nachhaltigkeit der Ergebnisse der Gaspreissenkungen sicherstellt“, so der Minister.

Er fügte hinzu:

Die Entscheidung der ukrainischen Regierung, den Vertrag bei der Europäischen Kommission anzufechten, ist jedoch zutiefst empörend.

Der Minister stellte in seinem Beitrag klar, dass „es die Ukrainer nichts angeht, mit wem wir übereinstimmen und was wir mit wem vereinbaren“. Wir halten es für eine schwerwiegende Verletzung unserer Souveränität und unserer nationalen Sicherheitsinteressen, dass sie die sichere Versorgung unseres Landes mit Gas, die Beheizung der Häuser der ungarischen Bevölkerung und den Betrieb der Industrie verhindern wollen.

Szijjártó bezeichnete den Schritt der ukrainischen Seite als unfreundlich nach all der Unterstützung, die die Ukraine bisher von Ungarn erhalten hat, z. B. in Form von Beatmungsgeräten, medizinischer Ausrüstung, Versorgung von Soldaten, Ferienaufhalten für Kinder und Finanzierung von Investitionen.

*Der Versuch, unsere Souveränität zu verletzen, wird ins Leere zielen, und der ukrainische Botschafter wurde nun ins Außenministerium einbestellt*

- schrieb der Leiter des Außenministeriums auf seiner Facebook-Seite.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Nachdem das ungarische Außenministerium den ukrainischen Botschafter in Budapest einbestellt hat, hat das Außenministerium in Kiew reagiert und seinerseits den ungarischen Botschafter einbestellt, um die ukrainische Seite über den Standpunkt Ungarns zum Gasgeschäft mit dem russischen Gaskonzern Gazprom vom Montag zu informieren, sagte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleh Nikolenko, am Dienstag gegenüber dem ukrainischen Fernsehen RBK-Ukraine.

RBK-Ukraine erinnerte auch an die Ansicht Kiews, dass russische Gaslieferungen nach Ungarn unter Umgehung der Ukraine „die nationale Sicherheit der Ukraine und die Energiesicherheit Europas untergraben“ und dass das Abkommen den ukrainisch-ungarischen Beziehungen einen schweren Schlag versetze.

Am Dienstagmorgen zitierten Kiewer Medien den ukrainischen Außenminister Dmitro Kuleba, der dem ukrainischen Fernsehsender ICTV sagte, Ungarn habe den ungarisch-ukrainischen Beziehungen einen Schlag versetzt, indem es die ukrainische Gaspipeline nach der Unterzeichnung eines Abkommens mit Gazprom vom russischen Gasversorgungssystem ausgeschlossen habe. Der Minister erklärte, die Ukraine werde angemessen reagieren.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Slowenien (Seiten 199 – 200)

### 23) Slowenien: Tausende protestieren gegen Corona-Pässe. Polizei unterdrückt Demonstrationen gewaltsam

30. 09. 2021



Bildquelle: Twitter

Zehntausende von Menschen protestierten in den Straßen von Ljubljana (Laibach) gegen die Einführung von Corona-Pässen. Den Anstoß, auf die Straße zu gehen, gab der Tod einer 22-jährigen Studentin, die 14 Tage nach Erhalt des Johnson & Johnson-Präparats starb. Die Regierung hat die Impfkampagne bis zur Klärung der Todesursache ausgesetzt.

Die Vorschläge der Regierung zur Einführung von Covid-Pässen (durch Impfung, Genesungsstatus oder einen negativen Test) stoßen bei den Slowenen auf starken Widerstand. Das Dokument muss u. a. an Tankstellen, am Arbeitsplatz, in Einkaufszentren oder in Gesundheitseinrichtungen (außer in Notfällen) vorgelegt werden.

In der Hauptstadt begann in der Nähe des Parlamentsgebäudes eine Demonstration von 10.000 bis 20.000 Menschen. Als sie sahen, dass sie von der Polizei umstellt waren, gingen die Demonstranten zu einer der Autobahnen, wo sie den Verkehr im Rahmen der Demonstration blockieren wollten. Die Bereitschaftspolizei setzte daraufhin Wasserwerfer und Tränengas ein.

[Marie Oakes](#)  
[@TheMarieOakes](#)

Thousands of people in Ljubljana, Slovenia block main roads to protest against the COVID-19 health pass. The health pass is mandatory in order to work, access a gas station, shopping centres, and health services except for emergency care.

<https://unser-mittleuropa.com/slowenien-tausende-protestieren-gegen-covid-paesse-polizei-unterdrueckt-demonstrationen-gewaltsam/>

Den Anstoß, auf die Straße zu gehen, gab der Tod der 22-jährigen Katja. Die Studentin erlitt 14 Tage nach der Impfung mit dem Johnson & Johnson-Präparat eine Hirnblutung mit Blutgerinnseln. „Meine Katja ist tot. Sie war nicht nur eine statistische Größe“, sagte der Vater des Mädchens während des Protests. In Erwartung einer Untersuchung zur Klärung der Todesursachen hat die Regierung die Impfkampagne mit dem britischen Produkt gestoppt. Das slowenische Nationale Institut für öffentliche Gesundheit hat vorgeschlagen, die Impfungen auszusetzen, bis die Ursache für den Tod der Frau gründlich untersucht ist.

[BMedia](#)  
[@BananaMediaQ](#)

Slovenia - Ljubljana [September 29, 2021] Large protest in the capital city of Slovenia against Vax mandates & [#VaccinePassports](#). The people demand FREEDOM!  
[#NoVaccinePassportsAnywhere](#) [#NoGreenPass](#) [#vaccinatieplicht](#) [#QRCode](#)  
[#NonAuPassSanitaire](#) [#NoVaccineMandates](#) 1/2

<https://unser-mittleuropa.com/slovenien-tausende-protestieren-gegen-covid-paesse-polizei-unterdrueckt-demonstrationen-gewaltsam/>

Die Demonstranten trugen Transparente mit der Aufschrift „Stoppt den Corona-Faschismus“ und skandierten Slogans wie „Freiheit, Freiheit“. Sie forderten gleiche Rechte für Geimpfte und Ungeimpfte. „Ich bin hier für die Zukunft, die Zukunft meiner Kinder, die zukünftigen Generationen, denn dieser Wahnsinn muss gestoppt werden“, sagte eine Demonstrantin. „Wenn wir nicht für uns und die Menschheit eintreten, sind wir verloren“, fügte sie hinzu.

In Slowenien, einem Land mit 2 Millionen Einwohnern, sind 48 Prozent der Bevölkerung geimpft, ein geringerer Prozentsatz als in vielen anderen Ländern der Europäischen Union.

Quelle: [Twitter.com](#) / [abcnews.com](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**Kroatien** (Seiten 201 – 202)

**24) Kroatischer Präsident Zoran Milanović wehrt sich gegen Erpressung durch Covid-Impfung**

24. 09. 2021



Zoran Milanović · Bildquelle: MPI

***Der kroatische Präsident erklärte im Fernsehen, dass diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, keine Bedrohung darstellen und man wieder zum normalen Leben zurückkehren solle***

In einem vom kroatischen Nachrichtensender N1 Hrvatska ausgestrahlten und von Total-Croatia-News übernommenen Presseinterview sprach der kroatische Präsident Zoran Milanović (Sozialdemokrat) die Frage der Erpressung im Zusammenhang mit der Anti-Covid-Impfung an.

„Das ist mir egal. Wir sind ausreichend geimpft“, antwortete er einem Journalisten, der ihn nach der Impfquote von 50 % in Kroatien fragte, die weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. „Wir werden nicht über 50 % hinausgehen. Sollen sie uns doch mit Draht einzäunen. Das werden sie nicht. [...] Wir müssen wissen, was der Zweck dieses Wahnsinns ist. [...] Jetzt geht es darum, sich anzupassen und zum normalen Leben zurückzukehren.“

„Ich frage mich, ob ich normal bin oder ob die anderen verrückt sind? Sie verbreiten Panik. Sie haben es von Anfang an getan. [...] Es gibt einfach keine absolute Sicherheit. Es gibt kein Leben ohne Risiko, ohne die Möglichkeit, krank zu werden. Die Menschen werden von Tausenden von anderen Dingen krank, die viel ernster sind. Und in der Zwischenzeit sprechen wir seit anderthalb Jahren über Covid“.

**Seite 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 801 vom 12.10.2021**

Präsident Milanović schloss mit den Worten: „Wenn jemand nicht geimpft werden will, stellt er für mich keine Bedrohung dar. Wir müssen das verstehen und wieder ein normales Leben führen, denn es wird uns nicht gelingen, diesen Virus restlos auszurotten.“

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**S e r b i e n** (Seiten 203 – 209)

**25) Davor Dijanović: Die Politik Großserbiens ist heute schwächer als in den 1990er Jahren, aber...**

Von Leo Marić

21. 09. 2021



Davor Dijanović · Foto: Vokativ.hr

*Davor Dijanović ist ein kroatischer Journalist, Redakteur, geopolitischer Analyst und Geschichtsforscher. Obwohl er erst in den Dreißigern ist, hat er bereits mehr als tausend Artikel und Gespräche veröffentlicht, von denen einige einst im Buch [Hrvatska u žrvnju Jugosfere](#) („Kroatien in der Mühle der Jugosphäre“) auf über 600 Seiten behandelt wurden. Davor schreibt und redigiert regelmäßig auf dem Portal des Kroatischen Kulturrates und in der Zeitschrift Obnova und hat eine sehr gut gelesene Kolumne auf dem Portal Direktno.hr. Unser Blog Vokativ spricht mit ihm über den Euro, kroatische Politiker, die Krise des Westens, Großserbien und andere Themen.*

**LEO MARIĆ: Zunächst einmal der Euro, das wichtigste Thema dieses politischen Herbstes. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die angekündigte Referendumsinitiative erfolgreich sein wird, um ein Referendum über die Einführung des Euro in Kroatien abzuhalten?**

Seite 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 801 vom 12.10.2021

DAVOR DIJANOVIĆ: Eine Volksabstimmungsinitiative wäre sicherlich wünschenswert. Wir brauchen eine öffentliche Debatte zu einem so wichtigen Thema. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Regierungsstrukturen bezüglich des Referendums bin ich allerdings

der Meinung, dass es kein Referendum geben wird. Auch wenn genügend Unterschriften gesammelt werden, wird sicherlich ein neuerlicher administrativer Vorwand gefunden werden, der das **Euro-Referendum blockiert**.

**Was sind die Gründe für die starke Beharrlichkeit der kroatischen politischen Eliten bei der Einführung des Euro? Es ist bekannt, dass mehrere Länder in Mitteleuropa wie im Rest der Europäischen Union den Euro nicht eingeführt haben, darunter die der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) nahestehende Fidesz-Regierung in Ungarn. Warum sind unsere anders?**

Premierminister Andrej Plenković gilt als großer Verfechter der europäischen Integration. Bis zu seiner Ankunft an der Spitze der Regierung der Republik Kroatien war seine Karriere mit **Brüssel verbunden**. Die Nichteinführung des Euro wäre ein herber Schlag für seinen Ruf in Brüssel, vor allem wenn wir wissen, dass dieses Thema *de facto* bereits als erledigt gilt. Weder Plenković noch die Regierungspartei stellten sich einer Diskussion über die Einführung des Euro, die über die Wahl der Motive für den Euro hinausging. Es handelt sich also um Regierungsstrukturen, die nicht außerhalb des vorgegebenen Rahmens denken, der in Brüssel gezeichnet wird.

**Aber Plenkovićs Regierung hat während ihrer Amtszeit auch einige positive Schritte gegenüber Ungarn und Polen unternommen, als diese uns nahestehenden Länder von Brüssel scharf kritisiert wurden. Wie erklären Sie das?**

Nicht nur die Regierung, auch Präsident [Zoran Milanović](#) hat in letzter Zeit ähnliche Schritte unternommen. Dies sind zweifellos zu begrüßende Schritte. Offensichtlich versteht man sie selbst innerhalb der Regierungsstrukturen trotz der allgemeinen pro-Brüssel-Position, dass manche Interessen besser im Hof eines anderen verteidigt werden können. Niemand garantiert einem Land, dass es morgen von Brüssel nicht wegen einer umstrittenen Entscheidung angegriffen wird, die es für seine Interessen hält. Außerdem rechnet die HDZ noch mit einer gewissen Anzahl von „Rechtsstimmen“, also würde ich sagen, dass dies ebenfalls ein Grund ist. Wir werden ja sehen, ob sich diese Einschätzung in Brüssel bewährt, dann zum Beispiel, wenn man durch die Unterstützung von Ungarn oder Polen noch etwas mehr von den EU-Bürokraten heranzsholen könnte.

**Glauben Sie, dass diese Schritte in Fortsetzung unserer Beziehungen zu Ungarn und Polen zu etwas mehr werden können, etwa zu einem Beitritt Kroatiens zur Visegrád-Gruppe oder zu einem stärkeren Engagement in der Drei-Meer-Initiative?**

Eine formelle Mitgliedschaft in der Visegrád-Gruppe ist wahrscheinlich nicht realistisch, aber ein stärkeres Engagement in der Drei-Meere-Initiative schon. Es hängt von den Positionen der kroatischen Regierungsspitzen ab. Nach dem Abgang von Kolinda Grabar Kitarović unterstützte Milanović die Drei-Meere-Initiative nicht, sondern lehnte sogar jegliches Engagement ab. Er ist der Meinung, dass dieses Projekt „Moskau und Berlin irritiert“, obwohl ich nicht sehe, warum Kroatien sich von den Interessen Russlands und Deutschlands leiten lassen sollte. Die Regierung hat die Drei-Meere-Initiative in jüngster Zeit teilweise unterstützt, und diese Unterstützung korreliert mit dem Zeitünkt, als die Drei-Meere-Initiative auch von der deutschen Politik akzeptiert wurde.

Ich bin der Meinung, dass die Drei-Meere-Initiative auf wirtschaftlicher und politischer Ebene größere Perspektiven hat. Obwohl zwischen diesen Ländern historische und kulturelle Verbindungen bestehen, gibt es manchmal unvereinbare geopolitische Interessen, unterschiedliche Einstellungen gegenüber Russland sowie Nachwehen der Vergangenheit.

**Sie glauben also, dass unsere geopolitische und wirtschaftliche Verbundenheit mit Deutschland noch länger eine Realität bleiben wird?**

Nicht nur für uns, sondern auch für andere mitteleuropäische Länder. Auch die Länder der Visegrád-Gruppe sind wirtschaftlich stark an Deutschland gebunden. Daraus ergeben sich gewisse Einschränkungen auf geopolitischer Ebene. Polen hat hier die stärkste Position, da es ein Land mit 40 Millionen Einwohnern ist, das angesichts der russischen Nachbarschaft auch eine gewisse Unterstützung der USA genießt.

**Gehen wir ein wenig vom geopolitischen Pessimismus zum Kulturpessimismus über. Glauben Sie an ebenso schwarze Szenarien, wenn es um die Zukunft der westlichen Zivilisation geht?**

Die westliche Zivilisation befindet sich in Spenglers Worten in einer Phase des Niedergangs. Vergleiche mit dem Römischen Reich sind schon nicht mehr erforderlich. Auch damals drangen „Migranten“ in die Grenzen des Imperiums ein und kamen im Laufe der Zeit an die Spitze bestimmter Provinzen, wie wir heute am Beispiel Londons sehen können: einst das Zentrum der Welt, wo heute der Bürgermeister ein Pakistaner ist. Und dann wurden Limes gebaut, wie heute Mauern, beide auf Dauer erfolglos. Viele Teile Europas sind heute identitätsmäßig bereits zum Nahen Osten geworden. Allein in Frankreich haben wir fast 800 *No-Go-Zonen*, also Scharia-Ghettos. Auf der einen Seite haben wir **Massenmigrationen** nach Europa, Menschen, die dem Kontinent, auf den sie kommen, meist feindlich gesinnt sind, und auf der anderen Seite haben wir einen natürlichen Bevölkerungsrückgang. Die langfristige Kalkulation ist klar. Wo kein Leben ist, tritt der Tod ein.

Darüber hinaus weist das Verhalten der europäischen Eliten auf ein hohes Maß an **Dekadenz** und einen Verlust an gesundem Menschenverstand hin. Dies ist am besten in der Darstellung der sog. genderistischen Vorstellungen. Ein Symptom der Dekadenz ist, wenn etwas Wahnsinniges als übernatürlicher Wert verteidigt wird. Das haben wir heute in Europa.

**Okay, aber gibt es da einen Ausweg? Politisch, unpolitisch, irgend etwas?**

Ich möchte nicht ganz pessimistisch klingen, deshalb sage ich, dass es immer einen Hoffnungsschimmer gibt, auch wenn wir in Kroatien schon viele Hoffungsdiere gesehen haben. Menschen mit unterschiedlichen Lebensanschauungen, Weltanschauungen und Philosophien betrachten die aktuelle Situation und mögliche Lösungen unterschiedlich. Als Katholik betrachte ich die Gesamtsituation in einer breiteren eschatologischen Perspektive und das Leben nur als vorübergehende Station. Das ist natürlich keine Entschuldigung dafür, nichts dagegen zu tun. Wenn wir in dieser Welt sind, müssen wir kämpfen.

Wir können globale Entwicklungen kaum beeinflussen, aber wir können uns bemühen, zumindest unser lokales Umfeld zu verändern. Ich zum Beispiel sehe meine Zukunft, obwohl ich in einem urbanen Umfeld, auf dem Land geboren und aufgewachsen bin, und habe schon einige Schritte in diese Richtung gemacht. Die heutigen Städte und Megastädte zermürben die Menschen buchstäblich in jeder Hinsicht. Ich glaube, dass die Zukunft in großen und starken Familien liegt und darin, Menschen mit ähnlichen Einstellungen zu

verbinden. Gegen die sog. Kultur des Todes können wir am effektivsten bekämpfen, indem wir gesunde Familien und gute Menschen aufziehen. Der heutige **Zeitgeist** im Westen verachtet vor allem Leben und Opfer. Aber genau diese ideale brauchen wir.

**Lassen Sie uns mit einem hellen Thema enden: „Serbische Welt“. Wie (un)real ist die Gefahr des serbischen Expansionismus heute? Was bedeutet das für Kroatien und Serbien in der Postmoderne?**

„Serbische Welt“ ist ein Euphemismus für **Großserbien**. Der Name selbst ist aus Russland „geliehen“, wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die ehemaligen Sowjetrepubliken als „russische Welt“, also als russische geopolitische Sphäre, bezeichnet werden. Die Politik in Großserbien hat heute schwächere Einflusshebel als in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Expansionsvorhaben sind derzeit völlig unrealistisch, aber die Ideologen der „serbischen Welt“ weisen darauf hin, dass man auf „bessere Umstände“ warten sollte – lies: den Niedergang der amerikanischen Macht und die Stärkung Russlands und Chinas. Gleichzeitig versteht man allerdings nicht, dass sowohl Russland als auch China, selbst wenn sie morgen global dominieren sollten, Serbien nur in dem Maße unterstützen wollen, wie es in ihrem Interesse liegt.

Das Land, das derzeit am meisten Angst vor der „serbischen Welt“ haben muss, ist **Montenegro**. Ohne Montenegro scheitern alle Pläne für Großserbien. Der prominenteste serbische Geopolitiker, Dr. Milomir Stepić, schrieb über die Neugestaltung des postjugoslawischen Raums. Im Rahmen dieser Neuordnung würde Dalmatien ein unabhängiger Staat werden und Serbien würde auf Kosten Kroatiens erheblich expandieren.

Wir sollten vorsichtig sein, aber wenn wir die Realität betrachten, sind das feuchte Träume und Phantasmagorien, ungeachtet der Tatsache, dass der wichtigste serbische Geopolitiker dahinter steckt. Nicht nur Kroatien, sondern auch Serbien ist demografisch rückläufig. Sie müssen Leute haben, die jeden Raum kontrollieren. Serbien hat schon heute nicht genug Leute, um Serbien und die sog. Republika Srpska zu kontrollieren. Serbien hat den Kosovo gerade wegen seiner Demografie verloren, und auf lange Sicht sind auch die demografischen Aussichten im Sandzak-Gebiet nicht gerade aufregend. Anstatt sich mit wahnsinniger Mythologie zu beschäftigen, sollte Serbien auf die heutigen Grenzen achten. Aber solange **Aleksandar Vučić** an der Spitze eines Staates steht, das vom größten Partymonster Europas gebaut wurde, sind kaum Fortschritte zu erwarten. Kroatien und Serbien haben Bereiche, in denen sie künftig zusammenarbeiten könnten – von der Wirtschaft bis zur Sicherheit. Aber solange der Staat Serbien von Kadern aus den 1990er Jahren geleitet wird, fallen die sogenannten gutnachbarliche Beziehungen in den Bereich unrealistischer Wünsche.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VOKATIV.HR](http://VOKATIV.HR), unserem Partner in der ERUOPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 26) Die deutsche Minderheit in Serbien



Von **Rudolf Weiss** aus Subotica / Maria Theresienstadt in Serbien – er ist der **Präsident** des dortigen **Deutschen Volksverbandes**, haben wir über

**Dr. Peter Wassertheurer**, Präsident der **DWA** (Deutsche Weltallianz) eine sehr interessante Analyse von serbischen Lehrbüchern – siehe im Bild links - der achten Schulstufe (Schüler im Alter von ca. 14 Jahren) erhalten.

Diese dokumentiert eindrücklich, wie dort mit dem Thema der **Vertreibung der Deutschen** umgegangen wird. Immer noch dominiert der Versuch, diesen Völkermord unter Verwendung der Kollektivschuld-These zu verharmlosen und zu relativieren.

[Bitte sehen Sie hier die Ausführungen Weiss](#) zu „**Die Geschichte der deutschen Minderheit in Jugoslawien im 20. Jahrhundert, dargestellt in den Lehrbüchern der Republik Serbien, gedruckt im Zeitraum von 2005 bis 2021.**“

PS.: in diesem Zusammenhang wäre es auch sehr interessant zu analysieren, was in den österreichischen Schulbüchern **aktuell** über die nach Kriegsende erfolgte Vertreibung der deutschen, altösterreichischen Volksgruppen aus ihrer angestammten Heimat steht!

[https://drive.google.com/drive/folders/10\\_IVFe2HFyRGc10rHCNLwlovvbXO3BCt](https://drive.google.com/drive/folders/10_IVFe2HFyRGc10rHCNLwlovvbXO3BCt)

### **DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN JUGOSLAWIEN IM 20. JAHRHUNDERT DARGESTELLT IN DEN LEHRBÜCHERN FÜR GESCHICHTE DER REPUBLIK SERBIEN, GEDRUCKT IM ZEITRAUM VON 2005 BIS 2021**

Diese Analyse erfolgte durch die Auswertung der Lehrbücher für die Oberstufe der 8. Klasse der Grundschulen in der Republik Serbien. In der 8. Klasse wird vor allem über die wichtigen Ereignisse und Persönlichkeiten des 20. Jahrhundert gelehrt. Ich hatte insgesamt sechs Lehrbücher in serbischer Sprache von verschiedenen Autoren und Herausgebern zur Verfügung. Alle Bücher wurden in Belgrad herausgegeben.

In diesen Lehrbüchern wird die Deutsche Minderheit in den folgenden drei Kapiteln erwähnt: „Königreich Jugoslawien“, „Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg“ und „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Im Kapitel, welches den Zeitraum von 1918 bis 1941 aufarbeitet, wird man im Lehrbuch des Herausgebers „**Zavod za udžbenike**“ aus dem Jahr **2005** fündig: „In dem neu gegründeten Staat gehörten etwa zwei Millionen Menschen zu den nationalen Minderheiten (Ungarn,

Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowaken, Russinen, usw.). Diese machten zusammen ein Sechstel der Bevölkerungszahl aus.“ Im selben Buch unter dem Untertitel „Ende des Krieges im Raum Jugoslawiens“ wird auch über das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Krieg berichtet: „Einige aus der deutschen Minderheit, welche zumeist im Banat gewohnt haben, sind mit der Deutschen Armee zurückgegangen, aber der Großteil blieb, und somit wurden sie als potentielle Kriegsverbrecher unter Verdacht gestellt und aus den Ortschaften vertrieben.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Logos**“ unter dem Untertitel „Aufteilung Jugoslawiens“ (1941) steht: „Wegen des Disputs um das Gebiet Banat zwischen Deutschen, Ungarn und Rumänen bekam dieses Territorium den Titel einer *autonomen Verwaltungseinheit* innerhalb des besetzten Serbiens. Die Verwaltung wurde den lokalen Deutschen (Volksdeutschen) unterteilt.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Zavod za udžbenike**“ aus dem Jahr **2010** wurden die Wahlergebnisse vom Parlament des damaligen Königreichs tabellarisch aufgelistet. Unter dem Kapitel „Königreich Jugoslawien“ werden auch die errungenen Mandate jeder ehemaligen Parteien, darunter auch der deutschen Minderheit, aufgeführt. So hatte die **Deutsche Partei** 1923 **acht Mandate**, 1925 **fünf Mandate** und 1927 **sechs Mandate** erreicht. Im Teil über den Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien steht folgendes über die deutsche Minderheit: „Woiwodina wurde aufgeteilt, die Region Batschka erhielt Ungarn, und die Region Banat war der lokalen deutschen Minderheit zugeteilt.“ Hier wird unter anderem auch behauptet, dass „die Albaner auf Kosovo und Metochien Serben terrorisiert haben, genau so wie die Ungarn und die Deutschen in Woiwodina tausende Serben ermordet haben.“ Im selben Lehrbuch unter dem Kapitel „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg“ steht folgendes: „Nach dem Krieg wurden einige tausende Deutsche vertrieben, oder sie sind mit der Deutschen Armee weggezogen.“

Im Jahr 2011 erscheint von dem Herausgeber „**Klett**“ ein Lehrbuch für die 8. Klasse, in welchem unter dem Kapitel „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“ folgendes über die deutsche Minderheit steht: „Zu den nationalen Minderheiten gehörten Mehrzahl die Deutschen, Ungarn, Albaner, Rumänen, Türken, Slowenen und Russinen.“ Im Kapitel „Die Folgen des Krieges in Jugoslawien“ wird geschrieben: „Opfer des Krieges waren unter anderem auch die Deutschen, welche in Jugoslawien lebten. Sie zogen sich, gemeinsam mit der Deutschen Armee, zurück und hinterließen ihren Besitz und ihr Eigentum.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Eduka**“ aus dem Jahr **2020** findet man unter dem Teil, in welchem die Geschichte des SHS-Staats aufgearbeitet wird, eine Tabelle, in welcher alle nationale Minderheiten aufgelistet und in folgender Reihenfolge dargestellt werden: Deutsche, Ungarn, Albaner, Rumänen, Italiener und andere. Den Autoren ist offensichtlich bekannt gewesen, dass die **deutsche nationale Minderheit** damals die **am zahlreichsten vertretene** im damaligen Staat war (laut der offiziellen Volkszählung aus dem Jahr 1921, lebten **505.790 Deutsche** in dem Gebiet). In der Rubrik „Kuriositäten“, im selben Buch auf Seite 181, wird eine Fotografie einer alten deutschen, evangelischen Kirche aus Belgrad gezeigt, welche von den kommunistischen Behörden **enteignet** worden ist. Die Bilduntertitelung ist wie folgt. „Bitef Theater in Belgrad, eines der Theater in welchem auch Vorführungen des gleichnamigen Festivals gezeigt werden“.

Der Herausgeber „Data Status“ beschäftigt sich in dem Lehrbuch für die 8. Klasse aus dem Jahr **2021** unter dem Untertitel „Konstitution des Staates“ mit der Entstehung des SHS-Staates. „Die nationalen Minderheiten machten **rund zwei Millionen** der Gesamtbevölkerung aus: Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowenen und andere.“ Im Kapitel „April Krieg und Besetzung“ steht: „Die lokale Bevölkerung aus Kosovo und Metochien wurde von den Kollaborateuren aus den Reihen der Albanern terrorisiert. Dasselbe fand in Batschka und Banat statt, unter deutscher und ungarischer Herrschaft,

wobei sich auch einheimische Ungarn und Deutsche beteiligt haben sollen.“ Im Teil über Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg steht das Folgende: „Mehr als **350.000 Menschen**, vorwiegend serbische Familien wurden aus den unfruchtbaren Teilen Dalmatiens, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Süd-Serbiens und aus dem heutigen Nordmazedonien auf die vor allem von Deutschen enteigneten Anwesen angesiedelt.

Es ist offensichtlich, dass wenn es um das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg geht, werden Worte wie „**Vertreibung**“ und „**Einlagerung**“ in fünf von sechs Lehrbüchern **bewusst gemieden**. Die **Enteignung** der Deutschen wird **nur in einem Lehrbuch** thematisiert. Und auch dieses Mal zeigt sich die alte Wahrheit, dass bei der Aufarbeitung der geschichtlichen Vergangenheit sich anhand der Lehrbücher nicht nur die eigene Einstellung und Tendenz des Autors sich herauskristallisiert, sondern es bestätigt auch, dass das, was verheimlicht bzw. „ausgespart“ wird, letztendlich viel aussagekräftiger ist, als das tatsächlich niedergeschriebene.

**Rudolf Weiss**, Dipl.- Historiker, Präsident des Deutschen Volksverbandes in Serbien

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.111, 2021*

*Wien, am 09. September 2021*

**Rumänien** (Seiten 210 – 215)

**27) George Simion: „Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten“**

21. 09. 2021



George Simion in Karpacz, Polen, 8. September 2021 - Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

***George Simion, Vorsitzender der rumänischen patriotischen Partei AUR: „Mit der Visegrád-Gruppe haben wir die gleiche Geschichte, die gleichen Interessen und wir werden die gleiche Zukunft haben. Wir können uns nicht auf Deutschland verlassen, das jetzt einen Großteil unserer inneren und äußeren Angelegenheiten kontrolliert“.***

Auf dem Wirtschaftsforum im niederschlesischen Karpacz (dt. Krummhübel) traf das Team der *Visegrád Post* George Simion, den Vorsitzenden der patriotischen Partei AUR (*Alianța pentru Unirea Românilor* – dt. Allianz für die Vereinigung der Rumänen). Der 34-jährige Autor und Absolvent der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Geschichte, der seit Kurzem in der Politik aktiv ist, machte 2019 mit einer umstrittenen Aktion auf dem Friedhof von Valea Uzului von sich reden, die zu neuen Spannungen zwischen Ungarn und Rumänen geführt hatte.

Er erklärt, er sei gegen das System, behauptet, er sei Christ und befürworte ein Großrumänien, sprich die Wiedervereinigung von Rumänien und Moldawien. Er greift das derzeitige rumänische Regime, das er insgesamt für korrupt hält, frontal an und zögert nicht, die schädliche Rolle des rumänischen Geheimdienstes anzuprangern, der ein echter Staat im Staat darstellt.

Ferenc Almássy befragte George Simion zu seiner Ablehnung der Covid-Maßnahmen, zu seiner Vision der Visegrád-Gruppe und zu den Gründen, warum Rumänien noch immer nicht Mitglied des Schengen-Raums ist.

**Ferenc Almássy:** *Herr Simion, vielen Dank für dieses Gespräch. Sie sind die dominierende Persönlichkeit bzw. der Vorsitzende der rumänischen Partei AUR, die bei den letzten Wahlen für eine Überraschung sorgte und einen noch nie dagewesenen Zuwachs an Wählerstimmen verzeichnete: Von 1,2 % bei den Europawahlen vor zwei Jahren stiegen Sie plötzlich auf über 14 % in 4 der 41 Bezirke des Landes. Sie sind jetzt Mitglied des rumänischen Parlaments. All dies scheint mit Ihrem Widerstand gegen die Politik der rumänischen Regierung verbunden zu sein, die zumindest einer der Schlüssel zu Ihrem Erfolg zu sein scheint.*

**George Simion:** Ja, aber das liegt nicht nur an unserer freiheitsliebenden Haltung. Vier Säulen kennzeichnen die AUR-Linie, und eine davon ist die Freiheit. Wir kämpfen auch für den christlichen Glauben, der das Fundament der europäischen Zivilisation ist. Wir kämpfen für das nationale Prinzip und für die Familie als Grundlage der Gesellschaft. In Rumänien leitete der Niedergang der Christdemokratischen Partei PNȚ-CD eine lange Periode ein, in der diese Werte im Parlament von keiner ernsthaften politischen Kraft verteidigt wurden. Wir lehnen das System entschieden ab, nicht in einem anarchistischen Geist, sondern aus Respekt vor den Werten, für die wir kämpfen und die wir vertreten.

*Heutzutage möchten die Globalisten, dass wir alle gleich werden, genau wie in der kommunistischen Ära: Wir sollten unserer sexuellen Identität beraubt werden, und jedes Kriteriums, das uns unterscheiden könnte.*

Jeder sollte das sein können, was er will. Aber biologisch gesehen können wir nur männlich oder weiblich sein. Dies sind die einzigen beiden Geschlechter, die ich kenne, und ihre Existenz verdanken sie Gott.

*Aufgrund unseres Engagements für diese Werte und in Ermangelung einer anderen politischen Kraft, die in diesem Segment der patriotischen, souveränen und konservativen Meinung positioniert ist, haben wir bei den Wahlen im Dezember 2020 10 % der Stimmen erhalten. Aber nur 40 % der Wähler waren über die Existenz der AUR informiert,*

da wir keinen Zugang zum Fernsehen hatten. Das postkommunistische, ja sogar totalitäre System, das Rumänien kontrolliert, dachte, dass es uns daran hindern würde, die Schwelle zur parlamentarischen Vertretung zu überschreiten, indem es uns vom Fernsehen fernhält. Aber wir haben 10% erreicht, und einige der jüngsten Umfragen sehen uns bei 15%, andere eher bei 20%, und unser Aufstieg geht weiter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es in der rumänischen Politik keine konservative und patriotische Stimme gibt – trotz der Art und Weise, wie wir als Extremisten, Neofaschisten oder andere Bezeichnungen dargestellt werden.

Wir sind normale Rumänen, die Teil der Europäischen Union sein wollen – nicht eine europäische Föderation, sondern ein Bündnis zwischen Nationen.

**Ferenc Almássy:** *Sie haben sehr deutliche Worte gegen Ihre Regierung benutzt.*

**George Simion:** Ja, denn diese Regierung ist seit 30 Jahren dieselbe. 1989 töteten sie Ceaușescu, übernahmen die Macht und verteilten die Rollen: „Ihr, ihr werdet ‚die Rechten‘ genannt werden, ihr, ihr werdet Sozialisten sein, ihr, Liberale, und ihr, eine Volkspartei“; aber es waren immer noch dieselben, die Rumänien vor dem Regimewechsel durch das

Einparteiensystem und die *Securitate* [Staatssicherheitsdienste unter Ceaușescu – AdR.] Auch heute noch kontrollieren sie alles und weigern sich, anderen Stimmen in der rumänischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Und unser Problem ist, dass das System versucht, jede abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen.

**Ferenc Almássy:** *Ich verstehe. Andererseits haben Sie das Recht, alles, was Sie gerade gesagt haben, öffentlich zu sagen. Sie sind nicht im Gefängnis, und Sie werden nicht von den Behörden angegriffen, um Sie dafür zu bestrafen, dass Sie es sagen.*

**George Simion:** Nein, aber wir haben eine Menge Geldstrafen erhalten.

*Wir leiden unter der Unterdrückung durch einen Polizeistaat.*

Bei den Wahlen 2020, während unseres Kampfes für Demokratie und Freiheit, haben sie versucht, uns zu kompromittieren. Sie haben zum Beispiel versucht, es so aussehen zu lassen, als ob ich ohne Führerschein fahren würde, also musste ich öffentlich beweisen, dass ich einen gültigen Führerschein habe. Die rumänische *Securitate* ist nicht tot – sie ist an keinem Moment verschwunden, und sie verweigert uns das Recht, unsere Werte zu verteidigen.

**Ferenc Almássy:** *Sie haben uns gesagt, dass Sie nicht gegen die EU sind, sondern für ein Europa der Nationen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Ihre Rede den Zielen der Visegrád-Vier ziemlich ähnlich.*

**George Simion:** Ja.

**Ferenc Almássy:** Wie sehen Sie die Visegrád-Gruppe aus rumänischer Sicht?

**George Simion:**

*Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten. Zusammen mit Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen wären wir dort genau richtig.*

Wir haben dieselbe Geschichte, dieselben Interessen, und wir werden dieselbe Zukunft haben. Wir können Deutschland, das derzeit einen Großteil unserer Außen- und Innenpolitik kontrolliert, keinen Blankoscheck ausstellen, denn Deutschland wird am Ende immer mit Russland Geschäfte machen. Sie waren immer Freunde, dann Feinde, dann wieder Freunde, und so weiter.

Wir sind der Meinung, dass wir eine unabhängige Politik betreiben sollten – eine Politik, wie sie sich Marschall Piłsudski in der Zwischenkriegszeit in Polen unter dem Namen Intermarium-Projekt vorgestellt hat. Heute wird dieses Projekt unter dem Namen Drei-Meere-Initiative wiederbelebt. Die Länder in diesem Gebiet sollten mehr zusammenarbeiten, denn wenn wir das nicht tun, werden wir verschwinden. Wir werden Niedriglohnländer sein, die lediglich einen Markt für chinesische und westliche Produkte bieten.

**Ferenc Almássy:** *Apropos Chinesen: Ist es aus Ihrer Sicht nicht besorgniserregend, dass Mitteleuropa – also eine Region, zu der auch die Länder der Drei-Meere-Initiative gehören – Gefahr läuft, zu einer Art Pufferzone zu werden, zum Beispiel zwischen Deutschland und Russland oder zwischen den USA und China, zum Beispiel? Sind wir nicht bloß Marionetten im Spiel der Großmächte?*

**George Simion:** Sie benutzen uns, weil wir uns von ihnen benutzen lassen. Alles hängt von den Staatsoberhäuptern und der von ihnen vertretenen außenpolitischen Vision ab. Unter diesem Gesichtspunkt,

*muss ich sagen, dass ich zum Beispiel die Politik Polens bewundere, und auch – in gewisser Hinsicht – die der Regierung Orbán, für ihren Widerstand gegen die Diktatversuche aus Brüssel – gegen diese Art von kultureller Standardisierung, die mit dem vergleichbar ist, was man in der Sowjetzeit durchsetzen wollte. Unsere Nationen sind nicht dafür da.*

Ich denke, die Europäische Union sollte eine Freihandelszone bleiben, ein Wirtschaftsraum, der durch Freizügigkeit und freien Handel geeint ist. Ich glaube nicht, dass sie ihre eigene Armee aufstellen oder zu einem Bundesstaat oder einem Superstaat werden muss.

**Ferenc Almássy:** *Wie sehen Sie die Zukunft der Region vor dem Hintergrund der Covid-Krise? Sie sind sehr feindselig gezeigt...*

**George Simion:** Nein, wir sind gegen gar nichts feindselig. Wir wehren uns nur gegen Maßnahmen, die nutzlos sind. Schauen Sie sich zum Beispiel uns an, wie wir gerade miteinander reden. Wenn wir Masken trügen, würde das nichts ändern. In Rumänien sind wir jedoch schon seit langem gezwungen, Masken zu tragen – auch im Freien –, obwohl deren Wirksamkeit nie bewiesen wurde.

*Sie versuchten auch – wie in der kommunistischen Ära –, mit Hilfe von Angst bestimmte Maßnahmen wie Zwangseinweisungen und Impfungen durchzusetzen. Sie versuchten, die Impfung für bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern, z.B. im Bildungswesen und im öffentlichen Dienst, verbindlich vorzuschreiben. Wir verteidigen die Wahlfreiheit für alle. Niemand weiß besser als ich, was gut für mich ist: Das ist die Freiheit – und das ist es, was sie im Moment abzuschaffen versuchen.*

Wir leugnen nicht die Existenz dieses Virus, aber wir behaupten, dass die von ihm verursachten Schäden nicht die Lähmung ganzer Länder rechtfertigen. Die westlichen Länder haben vielleicht genug finanzielle Reserven, um sich das für zwei oder drei Jahre leisten zu können, aber wir können uns das nicht leisten – genauso wenig wie den Green Deal oder diesen neuen Hohn von einem Plan namens Fit for 55. All diese Geschichten werden unsere Wirtschaft zerstören. Ich möchte darauf hinweisen, dass bereits vor dieser Gesundheitskrise eine sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise unsere Länder in den Ruin trieb. Fünf Millionen Rumänen arbeiten im Ausland.

**Ferenc Almássy:** *Sie betonen auch immer wieder, dass Rumänien die rumänische Diaspora, die vor allem in Europa sehr zahlreich ist, stärker unterstützen sollte. Im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Italien, Spanien usw. gibt es viele Rumänen, die zum Arbeiten kommen – einige von ihnen leben schon seit vielen Jahren dort.*

**George Simion:** Sie sind nicht um des Arbeitens willen in diese Länder gegangen. Sie arbeiten dort, weil sie gezwungen waren, Rumänien zu verlassen, weil sie arm waren und nicht über die Runden kommen konnten. Deshalb sind sie gegangen. Für mich ist es unbegreiflich, dass die rumänische Regierung 120 Millionen Impfdosen für eine Bevölkerung von 19 Millionen Menschen kauft und dafür über eine Milliarde Euro bezahlt, vielleicht sogar noch mehr, weil sie dies auf undurchsichtige Weise tut. Die Höhe der Ausgaben wird den Menschen nicht mitgeteilt...

**Ferenc Almássy:** *Nicht einmal für Parlamentarier?*

**George Simion:** Nicht einmal für Parlamentarier. Wir haben im Rahmen der parlamentarischen Verfahren viele Fragen gestellt und keine Antwort erhalten. Es ist ein offenes Geheimnis. Wenn es keine Transparenz gibt, wie sollen die Menschen ihnen dann vertrauen? Nun, die Menschen vertrauen ihnen nicht. Deshalb wollen die Rumänen nicht geimpft werden. Wir versuchen, die im Ausland lebenden Rumänen davon zu überzeugen, zurückzukommen und das Land wieder aufzubauen, aber das ist sehr schwierig, da sich niemand für Wirtschaftswachstum oder nationale Souveränität interessiert. Alles, was die Regierung tut, ist, Kredite vom IWF und der Weltbank aufzunehmen. Das ist auf Dauer nicht tragbar: Früher oder später wird uns die Weltbank auffordern, z.B. unsere Erdgasreserven entschädigungslos aufzugeben.

*Die Coronavirus-Krise ist daher für mich symptomatisch für den Zustand, in dem sich Rumänien befindet, das seit 30 Jahren von äußeren Kräften beherrscht wird. Wir haben unsere Wirtschaft zerstört. Wir haben unsere Fabriken zerstört. Die Menschen sind ins Ausland gegangen, weil sie in Rumänien keine Zukunft sehen.*

Deshalb unterstützen uns die Rumänen, und deshalb sind wir nicht wie diese gewöhnlichen Politiker, die Lügen erzählen. Wir sagen, was jeder sehen kann. Diese Leute, die behaupten, uns zu regieren, regieren sich nicht einmal selbst.

**Ferenc Almássy:** *Rumänien ist seit 14 Jahren in der EU, und Sie sind immer noch nicht dem Schengen-Raum beigetreten. Warum ist das so? Es ist ein relativ sicheres Land mit gut bewachten Grenzen. Könnte es wegen des Hafens von Constanța sein, der viele Interessen bedroht, oder aus anderen Gründen? Sollte Rumänien Ihrer Meinung nach dem Schengen-Raum beitreten?*

**George Simion:** Rumänien muss die Möglichkeit haben, wirtschaftlich zu florieren, und uns wird der Zugang zum Schengen-Raum verwehrt.

*Im Falle eines Beitritts würde Constanța natürlich die Einnahmen einstreichen, die derzeit auf Rotterdam niederprasseln, und solange wir uns weigern, Constanța zu verkaufen, wird man uns nicht in den Schengen-Raum lassen. Man hat uns erklärt, dass wir in einem gemeinsamen Raum leben werden, in einer Union, die sich um alle kümmert, aber wir, die ärmsten Nationen der besagten Union, profitieren nicht in gerechter Weise davon.*

**Ferenc Almássy:** *Meine letzte Frage bezieht sich auf die ungarische Minderheit in Rumänien: Sie ist eine sehr große Minderheit.*

**George Simion:** 5 % der Bevölkerung, ja.

**Ferenc Almássy:** *Diese Minderheit ist seit langem ein Zankapfel, der zu Spannungen führt. Wie sehen Sie die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen rumänischen Staatsbürgern mit rumänischer und rumänischen Staatsbürgern mit ungarischer Abstammung?*

**George Simion:** Zunächst einmal sehe ich Bukarest und Budapest zusammenarbeiten und kooperieren – wie zwei unabhängige Länder. Ungarn mit rumänischer Staatsbürgerschaft sind für uns sehr wichtig. Im rumänischen Parlament haben wir ethnisch ungarische Abgeordnete. Wir respektieren sie, und wir wollen mit ihnen eine gemeinsame Zukunft aufbauen.

Die Spannungen, die im Laufe der Jahre entstanden sind, waren das Ergebnis politischer Provokationen. Wir sind der Meinung, dass die Integration der Ungarischsprachigen in die rumänische Gesellschaft verbessert werden muss. Wir müssen ihnen helfen, Arbeit zu

finden, obwohl sie die rumänische Sprache nur schlecht beherrschen – was die UDMR [Demokratische Union der Magyaren in Rumänien, bzw. ungarisch RMDSZ, die wichtigste Partei der ungarischen Minderheit – AdR.] lange Zeit verhindert hat. Dies ist ein echtes Problem für sie, da es ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt unmöglich macht. Aber sie müssen auch die Möglichkeit haben, ihre Identität zu bewahren: ihre Muttersprache zu erlernen, ihre Kirchen zu besuchen, ihre traditionellen Feste zu feiern, wie es auch die ungarischen Bürger tun, die der rumänischen Minderheit in Ungarn angehören. Wir selbst haben ähnliche Probleme mit bestimmten Ländern – wie Serbien und der Ukraine –, die das Recht nationaler Minderheiten, ihre eigene Sprache zu verwenden, ihre eigene Religion auszuüben usw. nicht respektieren. Ich bin der Meinung, dass alle Staaten die Besonderheiten aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden ethnischen Gruppen respektieren sollten.

Und ich glaube, dass Rumänien das tut. Jede ethnische Gruppe hat Anspruch auf mindestens einen Abgeordneten – und sie sind insgesamt 18! Meiner Meinung nach ist die einzige problematische Partei die UDMR, die ein Ghetto inmitten der rumänischen politischen Szene ist, während wir Bürger ungarischer Volkszugehörigkeit in jeder der Parlamentsfraktionen unter den Farben aller Parteien haben sollten, anstatt sie alle in einer ethnischen Partei unterzubringen. Die meisten rumänischen Bürger ungarischer Abstammung leben in den Bezirken Covasna und Harghita – deren Entwicklung und Gedeihen wir unterstützen sollten. Die Führer der ethnischen Partei UDMR sind nichts anderes als der ungarischsprachige Teil der korrupten politischen Klasse, die Rumänien seit 30 Jahren kontrolliert. Sie haben mit der Regierung zusammengearbeitet und waren in viele schmutzige Geschäfte verwickelt, wie zum Beispiel die Abholzung unseres Landes durch illegalen Holzeinschlag.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*